

J. G. 3  
41

УНИВ. БИБЛИОТЕКА

Р. И. Бр. 9806

*Kirchen*

DAS BISTUM MAINZ UNTER  
FRANZÖSISCHER HERRSCHAFT

(1798—1814)

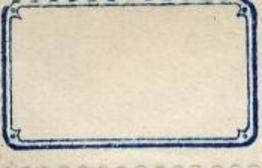
INAUGURAL-DISSERTATION  
ZUR  
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE  
DER  
HOHEN JURISTISCHEN FAKULTÄT  
DER  
GROSSHERZOGLICH HESSISCHEN  
LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU GIESSEN

VORGELEGT  
VON  
FRANZ USINGER  
REFERENDAR



MAINZ 1911  
VERLAG VON KIRCHHEIM & Co.

DAS BISTUM MAINZ UNTER  
FRANZÖSISCHER HERRSCHAFT  
(1798—1814)



DAS BISTUM MAINZ UNTER  
FRANZÖSISCHER HERRSCHAFT  
(1798—1814)

---

INAUGURAL-DISSERTATION  
ZUR  
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE  
DER  
HOHEN JURISTISCHEN FAKULTÄT  
DER  
GROSSHERZOGLICH HESSISCHEN  
LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU GIESSEN

VORGELEGT  
VON  
FRANZ USINGER  
REFERENDAR

---



MAINZ 1911  
Druck von Joh. Falk III. Söhne.

Von der Fakultät genehmigt  
am 29. Juli 1911.

Referent: Geh. Justizrat Prof. Dr. A. Schmidt.



# INHALTSÜBERSICHT

	Seite
I. Teil. Kurfürstliche Zeit und erste französische Invasion.	
§ 1. Kurmainz am Ende des 18. Jahrhunderts . . . . .	1
II. Teil. Das Provisorium von 1798—1802.	
§ 2. Okkupation und Organisation des linken Rheinufers durch die Franzosen; insbesondere Verfassung und Verwaltung des Departements Donnersberg . . . . .	5
§ 3. Maßnahmen der Generalgouvernementskommissare und der Mainzer Zentralverwaltung auf kirchlichem Gebiete . . . . .	7
§ 4. Die geistliche Regierung des Departements Donnersberg in den Jahren 1798—1802 . . . . .	18
§ 5. Die Pfarrwahlen . . . . .	25
III. Teil. Die Durchführung des Konkordates im Departement Donnersberg.	
§ 6. Das französische Konkordat vom Jahre 1801 und die Vorbereitungen zu seiner Durchführung . . . . .	39
§ 7. Die Besetzung des Bischöflichen Stuhles zu Mainz. Persönliche Stellung des Bischofs . . . . .	48
§ 8. Diözesangewalt, Hirtenschreiben und Visitationsreisen . . . . .	55
§ 9. Diözesan-Anstalten . . . . .	59
§ 10. Das Domkapitel . . . . .	61
§ 11. Die Zirkumskription der Pfarreien . . . . .	65
§ 12. Die Pfarrer und ihr Amt . . . . .	72
§ 13. Die Besoldung der Pfarrer . . . . .	77
§ 14. Das Pfarrstellenvermögen . . . . .	92
§ 15. Die Pfarrhäuser . . . . .	102



# QUELLEN UND LITERATUR

## Archivalische Quellen <sup>1)</sup>

- Grossherzogliches Haus- und Staatsarchiv Darmstadt. Präfekturarchiv des Departements Mont-Tonnerre. (St.-A. Darmstadt.)  
Königliches Kreisarchiv der Pfalz, Speyer. Archiv der Zentralverwaltung und Präfektur. Donnersberg I. Sect. Kultsachen. Fasc. 103 ff. (Kr. Speyer fasc. . . .)  
Mainzer Stadtbibliothek. Abteilung 87. (Mainzer Stadtbibliothek.)

## Literatur

- Aizog-Kraus. Handbuch der Allgemeinen Kirchengeschichte. 10. Auflage. Band II. Mainz 1882.  
Best. Das Gesetz, das Eigentum an Kirchen, Pfarrhäusern etc. betreffend vom 6. August 1902. Mainz 1902.  
Bockenheimer, K. G. Geschichte der Stadt Mainz während der zweiten französischen Herrschaft. (1798—1814.) Mainz 1890. (Bockenheimer.)  
— — Geschichte der Stadt Mainz in den Jahren 1813 und 1814. 3. Auflage. Mainz 1886.  
— — Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz.  
I. Abriss der Verfassungsgeschichte. Mainz 1874. (Bockenheimer, Beiträge I.)  
II. Die Übergabe der Stadt Mainz an die Franzosen im Jahre 1797. Mainz 1875. (Bockenheimer, Beiträge II.)  
V. (Erster Aufsatz.) Mainz zu Anfang des XIX. Jahrhunderts. Mainz 1882. (Bockenheimer, Beiträge V.)  
— — Die Mainzer Geistlichkeit während der ersten französischen Herrschaft am Rhein 1792—1793. Studien aus Kunst und Geschichte. Friedrich Schneider zum 70. Geburtstag. S. 251 ff. Freiburg i. Br. 1906.  
Bourgin, G. La France et Rome de 1788 à 1797. Paris 1909.  
Brück, H. Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert. Mainz 1887.  
Daris, J. Histoire du Diocèse et de la Principauté de Liège (1724—1852). Band I—IV. Liège 1868—1873. (Daris).  
Darmstaedter, P. Das Grossherzogtum Frankfurt. Frankfurt a. M. 1901.  
Friedberg, E. Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. 6. Auflage. Leipzig 1909.  
Friedrichs, P. Verfassung und Verwaltung der Stadt Bonn zur Zeit der französischen Herrschaft. (1794—1814.) Bonn 1911. (Friedrichs.)

<sup>1)</sup> In den Klammern die Zitierweise.



- Über das Eigenthum an katholischen Kirchen und deren Zubehörungen in den vormaligen s. g. 4 neuen Departementen Frankreichs, insbesondere in Rheinhessen. Darmstadt 1859.
- Geigel, F. Das französische und reichsländische Staatskirchenrecht. Strassburg 1884.
- Goldschmidt, H. Zentralbehörden und Beamtentum im Kurfürstentum Mainz vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. (Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte. Herausgegeben von Below, Finke und Meinecke.) Berlin und Leipzig 1908.
- Hashagen, J. Das Rheinland und die französische Herrschaft. Beiträge zur Charakteristik ihres Gegensatzes. Bonn 1908. (Rheinland.)
- — Die rheinische Kirche unter französischer Herrschaft. Studium Lipsiense. Ehrengabe Karl Lamprecht dargebracht. S. 295—321. Berlin 1909. (Rheinische Kirche.)
- Häusser, L. Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Grossen bis zur Gründung des deutschen Bundes. Zweiter Theil. Berlin 1855. (Häusser II.)
- Hermens, F. P. Handbuch der gesamten Staatsgesetzgebung über den christlichen Kultus. Band I—IV. Aachen und Leipzig 1833. (Hermens.)
- Herse, W. Kurmainz am Vorabend der Revolution. Berliner Dissertation 1907. (Herse.)
- Heussi, K. Kompendium der Kirchengeschichte. 2. Auflage. Tübingen 1910.
- Hirschel, J. Geschichte der Stadt und des Bistums Mainz. Mainz 1855.
- — Das Staats- und Gemeindeeinkommen der Geistlichen nach canonischem und französischem Recht. Mainz 1868.
- Hirtenbriefe und bischöfliche Verordnungen Colmars. 4 Bände der Mainzer Seminarbibliothek.
- Hüffer, H. Forschungen auf dem Gebiete des französischen und des rheinischen Kirchenrechts. Münster 1863. (Hüffer.)
- Kaiser, P. Der kirchliche Besitz im Arrondissement Aachen gegen Ende des 18. Jahrhunderts und seine Schicksale in der Säkularisation durch die französische Herrschaft. Leipziger Dissertation. Aachen 1906. (Kaiser.)
- Klein, K. Geschichte von Mainz während der ersten französischen Occupation 1792—1793. Mainz 1861. (Klein.)
- Kurmainzischer Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1792 und 1797. (Staatskalender.)
- Lanza de Laborie, L. de. La domination française en Belgique. Directoire-Consulat-Empire. 1795—1814. Band I und II. Paris 1895. (Lanza de Laborie.)
- Lehne, Fr. Historisch-statistisches Jahrbuch des Departements vom Donners-berg für das Jahr 9 und 10 der fränkischen Republik. Mainz.
- Mathiez, A. La Révolution et l'Eglise. Paris 1910.
- — Robespierre et le culte de l'Etre suprême. Le Puy 1910.
- Maurer, W. Über Eigenthum an Kirchen mit Dependenz in den deutschen, vormals mit Frankreich vereinigten Gebieten auf der linken Seite des Rheines. Darmstadt 1858.
- Moser, J. J. Einleitung in das Churfürstlich-Maynzische Staatsrecht. Frankfurt a. M. 1755. (Moser.)

- Muth, J. P. Beiträge zur Lehre von den Pfarreien nach Staats- und Kirchenrecht.
- I. Band: Die französisch-rechtlichen Pfarreien und ihre Neuumschreibung auf Grund der Convention v. 26 messidor IX (15. Juli 1801) unter Berücksichtigung der Neuorganisationen in den ehemaligen Bistümern Aachen, Mainz, Metz und Trier, Saarlouis 1892. (Muth I.)
- II. Band: Die französisch-rechtlichen Pfarreien nach der vermögensrechtlichen Seite und in ihrer modernen Entwicklung unter der Preussischen Gesetzgebung. Saarlouis 1893. (Muth II.)
- Perthes, Cl. Th. Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. Band I. Gotha 1862. (Perthes.)
- Reinhard, Ph. Ch. Neue Organisation des Religionswesens in Frankreich. Cöln im Fructidor X Jahres der Republik. (Neue Organisation.)
- Remling, F. X. Geschichte der Bischöfe zu Speyer. Band II. Mainz 1854.
- — Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit von 1792—1798. Band I und II. Speyer 1865, 1866. (Rheinpfalz.)
- — Neuere Geschichte der Bischöfe zu Speyer sammt Urkundenbuche. Speyer 1867. (Neuere Geschichte.)
- Vollständige Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse der Bürger-Regierungskommissars.
- Schematismus der Diözese Mainz. Mainz 1904.
- Schneider, Fr. Der Dom zu Mainz. Berlin 1886.
- Schulteis, C. Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz. I. Band. Bonn 1895. (Schulteis.)
- Selbst, J. Josef Ludwig Colmar, Bischof von Mainz 1802—1818. Mainz 1902. (Selbst.)
- de Syo, C. Das die Kirchen-Fabriken betreffende Dekret vom 30. Dezember 1809. 2. Auflage. Köln 1864.
- — Das Dekret über die Erhaltung und Verwaltung der Güter des Klerus vom 6. November 1813. Köln 1863.
- Werner, Fr. Über die gerechten Ansprüche der Mainzer Kirche auf das neu zu errichtende rheinische Erzbistum. Mainz 1821.
- — Der Dom zu Mainz und seine Denkmäler nebst Darstellung der Schicksale der Stadt und der Geschichte ihrer Erzbischöfe. Dritter Theil. Mainz 1836. (Dom zu Mainz Bd. III.)
- Wild, K. Lothar Franz von Schönborn, Bischof von Bamberg und Erzbischof von Mainz 1693—1729. Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von Hampe, Marcks und Schäfer. Heidelberg 1904.
- Wirth, J. Monseigneur Colmar. Evêque de Mayence. Paris 1906. (Wirth.)
- Weiss, J. B. Lehrbuch der Weltgeschichte. VII. Band. Die französische Revolution. 1. und 2. Hälfte. Wien 1883. (Weiss.)

#### Zeitschriften

- Archiv für katholisches Kirchenrecht. (Mainz.)
- Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht. (Tübingen.)

Ferner wurden noch benutzt:

Gutachten des Grossherzogl. Bürgermeisterei-Beigeordneten Berndt-Mainz vom  
4. März 1910 betreff. Gewährung von Besoldungszuschüssen an Geistliche.

Gutachten des Bischöflichen Ordinariats zu Mainz an das Grossherzogliche  
Kreisamt Mainz vom 8. April 1907 über dieselbe Frage.

## Vorwort.

**D**ie vorliegende Arbeit stützt sich grösstenteils auf archivalisches Material. Benutzt wurden die Aktenbestände des Grossherzoglichen Haus- und Staatsarchivs in Darmstadt, des Königlichen Kreisarchivs der Pfalz in Speyer und der Stadtbibliothek in Mainz. Das Darmstädter Archiv enthält die im Jahre 1892 von Mainz dorthin überführten Akten des Präfekturarchivs des Departements Mont Tonnerre. Leider sind die gesamten, äusserst umfangreichen Bestände völlig ungeordnet und in etwas trümmerhaftem Zustand, was naturgemäss die Verwertung und die Zitierweise ungemein erschwerte. Nur der Inhalt der wichtigsten Akten konnte in der vorliegenden Schrift verarbeitet werden.

Verfasser war bemüht in die recht dunkle, bisher noch wenig erforschte Zeit des kirchlichen Interregnums bei Beginn der Fremdherrschaft (1798—1802) etwas Licht zu bringen, wozu hauptsächlich die Akten des Speyerer Kreisarchivs herangezogen wurden.

Von gedruckten Quellen kamen vor allem die Arbeiten von Bockenheimer, Hashagen, Muth und Remling zur Verwendung.

Zu grösstem Danke bin ich Herrn Geh. Justizrat Prof. Dr. A. Schmidt in Giessen verpflichtet für die reiche Unterstützung, die er meinen Studien zuteil werden liess. Er gab die Anregung zu dieser Arbeit und war unermüdlich für deren Förderung besorgt. Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Bockenheimer und Herrn Professor Dr. Schrohe in Mainz sei auch an dieser Stelle nochmals für die wertvolle Unterstützung der ergebnste Dank des Verfassers dargebracht.

Die Bibliotheken und Archive kamen mir bei Anfertigung der Arbeit in jeder Weise entgegen. Vor allem Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. H. Haupt in Giessen spreche ich für



sein grosses Wohlwollen und die wiederholt gewährten Vergünstigungen meinen verbindlichsten Dank aus. Auch Herrn Archivdirektor Dr. Dieterich in Darmstadt, Herrn Kreisarchivar Oberseider in Speyer und Herrn Bibliothekar Dr. Heidenheimer in Mainz, die mir bei der Archivbenützung mit Rat und Tat zur Seite standen und meinen Wünschen bei der Aktenversendung in liebenswürdigster Weise entgegenkamen, bitte ich meinen aufrichtigen Dank entgegennehmen zu wollen.

Vom Bischöflichen Priesterseminar zu Mainz wurde mir durch Vermittlung von Msgr. Domdekan Prof. Dr. Selbst und Herrn Prof. Dr. J Schmidt die Sammlungen der Hirtenschreiben Bischof Colmars überlassen. Grossh. Bürgermeisterei-Beigeordneter Berndt stellte mir das vom Bischöflichen Ordinariat verfasste Gutachten über die Besoldungszuschüsse an Geistliche zur Verfügung; das in derselben Sache vom Grossh. Beigeordneten Berndt ausgearbeitete Gutachten erhielt ich von Herrn Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Müller. Allen diesen Herren sei für ihr gütiges Entgegenkommen nochmals der ergebenste Dank des Verfassers ausgesprochen.

---

## I. Teil.

### Kurfürstliche Zeit und erste französische Invasion.

#### § 1.

#### Kurmainz am Ausgang des 18. Jahrhunderts.

**D**ie geistlichen Territorien am Rhein befanden sich am Ende des 18. Jahrhunderts im Zustande der Auflösung. Ihr politisches Ansehen war sehr gesunken. Finanzielle Leistungsfähigkeit und ein schlagfertiges stehendes Heer, die zwei ausschlaggebenden Faktoren für die Wertung der politischen Machtstellung, fehlten in den geistlichen Kurfürstentümern. Der Mangel des dynastischen Interesses, der im Prinzip des geistlichen Wahlfürstentums begründet war, trug viel dazu bei, dass die geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen ins Hintertreffen gerieten. Auch die Nebenregierung des Domkapitels, das wie in Mainz ausschliesslich aus dem nicht landsässigen, reichsunmittelbaren Adel bestand und infolgedessen an den Interessen des Landes wenig Anteil nahm, war für die geistlichen Territorien nicht günstig.<sup>1)</sup>

Zum politischen trat der kirchliche Zersetzungsprozess hinzu. Die Ideen der französischen Aufklärung und die Reformbestrebungen Josephs II. fanden gerade bei den geistlichen Kurfürsten lebhaften Anklang. Die episkopalistisch-gallikanischen Anschauungen mit ihren antikurialen Tendenzen wurden vom rheinischen Episkopat aufgegriffen und propagiert (Emser Punktationen); religiöser Indifferentismus

---

1) Vergl. Goldschmidt, Zentralbehörden und Beamtentum im Kurfürstentum Mainz, S. 207 ff.; Wild, Lothar Franz von Schönborn, S. 1 ff.; Herse, Kurmainz am Vorabend der Revolution, S. 11 ff.; Friedrichs S. 1 ff.; Perthes Bd. I S. 18 ff.; Hüffer S. 318, 319.



und Interkonfessionalismus machte sich an den bischöflichen Höfen fühlbar.<sup>1)</sup>

Es ist ein tragisches Geschick, dass derjenige Kirchenfürst, der ein Hauptförderer des französischen Einflusses am Rhein war, Friedrich Karl Joseph von Erthal,<sup>2)</sup> als erster (zunächst auf kurze Zeit, dann für immer) durch die französische Invasion Stellung und Land verlieren musste.

Bevor wir jedoch an die Betrachtung des Zusammenbruchs des Mainzer Kurstaates herantreten, sei zuvor noch ein kurzer Blick auf die kirchliche Verfassung von Kurmainz am Ende des 18. Jahrhunderts geworfen.<sup>3)</sup>

Das Domkapitel wählte den (Kurfürsten und) Erzbischof aus seiner Mitte und der Papst gab dem gewählten mit der Konfirmation die kanonische Institution.<sup>4)</sup> Das Mainzer Domkapitel setzte sich aus 24 Personen zusammen; darunter waren 5 Prälaten (Dompropst, Domdechant, Domkustos, Domscholaster, und Domsänger).<sup>5)</sup> Ausser diesen Kapitularherrn gab es noch 16 Domizellarherrn,<sup>6)</sup> die in die erledigten Kapitularstellen aufrückten und schliesslich die Vikare, die die Kapitulare und Domizellare bei gewissen geistlichen Amtshandlungen vertraten.<sup>7)</sup> Das Erzbischöfliche Generalvikariat, die oberste geistliche Regierungsbehörde, bestand aus dem Vicarius generalis in spiritualibus, dem Provicarius in spiritualibus, dem Officialis, dem Fiscalis Major, dem Assessor und den geistlichen Räten.<sup>8)</sup>

Der Klerus im Erzstift zerfiel in 3 Klassen: Der Primarius bestehend aus dem Domkapitel und dem Ritterstift zu St. Alban; der Sekundarius aus den übrigen Stiftern und

---

1) Brück, Geschichte der kathol. Kirche in Deutschland im 19. Jahrh., S. 5 ff., 13 ff. u. S. 21.

2) Hirschel, Geschichte der Stadt und des Bistums Mainz, S. 136 ff.; Perthes Bd. I. S. 22 ff.; Herse a. a. O. S. 38 ff.; Hashagen, Rheinland S. 74, 337 u. 507; Werner, Der Dom von Mainz, Bd. III S. 230 ff.

3) Vergl. Moser, Einleitung in das Churfürstlich - Maynzische Staatsrecht; ferner die Kurmainzischen Hof- und Staats-Kalender z. B. für das Jahr 1792 u. 1797; Herse a. a. O. S. 23 ff.

4) Moser a. a. O. S. 8 ff.

5) Moser a. a. O. S. 187 ff. insbes. S. 199; Staatskalender 1792 S. 5 ff.

6) Moser a. a. O. S. 189 u. 197; Staatskalender 1792 S. 11 ff.

7) Moser a. a. O. S. 202.

8) Moser a. a. O. S. 213 ff.; Staatskalender 1792 S. 17 ff.

Prälaten, und schliesslich der niedere Klerus. Neben dem Ritterstift zu St. Alban befanden sich noch 8 Ritter- und Kollegiatstifter und die Klöster verschiedener Orden in der Stadt Mainz.<sup>1)</sup>

Die Erzdiözese war in 17 Landkapitel eingeteilt, mit je einem Dechanten, Definitor primarius und secundarius, Camerarius und Secretarius an der Spitze. Die Landdechaneien zerfielen wieder in Pfarreien.<sup>2)</sup> — Dem Mainzer Erzstift waren 14 Suffragane unterstellt.<sup>3)</sup> — —

Der kurfürstlichen Herrschaft wurde im Oktober 1792 durch die Invasion der französischen Revolutionsarmee ein Ende bereitet. Der Erzbischof und die höhere Geistlichkeit verliessen die Stadt, die der Bürger-General Custine am 21. Oktober in seine Gewalt brachte und bis zum 22. Juli 1793 besetzt hielt.<sup>4)</sup> Die Sekundärgeistlichkeit war geblieben und versah unter grossen Schwierigkeiten in treuer Pflichterfüllung ihr Amt. Denn entsprechend der Religionsverfolgung in Frankreich begann nun auch in Mainz die neu eingesetzte Verwaltung, insbesondere der an ihre Spitze gestellte frühere katholische Geistliche Anton Joseph Dorsch, den Kampf gegen Kirche und Klerus.<sup>5)</sup> Das Vikariat wurde aufgehoben und seine Mitglieder aus der Stadt verwiesen, der privilegierte Gerichtsstand der Geistlichen und die ihnen zustehende Ehegerichtsbarkeit wurde abgeschafft; schliesslich verlangte man auch von den Geistlichen den Freiheitseid. Die meisten ver-

---

1) Moser a. a. O. S. 241 ff.; Staatskalender 1792 S. 29 ff., daselbst auch die Klöster und Stifter ausserhalb der Stadt Mainz. Siehe auch die unter französischer Herrschaft auf Befehl der Generalkommissare wiederholt aufgestellten, detaillierten Verzeichnisse über die Stifter und Klöster im Departement Donnersberg. Im St.-A. Darmstadt befindlich.

2) Staatskalender 1792 S. 67 ff. — Schematismus der Diözese Mainz, S. 2 ff.

3) Moser a. a. O. S. 209 ff.; Staatskalender 1792 S. 4; Werner, Über die gerechten Ansprüche der Mainzer Kirche auf das neu zu errichtende rheinische Erzbistum, S. 17.

4) Klein, Geschichte von Mainz während der ersten französischen Herrschaft; Werner, Der Dom von Mainz, Bd. III S. 323 ff.; Hirschel a. a. O. S. 141 ff.; Perthes Bd. I S. 96 ff.

5) Vgl. Bockenheimer, Die Mainzer Geistlichkeit während der ersten französischen Herrschaft am Rhein 1792—1793, Studien aus Kunst und Geschichte. Friedrich Schneider zum 70. Geburtstag. Freiburg 1906 S. 251 ff. — Hashagen, Rheinland S. 251, 261, 262; Klein S. 264 ff., 347 ff.

weigerten ihn und wurden daraufhin ausgewiesen.<sup>1)</sup> Da das Volk die „geschworenen“ Priester trotz allen Bemühungen der Behörden zurückwies, so war damit in der Tat der katholische Kultus unterdrückt.

Dieser Zustand dauerte jedoch nicht lange. Am 22. Juli 1793 gelang es den verbündeten Truppen, Mainz von den Franzosen zu befreien und am 25. Juli bereits übernahm die kurfürstliche Regierung wieder die Leitung der Staatsgeschäfte.<sup>2)</sup> Das Erzbischöfliche Generalvikariat sorgte durch mehrere Verordnungen für die Wiederherstellung des durch die Franzosen beseitigten Kultus.<sup>3)</sup>

Noch 4 Jahre konnte sich die wiedereingesetzte kurfürstliche Regierung halten<sup>4)</sup> Im Dezember 1797 machte dann die zweite französische Invasion dem Mainzer Kurstaat für immer ein Ende, nachdem bereits vorher der grösste Teil des linken Rheinufers von dem französischen Heere okkupiert worden war.

---

1) Vergl. Geschichtsblätter für die mittelrheinischen Bistümer II. Jahrgang 1884/85 S. 129 ff. insbes. S. 204 ff. u. S. 229 ff.; Klein S. 418 ff., 438, 442 ff.

2) Werner, Der Dom von Mainz, Bd. III S. 422 ff. u. Klein, S. 582 ff., wo die Verordnungen des Kurfürsten v. 25. Juli abgedruckt sind.

3) Die Verordnungen des Generalvikariates sind abgedruckt bei Klein S. 587 u. S. 588 ff. Die Verordnung v. 31. August 1793 befindet sich im Originaldruck im St.-A. Darmstadt. Der in diesen Erlassen angeschlagene scharfe, franzosenfeindliche Ton sollte für den Hauptbeteiligten (Weihbischof Heimes) später verhängnisvoll werden. Siehe unten S. 21. — Vergl. noch Hashagen, Rheinland S. 262.

4) Perthes Bd. I S. 116.

---

## II. Teil.

### Das Provisorium von 1798—1802.

#### § 2.

#### Okkupation und Organisation des linken Rheinufers durch die Franzosen; insbesondere Verfassung und Verwaltung des Departements Donnersberg.

**D**em am 17. Oktober 1797 auf Schloss Campo Formio unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Österreich und Frankreich waren 14 geheime Artikel beigegeben, worin Kaiser Franz II. in die Abtretung des grössten Teiles des linken Rheinufers an Frankreich einwilligte. Das Gebiet links vom Rhein von der Schweizergrenze bis zur Mündung der Nette bei Andernach sollte an Frankreich fallen.<sup>1)</sup> Das noch in den Präliminarien zu Leoben (17.—18. April 1797) festgehaltene Prinzip der „Integrität des Reichs“ — das allerdings schon damals nur noch eine Phrase war<sup>2)</sup> — wurde damit aufgegeben und der seit den ersten Revolutionstagen erschallende Ruf nach den „natürlichen Grenzen“ Frankreichs sollte nun in Erfüllung gehen.<sup>3)</sup> Denn auch von Seiten Preussens war seit der im Jahre 1796 zu Berlin mit der französischen Republik abgeschlossenen geheimen Konvention kein Widerstand zu befürchten.<sup>4)</sup>

Das französische Direktorium begann infolgedessen ohne Gefahr sofort die Bestimmungen des Geheimvertrags von Campo Formio zu realisieren. Am 4. November 1797 bereits

---

1) Häusser II S. 135 ff.; Remling, Rheinpfalz II S. 360, 361.

2) Häusser II S. 111 u. 112, wo die Ansicht des französischen Direktoriums über diesen Punkt wiedergegeben ist.

3) Häusser II S. 27; Schulteis S. 28.

4) Remling, Rheinpfalz II S. 384; Häusser II S. 74. — Speziell für die Übergabe der Stadt Mainz vergl. Bockenheimer, Beiträge 2 (1875).

ernannte das Direktorium den bisherigen Richter am Kassationshof Rudler zum Regierungskommissar aller eroberten Länder zwischen Maas und Rhein und Rhein und Mosel. Ein weiterer Beschluss desselben Tages bestimmte:<sup>1)</sup> dass der Bürger Rudler beauftragt ist, die obengenannten Länder einstweilen in Departements, Zuchtpolizeigerichtsbezirke und Kantone einzuteilen und einer jeden dieser Abteilung die möglichst grösste Ausdehnung zu geben. Er soll daselbst Departemental- und Munizipalverwaltungen, Zivil-, Kriminal-, Zucht- und Friedensgerichte einsetzen und einstweilen deren Mitglieder ernennen. Und schliesslich solle er aus den bisher im vormaligen Belgien bekannt gemachten Gesetzen alle Verordnungen ausziehen, die schicklich scheinen, schon jetzt in den Ländern zwischen Rhein, Maas und Mosel eingeführt zu werden und solle sie daselbst als Reglements bekannt machen und vollziehen lassen.

Durch die Konstitution der französischen Republik vom 5. Fruktidor III. (22. August 1795)<sup>2)</sup> und das Gesetz vom 21. Fruktidor III. (7. September 1795) hatte Frankreich eine neue Organisation und Verwaltung der Departements erhalten. Sie wurde, wie in Belgien, mit einigen Modifikationen auch im Rheinland eingeführt.<sup>3)</sup>

Durch Beschluss vom 4. Pluviôse VI. (23. Januar 1798)<sup>4)</sup> teilte Rudler das eroberte Land in 4 Departements: 1. Département de la Roer (Hauptort Aachen), 2. Département de la Sarre (Hauptort Trier), 3. Département de Rhin et Moselle (Hauptort Coblenz), 4. Département du Mont-Tonnerre (Hauptort Mainz). Die Departements waren in Kantone<sup>5)</sup> und diese in Gemeinden eingeteilt. Die Grenzen des Departement-

---

1) Rudlers Sammlung der Verordnungen u. Beschlüsse Th. I S. 17 u. ff.; Remling, Rheinpfalz II S. 385; Remling, Neuere Geschichte S. 22, 23; Bockenheim S. 88, 91.

2) „La constitution de l'an III fondée sur le double principe de l'élection et de la polysynodie.“ Lanzac de Laborie Bd. I S. 18.

3) Es war dies bereits die zweite Veränderung in Organisation und Verwaltung. Die erste erfolgte 1789 u. 1790. Schulteis S. 37.

4) Rudlers Sammlung Bd. I S. 24 ff.; Remling, Rheinpfalz II S. 400, 401; Remling, Neuere Geschichte S. 23; Perthes Bd. I S. 268; Schulteis S. 28 ff.; Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht Bd. XV S. 184, 185.

5) Das Departement Donnersberg zählte anfangs 37 Kantone.

ments Donnersberg<sup>1)</sup> bildete gegen Osten der Rhein von Germersheim bis Bingen, gegen Süden das Niederrheinische und Mosel-Departement, gegen Westen das rechte Glanufer und eine von der Quelle dieses Flusses bis an die Blies gezogene Linie, gegen Norden der Rhein und ein Teil der Nahe. An der Spitze des Departements stand eine Zentralverwaltung<sup>2)</sup> aus 5 Mitgliedern, die in Mainz ihren Sitz hatte. Sie wählte aus ihrer Mitte den Präsidenten. Der Zentralverwaltung, der ein Regierungskommissar beigegeben war, um die Ausführung der Gesetze zu überwachen, waren die Kantone und Gemeinden unterstellt. Letztere zerfielen in 2 Kategorien: Gemeinden mit mehr als 5000 Seelen bildeten einen Kanton für sich und hatten eine eigene Munizipalverwaltung, an deren Spitze ein Munizipaloffiziant stand, während die Sitzungen ein aus der Mitte der Munizipalverwaltung gewählter Präsident leitete. Die Gemeinden mit weniger als 5000 Seelen, die weitaus in der Mehrheit waren, hatten einen Munizipalagenten und einen Adjunkten zum Oberhaupt. Die Vereinigung der Munizipalagenten sämtlicher Gemeinden des Kantons bildeten die Munizipalverwaltung des Kantons. Auch den Munizipalverwaltungen standen Regierungskommissare zur Seite.<sup>3)</sup>

### § 3.

#### Maßnahmen der Generalgouvernementskommissare und der Mainzer Zentralverwaltung auf kirchlichem Gebiete.

Während auf dem Gebiete der staatlichen Verfassung und Verwaltung in kurzer Zeit auf dem linken Rheinufer Ordnung geschaffen wurde, verzögerte sich die kirchliche Neuorganisation bis zur Durchführung des Konkordates im Jahre 1802. Es ist in der Tat völlig zutreffend was Hashagen in

---

1) Art. 8 des Beschlusses v. 4. Pluviose VI. — Geografische Nachrichten über das Departement Donnersberg enthält das „Historisch-statistische Jahrbuch des Depts. vom Donnersberg“ von Lehne für das Jahr IX. Das Dept. zählte 400 000 Einwohner, darunter 176 000 Katholiken. Remling, Neuere Geschichte S. 23.

2) Über ihre Stellung, Funktionen u. Besetzung vergl. Bockenheimer S. 94 ff.

3) Schulteis S. 38; Lanzac de Laborie I S. 18, 19; Bockenheimer S. 126 ff.; Remling, Rheinpfalz II S. 393; Bockenheimer, Beiträge 1 (1874) S. 52 ff.



seinen Darlegungen über „Die rheinische Kirche unter französischer Herrschaft“<sup>1)</sup> bemerkt: „Obwohl die Franzosen . . . auf anderen Gebieten ohne Rücksicht auf die formelle Zugehörigkeit der eroberten Lande zum Reich mit Feuereifer die französische Verwaltungsorganisation überstürzt und schematisch, mit souveräner Verachtung gegen alle die so verschiedenartigen historischen Verhältnisse einführen: auf kirchlichem Gebiete hat ihre Politik zunächst ein andres Aussehen . . . Während die provisorische Herrschaft . . . sonst viele definitive Verhältnisse geschaffen hat, übt sie auf kirchlichem Gebiete eine weit grössere Zurückhaltung.“

Die Lage der katholischen Kirche in Frankreich hatte sich allerdings auch noch nicht soweit konsolidiert, dass man einfach ihre Verfassung auf die neugewonnenen Gebiete hätte übertragen können. Zwar waren die schwersten Tage der Verfolgung für die Kirche vorüber und die anti-kirchliche Tendenz etwas gemildert, die Verfassung der katholischen Kirche blieb jedoch aufgelöst und die Kirche in zwei Lager gespalten. Gerade seit dem Staatsstreich vom 18. Fructidor V. (4. September 1797) — also kurz vor der provisorischen Einverleibung des linken Rheinufer mit Frankreich — war wiederum eine neue Ära der Verfolgungen angebrochen. Inwieweit die kirchenfeindlichen Gesetze Frankreichs in den 4 neuen Departements zur Anwendung kommen sollten, richtete sich vor allem nach den mit den weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Regierungskommissaren. Vorausgreifend sei bemerkt, dass sie eklektisch dabei vorgehen: Einige wichtige Gesetze, wie die Zivilkonstitution des Klerus, wurden im Rheinland nie publiziert,<sup>2)</sup> andere setzte man nur teilweise in Kraft, wie z. B. bei der Klostergesetzgebung, wo man erst nach Abschluss des Konkordates zur gesetzlichen Unterdrückung der Klöster schritt. Auch die Gesetze über die Polizei des Gottesdienstes und den äusseren Kultus wurden nur auszugsweise in Wirksamkeit gesetzt. Jedoch kam gerade auf den letztgenannten Gebieten die partielle Publikation der Gesetze einer vollständigen fast gleich,

---

1) S. 300, 301.

2) Bockenheimer S. 229; Hashagen, Rheinische Kirche S. 299; Perthes Bd. I S. 274.

da alle wichtigen Bestimmungen in Kraft gesetzt wurden. Durch diese Art der Gesetzgebung erhielt die rheinische Kirche ein eigenartiges Gepräge, dem nichts analoges zur Seite gestellt werden kann.<sup>1)</sup>

Bevor jedoch auf die kirchliche Gesetzgebung auf dem linken Rheinufer und insbesondere auf die Lage der Kirche im Departement Donnersberg in der Zeit von 1798—1802 eingegangen wird, soll zuvor ein kurzgefasster Rückblick<sup>2)</sup> auf die Kirchenpolitik Frankreichs von den ersten Revolutionstagen bis zur Einverleibung des linken Rheinufers gegeben werden, ohne deren Kenntnis viele der späteren Maßnahmen unerklärlich bleiben würden.

Schon in den ersten Tagen der Revolutionsära waren von der Nationalversammlung Beschlüsse gefasst worden, die die in Frankreich bestehenden kirchlichen Rechtsverhältnisse völlig umgestalteten. Zunächst wurde mit der Beseitigung aller Feudallasten auch der kirchliche Zehnte abgeschafft (Dekrete vom 4., 6., 7., 8. und 11. August, 21. September 3. November 1789).<sup>3)</sup> Ein weiterer Schritt, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kirche zu vernichten, war die Erklärung des gesamten Kirchengutes für Nationaleigentum (Dekret vom 2.—4. November 1789).<sup>4)</sup> Damit war das kirchliche Pfründenwesen beseitigt; der Staat übernahm dafür die

---

1) „Die in der heutigen Rheinprovinz vereinigten Gebietsteile nehmen kirchenpolitisch gegenüber Belgien und Frankreich eine Sonderstellung ein.“ Hashagen, Rheinische Kirche S. 300. Dasselbe gilt vom heutigen Rheinhessen und der bayerischen Rheinpfalz, die damals den Hauptbestand des Departements Mont-Tonnerre bildeten. — Immerhin sind besonders die belgischen kirchlichen Verhältnisse als Vergleichsmaterial heranzuziehen. Hashagen a. a. O. S. 298 Note 1.

2) Eine gedrängte Übersicht über die wichtigsten Gesetze in dieser Periode gibt Heussi, Kompendium der Kirchengeschichte. 2. Aufl. Tübingen 1910 S. 496 ff.; vergl. ferner Alzog-Kraus, Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte. 10. Aufl. Mainz 1882. Band 2 S. 544 ff.; ferner Über das Eigentum an kathol. Kirchen und deren Zubehörungen in den vormaligen s. g. 4 neuen Depts., insbesondere in Rheinhessen. S. 10 ff.; vergl. noch die vor kurzem erschienenen Werke von Albert Mathiez, La Révolution et l'Eglise. Paris 1910 und Robespierre et le culte de l'Être suprême. Le Puy 1910.; ferner Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht Bd. XV (1905) S. 195, 196; Muth II S. 99 ff.

3) Hermens I S. 1 ff.

4) Hermens I S. 91; Weiss I S. 254 ff.; „Über das Eigentum an kathol. Kirchen . . .“ S. 11 ff.

Besoldung der Geistlichen und die Kosten für den Kultus. Ferner wurden sämtliche Klöster und geistliche Orden aufgelöst (Dekret vom 13. Februar 1790).<sup>1)</sup> Die folgenschwerste gesetzgeberische Maßregel aber erfolgte erst durch die Zivilkonstitution des Klerus vom 12. Juli 1790,<sup>2)</sup> die die Auflösung der Verfassung der katholischen Kirche in Frankreich zum Ziele hatte. Die Kirche sollte der staatlichen Gewalt unterstellt und in die staatliche Verwaltung eingegliedert werden. Den 83 Departements sollten 83 Bistümer entsprechen, Kantone und Pfarrbezirke sollten zusammen fallen, Bischöfe und Pfarrer durch die politischen Wahlkörper gewählt werden. Den Bischöfen war verboten beim Papste um die kanonische Investitur nachzusuchen, jede Mitwirkung des Papstes in kirchlichen Angelegenheiten wurde prinzipiell ausgeschlossen. Ausserdem waren alle Geistlichen (durch Dekret von 28. November 1790) verpflichtet den Treueid auf die Konstitution abzulegen.<sup>3)</sup>

Die Revolutions-Gesetzgeber erreichten ihr Ziel. Da fast alle Priester sich weigerten, den vom Papst verworfenen Eid zu leisten, so trat eine Spaltung innerhalb des französischen Klerus ein: den wenigen eidleistenden, konstitutionellen Staatsgeistlichen, trat die grosse Masse der eidweigernden Priester (*prêtres assermentés*) gegenüber. Gegen diese begann die Regierung eine schwere Verfolgung. Keine Gewaltmaßregel blieb unversucht. Frankreich wurde der Schauplatz erbitterter religiöser Kämpfe.<sup>4)</sup>

Unter der Herrschaft des Nationalkonvents (1792—1795) kam es zur Beseitigung des Christentums. Die Jakobiner setzten die Abschaffung der christlichen Zeitrechnung und die Einführung des republikanischen Kalenders durch (5. Oktober 1793), sie verboten die christlichen Feste (20. Oktober 1793) und beseitigten schliesslich durch Dekret vom 7. November 1793 das Christentum völlig. An seine Stelle trat die Verehrung der Vernunft.

---

1) Hermens I S. 122 ff.

2) Hermens I S. 169 ff.; Weiss I S. 351 ff.; Muth I S. 71 ff.; II S. 11, 12 u. 100 ff., 115.

3) Archiv f. kathol. Kirchenrecht. 3. F. 9. Bd. (1905) S. 85.

4) Archiv f. kathol. Kirchenrecht a. a. O. S. 86, wo reichliche Literaturangaben zu finden sind; Bockenheimer, S. 224, 225.

1794 trat unter Robespierre ein Umschwung ein, indem am 7. Mai der Konvent die Anerkennung eines „höchsten Wesens“ und der Unsterblichkeit beschloss.<sup>1)</sup>

Nach dem Ende der „Schreckensherrschaft“ wurde die Religionsfreiheit wiederhergestellt, die Republik als solche blieb jedoch religionslos. Trennung von Kirche und Staat wurde eingeführt (Dekret vom 3. Ventôse III, 21. Februar 1795). Die Republik besoldete keinen Kultus und erkannte keinen Religionsdiener an. Jede äussere Kulthandlung war verboten, ebenso die Errichtung von Kultzeichen und ferner die geistliche Tracht. Der Gottesdienst unterlag der polizeilichen Überwachung. Die Republik stellte kein Gebäude zur Ausübung des Gottesdienstes oder eine Pfarrwohnung zur Verfügung. Auch durften die Gemeinden kein Lokal zum Gottesdienst erwerben oder mieten.<sup>2)</sup>

Da die Kirchen seit 1789 „zur Verfügung der Nation“ standen, musste der Nationalkonvent, um die Bestimmungen des Dekrets nicht völlig illusorisch zu machen, diese wieder ihrer einstigen Bestimmung zurückgeben. Es geschah dies durch Gesetz vom 11. Prairial III (30. Mai 1795).<sup>3)</sup> Um in diesen provisorisch überlassenen Kirchen Gottesdienst abhalten zu können, musste der Religionsdiener erst vor der Munizipalität die Erklärung abgeben, dass er sich den Gesetzen der Republik unterwerfe.

Der durch das Gesetz vom 3. Ventôse III (21. Februar 1795) und die Konstitution vom 5. Fruktidor III festgestellte Grundsatz der Kultusfreiheit wurde teilweise wieder paralyisiert durch das Gesetz „Sur l'exercice et la police extérieure des cultes“ vom 7. Vendémiaire IV (23. September 1795).<sup>4)</sup> Es bestimmte im Einklang mit dem Prairialdekret, dass jede Versammlung von Bürgern zur Abhaltung eines Gottesdienstes der Überwachung durch die Behörde unterworfen sei; ferner musste jeder Geistliche folgende Erklärung abgeben: „Je reconnais que l'universalité des citoyens français est le

1) Bockenheimer S. 225.

2) Hermens I S. 52, 53. Bockenheimer S. 226; (vergl. auch die Konstitution vom 5. Fruktidor III [22. August 1795] Art. 352 u. 354. Hermens I S. 282, 283). — Archiv f. kathol. Kirchenrecht 3. F. 10. Bd. (1906) S. 197.

3) Hermens I S. 53, 54; Archiv f. kathol. Kirchenrecht a. a. O. S. 197, 198.

4) Hermens I S. 285 ff.; Bockenheimer, S. 227.



souverain et je promets soumission et obéissance aux lois de la République.“<sup>1)</sup>

Ende Oktober 1795 wurde der Nationalkonvent durch das Direktorium abgelöst, mit dem zunächst eine gemässigte, kirchenfreundliche Richtung einzog.<sup>2)</sup> Jedoch der Staatsstreich vom 18. Fruktidor V (4. September 1797) hatte aufs neue die schwersten Kämpfe zur Folge.<sup>3)</sup> Ein neuer Eid („serment de haine à la royauté et à l'anarchie“) wurde den Priestern auferlegt; diejenigen, die den Eid verweigerten, sollten deportiert und ihre Güter sowie die Pfarrkirchen unter Sequester gelegt werden. Eine neue Spaltung des Klerus trat ein, hervorgerufen durch die Frage, ob die Leistung des geforderten Eides erlaubt sei oder verweigert werden müsse. Ein Blick auf die kirchlichen Zustände in Belgien zeigt am deutlichsten die furchtbaren Wirkungen der neu auflebenden Schreckensherrschaft.<sup>4)</sup>

In diesen Zeitpunkt fällt die Besitzergreifung des ganzen linken Rheinufers durch die Franzosen.

Zwei Kundgebungen kirchlichen Charakters leiteten zur Umgestaltung über:

Am 19. Dezember 1797 forderte das Mainzer Generalvikariat zur Leistung des „Eides des Hasses gegen das Königtum“ ausdrücklich auf und verhinderte dadurch eine in anderen Gegenden verhängnisvolle Spaltung des Klerus.<sup>5)</sup> Ferner versprachen die Franzosen in der bei der Übergabe von Mainz abgeschlossenen Kapitulation: „Die freie Ausübung des Gottesdienstes werde gehandhabt werden, mit Vorbehalt der Polizeiverfügungen.“<sup>6)</sup> Wie dieses Versprechen gehalten wurde, zeigt die alsbald einsetzende gesetzgeberische Tätigkeit des ersten Generalgouvernementskommissars Rudler.

Die ersten gesetzlichen Maßnahmen des neuen General-

---

1) Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes decken sich vielfach mit denen des Dekrets vom 3. Ventôse III.

2) Remling, Rheinpfalz II S. 357, 358; Bockenheimer S. 228.

3) Remling, Rheinpfalz II S. 358 ff. — P. Pisani, *L'église de Paris et la révolution* Bd. III. 1796—1799. Paris 1910.

4) Daris, Bd. III S. 124 ff. — 160, 199 ff., 230 ff. Bd. IV S. 36 ff., 47 ff., 92 ff.; Lanzac de Laborie, Bd. I S. 199 ff., 204 ff.

5) Hashagen, Rheinland S. 262 Note 4, S. 268, 269.

6) Bockenheimer S. 223; Werner, *Der Dom von Mainz*. Bd. III S. 469.

gouvernementskommissars Rudler auf kirchlichem Gebiet richteten sich gegen die Klöster, auf die man es seit dem Beginn der Aufklärungsperiode besonders abgesehen hatte.<sup>1)</sup> Ein Beschluss vom 11. Nivôse VI. (31. Dezember 1797) gestattete „allen Ordensmönchen ihre Häuser zu verlassen und ausser die eroberten Länder, in welches Kloster von Deutschland sie wollen, zu ziehen, sofern es nur ihr freier Wille ist“ (Art. 3). Die Abreise musste bei der Behörde angezeigt werden und „kein Mönch, der auf diese Art aus seinem Kloster getreten ist, um in Deutschland zu wohnen, durfte in die eroberten Länder zurückkehren unter Strafe, als Spion daselbst behandelt zu werden“ (Art. 4 u. 5). Ein weiterer Beschluss vom 18. Nivôse VI. verbot allen Vorstehern und Vorsteherinnen Konventglieder einzukerkern. Kurz darauf (21. Pluviôse VI.) wurde allen Vorstehern und Vorsteherinnen von Klöstern, Stiftern und geistlichen Körperschaften beiderlei Geschlechts verboten in Zukunft Novizen aufzunehmen.<sup>2)</sup> Damit war de facto die Fortexistenz der Klöster unterbunden. Zu einer förmlichen gesetzlichen Unterdrückung, wie in Belgien (Ges. vom 1. September 1796), kam es jedoch vorerst nicht.

Es folgten Maßnahmen, die sich gegen die klösterlichen- und Kirchengüter richteten. Durch Beschluss vom 29. Pluviôse VI. (17. Februar 1798) wurde den Vorstehern der Stifter und Klöster aufgegeben über ihre beweglichen Güter Verzeichnisse aufzustellen. „Alles den Stiftern und geistlichen Körperschaften zugehörige bewegliche Eigentum steht unter der unmittelbaren Aufsicht der Munizipal- und Zentralverwaltungen des betreffenden Departements“<sup>3)</sup>. Alle Personen, die den geistlichen Körperschaften gehörige Kapitalien in Händen hatten, mussten darüber Anzeige machen.<sup>4)</sup> Am 19. Ventôse VI. (9. März 1798) erklärte die Mainzer Zentralverwaltung jede Veräußerung oder Belastung des Grund-

---

1) Bockenheimer S. 230 ff. — Über die Klostersetzgebung in Belgien vergl. Daris Bd. III S. 80 ff.; Bd. IV S. 14 ff.; Lanzac de Laborie Bd. I S. 79 ff. — ferner: Bulletin de la Commission royale d'histoire. Tome 77. III<sup>e</sup> Bulletin (Bruxelles 1908) S. 204 ff. — vergl. noch Hashagen, Rheinland S. 136 ff.; Perthes Bd. I S. 274, 275.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 24; Bockenheimer S. 231.

3) Remling, Neuere Geschichte S. 24, 25; Rheinpfalz II S. 433, 434.

4) Sitzung der Mainzer Zentralverwaltung vom 13. Ventôse VI.

besitzes ohne Genehmigung der französischen Behörden für ungültig.<sup>1)</sup> Durch Verordnung Rudlers vom 26. Ventôse VI. (16. März 1798) wurden „alle Bergwerke, Wälder, Grundstücke, Wiesen, Weinberge, Häuser und Güter aller Art, welche den ehemaligen Herrschaften, der Geistlichkeit und den Emigranten Frankreichs und der vier Departemente gehörten, ferner, welche den auf dem rechten Rheinufer gelegenen Ländern, dem Maltheser- und Deutschherrnorden eigen waren, die seit dem Einmarsch der Neufranken ihr Vaterland verlassen haben und nicht mit gehöriger Erlaubnis zurückgekehrt sind, sowie alle bewegliche und unbewegliche Güter, welche herrn- und erblos erscheinen, den Staatseinnehmern als Nationaleigentum überwiesen.“<sup>2)</sup> Darauf wurde sämtlichen geistlichen Körperschaften, deren Mitglieder nicht alle anwesend waren, befohlen ein Verzeichnis über ihre beweglichen und unbeweglichen Güter einzureichen,<sup>3)</sup> und im Jahre 1800 wurden sogar alle diejenigen Klöster aufgehoben, aus denen sich die Mehrzahl der Mitglieder bei Annäherung der Franzosen geflüchtet hatte.<sup>4)</sup> „Man sieht, dass hier die Kirchengesetzgebung nur zu einem Teile der grossen und besonders harten Emigrantengesetzgebung gemacht wird. Trotzdem verdient es fortgesetzt alle Beachtung, dass der erste der Kommissare, der Elsässer Rudler, der auf anderen Gebieten eine radikale Aufräumungsarbeit vornimmt, in kirchlicher Beziehung nur halbe Fahrt gestattet. Freilich darf man nicht vergessen, dass die Praxis nicht durchweg der ziemlich gemässigten Kirchengesetzgebung der provisorischen Zeit entsprechen hat.“<sup>5)</sup>

Neben dem Vorgehen gegen die Klöster und geistlichen Orden war es hauptsächlich der äussere Kultus, „die öffentliche Ausübung kirchlicher Gebräuche und gottesdienstlicher Handlungen“, der durch scharfe gesetzliche Bestimmungen

---

1) Kaiser S. 5; Friedrichs S. 69, 70.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 25, 26; Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, Bd. II. S. 822.

3) Beschluss vom 7. Germinal VI (27. März 1798); Hashagen, Rheinische Kirche S. 301; Bockenheimer S. 233.

4) Perthes Bd. I S. 275.

5) Hashagen, Rheinische Kirche S. 301. Es kam schon damals zu Säkularisationen, vergl. Friedrichs S. 69, 70; Remling, Neuere Geschichte S. 26.

von den Franzosen bekämpft wurde. Man suchte die seit alten Zeiten gerade im Rheinland herkömmlichen und tief im Volksempfinden wurzelnden Gebräuche, wie Prozessionen, Wallfahrten, Bittgänge, kirchliche Aufzüge u. dgl. durch Anwendung der in Frankreich geltenden Gesetze zu beseitigen.<sup>1)</sup>

Durch Beschluss des Regierungskommissars vom 8. Prairial VI. (27. Mai 1798) wurden die Art. 16, 18 und 19 des Gesetzes vom 7. Vendémiaire IV. für die vier neuen Departements in Geltung gesetzt.<sup>2)</sup> Darnach waren „die Zeremonien aller Arten von Gottesdienst ausserhalb des zu ihrer Ausübung erwählten Gebäudes verboten.“ Schwere Strafe stand auf der Übertretung dieser Vorschrift. Ferner durfte „niemand öffentlich in den Kleidungen, Zierraten oder Trachten erscheinen, welche Religions-Gebräuchen geeignet sind“.

Am 16. August 1798 (29. Thermidor VI.)<sup>3)</sup> wurden fast alle übrigen Artikel des Gesetzes vom 7. Vendémiaire IV. für die vier neuen Departements für anwendbar erklärt und damit alle gottesdienstlichen Versammlungen der Bürger der Aufsicht der Staatsgewalten unterworfen. Dass aber diese Bestimmungen, mit ihren schweren Strafen nur sehr mangelhaft von der rheinischen Bevölkerung beobachtet wurden, lässt sich mit vielen Belegen nachweisen. Gerade gegen die von den Franzosen eingeführten Gesetze zur Unterdrückung des äusseren Kultus opponierten die Rheinländer allenthalben aufs entschiedenste.<sup>4)</sup> Insbesondere das Verbot

---

1) Hashagen, Rheinische Kirche S. 308.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 28; Hashagen, Rheinland S. 143; Bockenheimer S. 236.

3) Remling, Neuere Geschichte S. 29, 30; Remling, Rheinpfalz II S. 438, 439; Hashagen, Rheinland S. 265, 266; Bockenheimer S. 236 ff.; Perthes Bd. I S. 274.

4) Vergl. Hashagen, Rheinland S. 140 ff.; 203, 204. — Kr. Speyer fasc. 105 S. 9. Der Kommissar des Vollziehungsdirektoriums bei der Kantonal municipalität von Kaiserslautern behauptete zwar: „J'ai entre mes mains les soumissions des prêtres de vouloir s'y conformer“ (gemeint ist: den Règlements sur la police des cultes). In demselben Schreiben berichtete er jedoch auch: „J'ai requis les agents de proclamer pour le 3<sup>e</sup> fois les règlements du 8 Prairial et 29 Thermidor VI.“ Vergl. damit das von Hashagen, Rheinische Kirche S. 314, 315 gesagte. — Um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, veranstaltete man Prozessionen ohne Pfarrer (Prozession auf den Rochusberg bei Bingen). Schreiben vom 9. Frimaire VIII. St.-A. Darmstadt. — Die Prozession der Kasteler am Feste Mariae Himmelfahrt nach Mainz wurde verboten. Sie durften

des öffentlichen Begräbnisses wurde fortwährend übertreten.<sup>1)</sup>

Dieselbe Opposition machte sich bei Einführung des Revolutionskalenders bemerkbar. Die Bemühungen an Stelle der christlichen Feste die Nationalfeste treten zu lassen und die Sonntage durch die Dekaditage zu ersetzen, an dem die Einwohner eines jeden Kantons in einem geeigneten „Tempel“ des Kantonshauptortes zusammentreten und ihnen die sämtlichen während der letzten zehn Tage ergangenen Erlasse vorgelesen werden sollten (Beschluss vom 23. Germinal VI. (12. April 1798) scheiterten an dem passiven Widerstand der Rheinländer. Eine neue Kalenderverordnung vom 6. Pluviôse VII. (25. Januar 1799) erreichte ebensowenig diesen Zweck. Als typisches Beispiel hierfür sei der Bericht des Kommissars des Vollziehungsdirektoriums bei der Wormser Zentralmunicipalität an die Mainzer Zentralverwaltung (auszugsweise) hier angeführt: „C'était hier (14. Ventôse VII) que la loi sur les décadis a été publiée solennellement. Pour faire oublier l'ancien dimanche, je crois qu'un moyen des plus propres de défendre à sonner les cloches en entrant dans

---

nur einzeln und ohne Kultzeichen über die Rheinbrücke kommen. Scharfe Überwachung wurde angeordnet. Schreiben der Zentralverwaltung v. 28. Thermidor VII. St.-A. Darmstadt. — Anlässlich eines Falles, in welchem ein Municipalagent die Kirchenkollekte im Innern der Kirche verboten hatte, schrieb die Mainzer Zentralverwaltung: „Sans vous observer, cit, que loin de décourager les ministres des cultes dans leurs efforts pour faire germer la bienfaisance dans les coeurs de leurs auditeurs, on doit au contraire soutenir leur zèle pour faire éclater une vertu aussi nécessaire à l'homme et au citoyen et qui seule peut consolider la République; et il suffit à vous rappeler que les fonctionnaires publics n'ont pas le droit de s'ingérer dans les exercices qui ont lieu dans l'intérieur des temples, qu'ils n'ont qu'à faire observer les lois sur la police *extérieure* des cultes et à veiller à ce que les réunions religieuses ne dégèrent point en rassemblements contre-révolutionnaires.“ Schreiben vom 14. Germinal VII. St.-A. Darmstadt. — Über die Kämpfe gleicher Art in Belgien vergl. Daris Bd. III S. 124 ff.; Bd. IV S. 36 ff.; Lanzaec de Laborie Bd. I S. 74 ff. insbes. S. 84, 85.

1) Hashagen, Rheinland S. 143 Note 3; Kr. Speyer fasc. 105 S. 5, 7—9. — Am 19. Vendémiaire VII schreibt die Mainzer Zentralverwaltung an die Municipalverwaltung des Kantons Mainz: „Nous sommes informés, qu'aux enterrements l'on se permet des cérémonies extérieures telles que de faire porter les morts aux cimetières par des gens costumés et portant des cierges. Nous vous rendons responsable de ces contraventions à la loi.“ Mainzer Stadtbibliothek.

les églises et de ne pas le permettre que les décadis et de faire tenir les actes de mariage dans les temples de décade, comme aussi d'y faire publier tous les actes de décès et de naissance. Si l'on continuera de ne rien faire dans les temples que de lire les lois et les proclamations, les places des temples resteront toujours vides et le but ne sera pas atteint.“<sup>1)</sup>

In der richtigen Erkenntnis, dass der rheinische Klerus den Hauptanteil am Widerstande gegen die französische Fremdherrschaft und gegen die Neugestaltung der Dinge hatte, unterwarfen ihn die neuen Machthaber einer scharfen Kontrolle.<sup>2)</sup>

Sie verlangten von den Kantonalmunizipalitäten genau geführte Listen über die im Kanton befindlichen Geistlichen. Das Hauptaugenmerk richtete man dabei auf die am Rhein sich aufhaltenden, geflüchteten Priester.<sup>3)</sup> Am 1. Floréal VI befahl die Mainzer Zentralverwaltung „à ne laisser sortir aucun prêtre de la commune de son domicile“, am 15. Floréal schränkte sie den Befehl dahin ein: „la mesure ne doit pas être exercée contre ceux qui sont connus par une conduite irréprochable et par leur soumission aux lois; vous vous bornerez à ne pas leur délivrer des passeports pour sortir du département.“<sup>4)</sup> Fortwährend verlangte die Zentralverwaltung Auskunft über das politische Verhalten der Geistlichen und deren heimliche Überwachung durch die Unterbehörden. Und

---

1) Schreiben vom 15. Ventose VII. Die Zentralverwaltung lehnte den Vorschlag vorerst ab. St.-A. Darmstadt; vergl. einen ähnlichen Fall Kr. Speyer fasc. 105 S. 2 u. 4; interessante Aufschlüsse über diese Frage gibt ferner Kr. Speyer fasc. 105 S. 12 u. 13. — Siehe auch noch: Historisch-politische Blätter f. d. kathol. Deutschland Bd. 147 Heft 11. München 1911 „Die Einführung des Revolutionskalenders in der Pfalz“ S. 824 ff.; Hashagen, Rheinland S. 160, 161 mit vielen Literaturangaben u. S. 237, 238; Remling, Neuere Geschichte S. 28; Friedrichs S. 70; für Belgien: Daris Bd. III S. 211 ff. — Bockenheim S. 75.

2) Hashagen, Rheinland S. 260 ff.

3) Man vergleiche die durch das Zirkular vom 1. Floréal VI eingeforderten „Tableaux nominatifs de tous les prêtres qui sont venus s'établir dans le canton de . . . depuis 1789 1) sans y exercer des fonctions ecclésiastiques 2) qui ont été placés par des nominations des ci-devant autorités.“ Es liegen die Listen folgender Kantonalmunizipalitäten vor: Mainz, Bingen, Alzey, Ober-Ingelheim, Oppenheim, Bechtheim und Wörrstadt. St.-A. Darmstadt. — Siehe auch Hashagen, Rheinland S. 269.

4) St.-A. Darmstadt.

zwar teilten dieses Schicksal die Geistlichen aller Konfessionen.<sup>1)</sup>

Durch die am 1. Mai 1798 erfolgte Verkündigung der Gesetze über den Zivilstand der Bürger<sup>2)</sup> wurde den Geistlichen die Führung der Kirchenbücher entzogen. Auch die geistliche Ehegerichtsbarkeit und der damit verbundene Einfluss der Geistlichen auf die Eheschliessung wurde hierdurch beseitigt.<sup>3)</sup> Die immer wiederkehrenden Einschärfungen der Behörden die Zivilstandsgesetzgebung zu beachten, lassen erkennen, dass der Widerstand von Klerus und Volk auch hiergegen anhaltend stark war.<sup>4)</sup>

#### § 4.

### Die geistliche Regierung des Departements Donnersberg in den Jahren 1798—1802.

Die Mainzer Erzdiözese war seit dem zweiten Einzug der Franzosen wiederum verwaist. Kurfürst Friedrich Karl Joseph von Erthal hatte Mainz verlassen und sich auf das

---

1) Schreiben der Zentralverwaltung an die Kantonalmunizipalitäten von Bechtheim, Alzey (v. 9. Frimaire VIII) und Mainz (14. Germinal VII) „Nous vous invitons en outre à envoyer des personnes, qui ont votre confiance dans les lieux où ils (les ministres de tous les cultes) prononcent leurs sermons afin de vous tenir informé de ce qu'ils parlent contre les lois et le nouvel ordre des choses.“ St.-A. Darmstadt. — Siehe ferner Kr. Speyer fasc. 105 S. 11 u. 16; Hashagen, Rheinland S. 269.

2) Bockenheimer, S. 235; Remling, Neuere Geschichte S. 28; Hermens I S. 291 ff.

3) Anlass zur frühzeitigen Publikation der Zivilstandsgesetzgebung mag die Eingabe der Mainzer Zentralverwaltung v. 6. Floréal VI an den Regierungskommissar Rudler gegeben haben. Abgedruckt im Anhang (Beilage II).

4) Vergl. Hashagen, Rheinland S. 166, 167; Hashagen, Rheinische Kirche S. 308; — ferner die „Proklamation der Zentralverwaltung des Departements vom Donnersberg an die Einwohner desselben“ v. 23. Brumaire VIII Mainzer Stadtbibliothek. — Auch das erste Hirtenschreiben Colmars v. 8. Dezember 1802 (S. 16) sagt bezeichnenderweise: „4) Tragen wir allen Seelsorgern und Pfarrverwesern auf, ein wachsames Auge darauf zu haben, dass von keinem ihrer untergebenen Pfarrkinder das Gesetz vernachlässigt werde, welches ihnen befiehlt, die neugeborenen Kinder in die bürgerlichen Geburtsregister einschreiben zu lassen.“ Und noch im Jahre 1809 entsetzte der Bischof, um ein Exempel zu statuieren, einen Desservanten seines Amtes, weil er eine kirchliche Trauung ohne vorhergehende Ziviltrauung vorgenommen hatte. Brief des Bischofs an den Präfekten v. 21. April 1809. St.-A. Darmstadt.

rechte Rheinufer begeben. Ihm war die Mehrzahl der hohen geistlichen Würdenträger gefolgt. Nur der Sekundärklerus blieb auf seinem Posten.<sup>1)</sup> Das in Mainz zurückgebliebene Ordinariat setzte seine Tätigkeit unter Leitung des Weibischofs Heimes zunächst fort. Doch schon bald schritt die Mainzer Zentralverwaltung ein. Durch Zirkular vom 5. Fructidor VI (22. August 1798) richtete sie an die Munizipal-Verwaltungen der Kantone eine Reihe von Fragen, die sich auf die geistliche Regierung bezogen:<sup>2)</sup>

1<sup>o</sup> Existe-t-il dans votre canton un vicariat, consistoire ou autre tribunal ecclésiastique?

2<sup>o</sup> Tiennent-ils encore des séances et exercent-ils encore leur juridiction spirituelle?

3<sup>o</sup> Quelle est leur influence sur l'esprit public des habitants?

4<sup>o</sup> Les membres qui les composent ont-ils dans aucun temps agi, parlé ou écrit contre la liberté?

5<sup>o</sup> Les tribunaux ou les membres qui les composent, ne sont-ils pas en correspondance avec leurs supérieurs transrhenans?

6<sup>o</sup> Ne se permettent-ils aucun acte contre les nouvelles lois et surtout contre celles sur la police des cultes et l'état civil des citoyens?

7<sup>o</sup> Quel est en général l'esprit des membres de tous les cultes dans votre canton, lesquels d'entre eux prêchent l'obéissance aux lois et l'amour des principes républicains et quels sont ceux qui aliènent les esprits à la République en alimentant le fanatisme et l'aveugle attachement au pouvoir absolu?

Die Beantwortung dieser Fragen gibt ein charakteristisches Bild von der Lage der Kirche in den ersten Zeiten der Fremdherrschaft und gewährt zugleich einen Einblick in die Gesinnung der einzelnen Kantonalmunizipalitäten. Die Mainzer Munizipalverwaltung<sup>3)</sup> berichtete, dass das Vikariat bis zum 29. Thermidor (16. August) seine Sitzungen abgehalten

---

1) Bockenheimer S. 229, 230.

2) St.-A. Darmstadt.

3) Das Schreiben ist im Anhang (Beilage I) wiedergegeben. St.-A. Darmstadt.

habe. Es sei indessen sehr wahrscheinlich, dass diese auch jetzt noch im geheimen fort dauerten, zur Entscheidung der transrhenanischen Angelegenheiten, die vor das Mainzer geistliche Gericht gebracht werden müssten. Sodann wandte sich der Bericht scharf gegen die Geistlichkeit: ihr unheilvoller geistlicher Despotismus, ihr Hass gegen die Franzosen und die Ignorierung der neuen Erlasse, die den Zivilstand der Bürger regelten,<sup>1)</sup> wurde ihnen zum Hauptvorwurf gemacht. Nur die strengste Durchführung des Gesetzes vom 7. Vendémiaire IV und eine gute Erziehung der Jugend in weltlichen Schulen könnten hier Besserung bringen.

Die Zentralmunizipalität von Worms<sup>2)</sup> berichtete, dass das Vikariat seine Sitzungen noch abhalte und die geistliche Jurisdiktion weiter ausübe, infolge der geringen Zahl von Katholiken sei jedoch dessen Einfluss gering. Es stehe nur mit einem gewissen Heimes in Mainz in Korrespondenz „qui dès longtemps est le ministre de l'électeur et archevêque pour les affaires ecclésiastiques“.<sup>3)</sup> Das Verhalten der Geistlichkeit wird folgendermassen charakterisiert: „Dans le clergé

---

1) Vergl. das Schreiben der Mainzer Zentralverwaltung an den Regierungskommissar Rudler vom 6. Floréal VI. St.-A. Darmstadt; abgedruckt im Anhang (Beilage II).

2) Schreiben an die Mainzer Zentralverwaltung vom 17. Vendémiaire VII mit 3 Anlagen; Protokolle über die beim Vikariat eingesehenen Bücher, dessen Sitzungen und Korrespondenz vom 10. Januar bis 5. September 1793. St.-A. Darmstadt.

3) Aus einem Protokoll: „Jusqu'au 25 avril le vicariat a continué l'ancien usage d'envoyer toutes ces délibérations à Mr. Heimes, ministre des affaires ecclésiastiques de l'électeur et archevêque, résidant à Mayence. Ce ministre ecclésiastique renvoya ces mêmes délibérations au vicariat avec ses observations ou avec une approbation tout simple: sa signature est toujours accompagnée de cette formule: ex mandato eminentissimi. C'était l'ancienne marche des affaires; mais le 9 mai ledit Heimes à cause de la cherté de la part des lettres a dispensé le vicariat à Worms de la formalité de lui renvoyer toutes ses délibérations.“ Über die geistliche Jurisdiktion des Wormser Vikariats heisst es daselbst: „que le vicariat qui exerçait anciennement la juridiction civile sur toutes les personnes ecclésiastiques et sur ceux qui en dépendaient a continué l'exercice de cette juridiction dans la partie de sa diocèse qui est sur la rive droite du Rhin; mais dans celle située sur la rive gauche il a cessé cet exercice dès le moment où les autorités républicaines furent établies; relativement à ce pays il s'est tenu très scrupuleusement dans les bornes de la puissance purement ecclésiastique ou spirituelle sans porter la moindre atteinte aux lois et règlements par le commissaire du gouvernement.“

catholique le plus grand nombre ne prêchait jamais; toutes leurs fonctions consistent à chanter, faire de petites cérémonies et avoir soin de l'économie de leurs corporations: le peu d'entre eux qui exercent les fonctions de curés ainsi que les ministres des autres religions ne se permettent pas de prêcher l'attachement au pouvoir absolu ou la désobéissance aux lois de la République. Ils s'en tiennent à la morale et aux principes de leur religion, qui commande en général l'obéissance aux autorités supérieures, sans toucher au reste la politique. Il n'y a que le rabbin des juifs, dont les discours respirent quelquefois l'amour de la liberté.“ Dieselben Klagen wurden auch in den Antworten der übrigen Kantonal-municipalitäten laut. Man verlangte von den Geistlichen, dass sie durch Wort und Tat sich und andere für die neuen Zustände begeisterten. Statt dessen verhielten sie sich allenthalben passiv und abwartend.<sup>1)</sup>

Mit besonderem Misstrauen sah man auf solche geistliche Personen, die nach Vertreibung der Franzosen, bei deren erster Invasion, sich als eifrige Anhänger des „ancien régime“ gezeigt hatten. Dieser Verfolgung fiel auch Heimes zum Opfer. Er hatte nach dem Abzug der Franzosen im Sommer 1793 die Rundschreiben erlassen, die das antireligiöse Verhalten der Franzosen scharf geisselten und besonders den Eid der französischen Konstitution als sündhaft verwarfen.<sup>2)</sup> Wegen dieser Gesinnung war er den französischen Machthabern verhasst und sie verbannten ihn auf das rechte Rheinufer.<sup>3)</sup> Kurfürst Friedrich Karl Joseph

---

1) Vergl. hierüber noch die Berichte der Kantonal-municipalitäten von Oppenheim v. 23. Fructidor VI und von Ober-Ingelheim v. 2. Brumaire VII. Der erste Bericht lautet günstig über die Geistlichen: „. . . ils se comportent selon l'assurance unanime de tous les agents de notre canton d'une manière tranquille et paisible de sorte qu'il n'y a la moindre cause de se plaindre de leur conduite.“ Wesentlich in demselben Sinne ist auch der andere gehalten. Hiergegen protestierte der Kommissar des Vollziehungsdirektoriums bei der Kantonal-municipalität von Ober-Ingelheim in einem Schreiben an die Zentralverwaltung v. 4. Brumaire VII: „. . . Partout où ils existent les prêtres ne sont pas ce qu'ils prétendent être. Un certain intérêt personnel avec leur ambition chagrinée, les fait toujours agir en secret contre toute institution républicaine.“ Sämtliche angeführten Belege im St.-A. Darmstadt.

2) Siehe Seite 4.

3) Sein Name findet sich in dem „Verzeichnis der Mitglieder des ehemaligen St. Viktorstiftes zu Mainz, die von der französischen Regierung auf

berief ihn nach Frankfurt, wo das ebenfalls auf das rechte Rheinufer verwiesene Ordinariat seine Sitzungen fortsetzte.<sup>1)</sup>

Nach der Verbannung des Weihbischofs Heimes trat der Scholast von St. Stephan zu Mainz, der geistliche Rat Valentin Schumann an dessen Stelle und versah sie bis zum Jahre 1802.<sup>2)</sup> Ihm waren die gesamten linksrheinischen Besitzungen des ehemaligen Erzbistums Mainz unterstellt, auch diejenigen Teile, die nicht zum Departement Donnersberg gehörten.<sup>3)</sup>

Der Zeitpunkt, an dem er die Funktionen eines Provikars<sup>4)</sup> übernahm,<sup>5)</sup> sowie der Umfang der ihm übertragenen spirituellen Machtvollkommenheiten lassen sich nicht genau feststellen. Jedenfalls erteilte er den Pfarrern die kanonische Institution und verlieh ihnen die geistliche Jurisdiktion.<sup>6)</sup>

---

das rechte Rheinufer verwiesen und keine französische Pension beziehen.“  
St.-A. Darmstadt.

1) Werner, Der Dom von Mainz Bd. III S. 481; Bockenheimer S. 230.

2) Bockenheimer S. 230. In einem Schreiben Schumanns an den Präfekten v. 21. Germinal X heisst es zwar: „dass sowohl der Papst als das französische Gouvernement den Erzbischof vor 3 Wochen eingeladen haben, seine, die geistliche Jurisdiktion wieder auszuüben.“ Kr. Speyer fasc. 104 S. 5.

3) So z. B. die zum früheren Simmerer Landkapitel gehörigen Pfarreien, die im Rhein- u. Mosel-Departement lagen; siehe Note 1 S. 25 und die Darstellung der Gemündener Pfarrwahl im Schreiben Schumanns an den Präfekten v. 25. Prairial IX. St.-A. Darmstadt.

4) Am häufigsten findet sich die Bezeichnung „Vorsteher des Mainzisch-bischöflichen Presbyteriums auf der linken Rheinseite.“ So bezeichnet Schumann sich selbst. Daneben findet sich: „préfet de sacerdoce épiscopal de l'église de Mayence sur la rive gauche du Rhin;“ ferner: „suffragant de l'archevêque de Mayence“, „bischöflicher Delegat“, „Vorsteher der Geistlichkeit“, „Stellvertreter des Erzbischofs.“ Kr. Speyer fasc. 104 S. 5.

5) In einer offiziellen Darstellung der einzelnen Phasen der Gensinger Pfarrwahl findet sich folgender Passus: „Le cit. Schumann se disant alors chargé des pouvoirs spirituels de l'archevêque de Mayence donna l'institution canonique trois ans après, en l'an IX.“ . . . Darnach hätte Schumann bereits 1798 sein Amt angetreten. Die gesamten Akten über die Gensinger Pfarrwahl im St.-A. Darmstadt.

6) Siehe die vorige Note. In einem Schreiben Schumanns v. 19. Juni u. 28. Juli 1800 ist u. a. gesagt, dass der Pfarrer zu Gensingen „2 Jahre hindurch sich den Pfarrverrichtungen zu Gensingen unterzogen hätte, ohne die hierzu erforderliche Jurisdiktion des Mainzer Ordinariats empfangen zu haben,“ und ein Resolutum v. 18. Dez. 1800 lautet: „Nach eingesehenem Wahlinstrument wird hiermit der Kaplan Maier als Pfarrverwalter zu Gensingen von Ordinariats wegen bestimmt und derselbe andurch mit der hierzu erforderlichen geistlichen Jurisdiktion versehen“ . . . unterzeichnet Schumann. St.-A. Darmstadt.

Welche Stellung die Regierung gegenüber Schumann einnahm, lässt sich ebenfalls nicht mit Sicherheit konstatieren. Sie tolerierte ihn und erkannte seine Tätigkeit stillschweigend an, ja sie trat schliesslich offiziell in Verhandlungen mit ihm ein.<sup>1)</sup> Jedoch scheinen die Verwaltungsbehörden öfters ein Vorgehen gegen Schumann ins Auge gefasst zu haben; diese Pläne scheiterten indessen am Widerstande der Justizbehörden. Ein charakteristisches Beispiel hierfür, das zugleich ein Bild von den unsicheren und ungeordneten Beziehungen zwischen Staat und Kirche gibt, mag hier Platz finden: Schumann hatte dem Pfarrer zu Nieder-Saulheim<sup>2)</sup> folgendes Schreiben zugehen lassen: „Nach angehörtem Gutachten des bischöflichen Presbyteriums ist einstimmig beschlossen worden: Es wird dem B. Sauer, Pfarrer zu Nieder-Saulheim hiermit erklärt, dass ihm von nun an das Messlesen samt allen Pfarrverrichtungen nachdrücklich verboten werde, . . . andernfalls er mit dem Kirchenbann belegt sein soll. . . . Die katholischen Kirchen-Vertreter daselbst werden andurch eingeladen, vorstehenden Beschluss, nicht allein dem B. Sauer sondern auch allen katholischen Pfarrkindern nachdrücklich bekannt zu machen. Schumann, Vertreter des bischöflich-mainzischen Presbyteriums auf der linken Rheinseite.“ Dieses Schreiben, das in die Hände des General-Regierungskommissars Shée gelangt war, wurde von diesem dem Staatsanwalt beim Kriminaltribunal übergeben, um gegen Schumann strafrechtlich vorzugehen. Der Staatsanwalt schickte jedoch das inkriminierte Schriftstück an den General-Regierungskommissar zurück mit folgenden bezeichnenden Worten<sup>3)</sup>:

„Permettez que je remets cette pièce en observant qu' aucun règlement publié dans ce département n'a encore tracé les limites et les relations réciproques de la prétendue hiérarchie ecclésiastique envers le pouvoir civil. — La cause est trop importante pour,

---

1) Anlass dazu gaben die Pfarrwahlen; siehe § 5 S. 31 ff. Auf das Verhalten der Regierung Schumann gegenüber passt so recht der Satz Hashagens „Man vermeidet grundsätzliche Regelungen und sucht schwebende Fragen erst einmal von Fall zu Fall zu entscheiden.“ Rheinische Kirche S. 300.

2) Schreiben v. 14. Thermidor VIII. Das gesamte Aktenmaterial über die streitige Pfarrwahl in Nieder-Saulheim im St.-A. Darmstadt.

3) Schreiben v. 1 Thermidor VIII. St.-A. Darmstadt.

les faits qu' elle pourrait produire sur la tranquillité publique pour que je puisse prendre sur moi de faire aucune démarche sans vos ordres exprès. Je vous prie en conséquence de me tracer la marche qui devra être tenu à l'égard dudit Schumann.“

Der General-Regierungskommissar<sup>1)</sup> gab darauf seine Meinung dahin ab, dass sowohl Schumann wie die Kirchengemeindevorsteher nach Art. 22 titre V des Gesetzes vom 7. Vendémiaire IV zu bestrafen seien, ausserdem sei Schumann, der sich den Titel „préfet du sacerdoce épiscopal de l'église mayençois située sur la rive gauche du Rhin“ beigelegt hatte, noch zu bestrafen, wegen Übertretung des Gesetzes vom 16. Oktober 1791, das jedem französischen Bürger verbot Titel und Qualifikationen anzunehmen, die durch Gesetz oder die Konstitution unterdrückt waren. Der directeur du jury de l'arrondissement de Mayence, Umphenbach, lehnte jedoch die strafrechtliche Verfolgung ab mit folgender Begründung:<sup>2)</sup>

„ — Considérant en outre que l'art. 22 titre V de la loi du 7. Vendémiaire IV ne peut pas être appliqué au cas présent, parceque la loi n'ayant pas encore permis aux catholiques des 4 nouveaux départements d'élire des évêques et leur culte leur fait un besoin d'un tel ministre dans l'approbation de l'examen d'un curé et qu'il vaut mieux pour le repos public qu'un homme paisible et savant, possessionné dans la République fasse les fonctions épiscopales, que de contraindre les catholiques de s'adresser au vicariat à Francfort d'où ils pourraient rapprocher des idées peu compatibles avec l'obéissance due à la République,

où le commissaire

déclare qu'il n'y a pas lieu . . . à une procédure contre le cit. Schumann.“

Bei den unklaren und auseinandergelassenen Anschauungen, die somit bei den obersten Behörden über die Stellung

---

1) Schreiben v. 21. Thermidor VIII; vergl. noch das in gleichem Sinne gehaltene Schreiben des Regierungskommissars beim Kriminaltribunal an den General-Regierungskommissär v. 4. Fruktidor VIII. Beide im St.-A. Darmstadt.

2) Entscheidung v. 27. Thermidor VIII. St.-A. Darmstadt.

Schumanns und dessen Behandlung herrschten, ist es nicht erstaunlich, dass auch die Unterbehörden über das Amt, das Schumann bekleidete, im unklaren waren. Man findet deshalb oft Anfragen von staatlichen und kommunalen Behörden, die um Auskunft über die offizielle Stellung Schumanns bitten.<sup>1)</sup> Die Mainzer Zentralbehörde behandelte diese Fragen dilatorisch, da sie ja selbst in dieser Angelegenheit nicht klar entscheiden konnte oder wollte.

## § 5.

### Die Pfarrwahlen.

In die Verfassung der kirchlichen Mittel- und Unterbehörden griffen die Franzosen im allgemeinen nicht ein. So liessen sie die Landkapitel und deren Organisation bestehen.<sup>2)</sup> Dagegen wurde das bisher bei der Besetzung vakanter Pfarreien eingeschlagene Verfahren völlig umgestaltet.

Kurz vor der Übergabe der Stadt Mainz an die Fran-

---

1) Der Unterpräfekt des Arrondissements Simmern wandte sich an den General-Regierungskommissär Jollivet mit der Frage: „jusqu'à quel point je le (Schumann) pourrai reconnaître dans les fonctions, dont il se qualifie.“ Schreiben v. 22. Prairial IX. St.-A. Darmstadt. — Der Maire von Gensingen schrieb am 14. Brumaire IX an den Präfekten: „Nach näheren Erkundigungen erfahre ich, dass einer namens Schumann zu Mainz, geistlicher Rat des Erzbischofs zu Aschaffenburg, der sich praeses presbyterum der Mainzer Diözese auf dem linken Rheinufer nennt, dem hiesigen Pfarrer mit Suspension und Excommunication bedroht habe. — Da ich unmöglich glauben kann, dass dieser geistliche Rat Schumann zu Mainz von Ihnen, Bürger Präfekt, zum Vorsteher der Presbyterien der nicht existierenden Mainzer Diözese auf dem linken Rheinufer ernannt und dazu autorisiert ist, Pfarreien nach Willkür zu vergeben, sondern vielmehr glauben muss, dass dieser Schumann entweder ein Wahnsinniger oder ein gewinnsüchtiger Betrüger ist, der seinen geistlichen Unfug in der Republik noch immer forttreiben will, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen von diesem Vorfall die Anzeige zu machen.“ St.-A. Darmstadt. Einem Pfarrer, dem das Bestehen eines Vikariats in Mainz unbekannt war, schrieb Schumann: „Die Entschuldigung, Sie hätten nicht gewusst, dass ein Vicariat in Mainz sei, taugt nichts; denn Sie müssten doch wissen, was im conc. Trident. sess. 7 c. 13 und sess. 23 c. 15 de ref. verordnet ist . . . Es war Ihre erste Pflicht, sich zu erkundigen, wer in Mainz die episcopalia itzt zu verwalten habe; und dies würde Ihnen ein jeder Ihrer benachbarten Pfarrer eröffnet haben, am aller ersten aber der Landdechant . . .“ Schreiben v. 7. Thermidor VIII. St.-A. Darmstadt.

2) Vergl. Note 3 S. 22; Werner, Der Dom zu Mainz Bd. III S. 479.

zosen, hatte Weihbischof Heimes noch 30 Alumnus zu Priestern geweiht.<sup>1)</sup> Eine gleiche Anzahl empfing am 2. Juni 1798 die Weihe, sie wurden aber nicht mehr in dem linksrheinischen Teile der Mainzer Erzdiözese angestellt.<sup>2)</sup> Nachdem man bereits vorher das Vermögen des Mainzer Priesterseminars mit Beschlag belegt hatte, wurde es am 30. August 1798 aufgelöst.<sup>3)</sup> Seit diesem Zeitpunkt konnten keine Priesterweihe mehr stattfinden. Bei Besetzung der vakanten Pfarreien konnte es sich also von da an nur darum handeln, entweder den Pfarrer einer anderen Pfarrei als Nachfolger zu gewinnen oder Ordensgeistliche auf die freiwerdenden Stellen zu berufen.

Die Art, wie die Besetzung der erledigten Pfarreien erfolgen sollte, wurde von der Regierung vorgeschrieben. Ein Zirkular des Regierungskommissars Rudler v. 21. Messidor VI,<sup>4)</sup> das bis zum Inkrafttreten des Konkordates in Geltung blieb, regelte das Verfahren in folgender Weise:

„Comme plusieurs départements se sont adressés à moi pour savoir par qui il doit être nommé aux places de curés et pasteurs qui deviennent vacantes, j'ai cru devoir rendre commune à tous les départements cette réponse que je vous adresse. Il me paraît naturel de laisser au peuple le choix libre de ses pasteurs. Cependant, comme le peuple pourrait être égaré dans ce choix, s'il s'en présentait dont les principes politiques, suffisamment connus, pussent inspirer des craintes et fissent re-

---

1) Selbst S. 41; Bockenheimer, Beiträge Heft 5 (1882) S. 29.

2) Bockenheimer S. 324; vergl. ferner das Schreiben der Mainzer Zentralverwaltung an die Mainzer Kantonalverwaltung vom 19. Vendémiaire VII: „Nous sommes informés que des autorités étrangères nomment des curés dans ce dépt. et étant à présumer que les individus nommés par elles sont ennemis de la République, nous vous invitons à nous adresser sur le champ l'état des curés et ministres de culte entrés en fonction depuis le 1<sup>er</sup> Ventôse VI<sup>me</sup> année“. Heimes antwortete am 17. Oktober 1798, dass seit dem 1. Ventôse VI nur zwei Geistliche ihr Amt als Pfarrer angetreten hätten. Mainzer Stadtbibliothek.

3) Bockenheimer S. 324, 325.

4) St.-A. Darmstadt. (Le commissaire du gouv. dans les pays conquis entre Meuse, Rhin et Moselle aux administrateurs centrales des quatre départements réunis sur la rive gauche du Rhin.)

douter, qu'ils ne troublassent la tranquillité publique ou entravassent la marche du gouvernement, je regarde comme un de vos devoirs de les écarter et en conséquence vous vous ferez représenter chaque fois les nominations afin qu'elles soient approuvées par vous ou rejetées, si le cas y échet.“<sup>1)</sup>

Das so garantierte Recht der Pfarrwahl durch das Volk — wobei jedoch der Ausdruck „Volk“ nur im Sinne von katholischer Pfarrgemeinde zu verstehen ist — suchte die Mainzer Zentralverwaltung anfangs bisweilen dadurch zu durchbrechen, dass sie Geistliche, die sie wegen ihrer republikanischen Gesinnung protegierte, eigenmächtig einsetzte.<sup>2)</sup> Von diesen Ausnahmen abgesehen wurde indessen das Prinzip der Pfarrwahl<sup>3)</sup> durch die katholischen Bürger der Gemeinde

---

1) Ausser diesem Zirkular, auf das fast alle Akten Bezug nehmen, müssen noch folgende über dieselbe Materie veröffentlicht worden sein:

Circulaire du 19 Fructidor VI: „relative au choix à faire par le peuple pour remplacer ceux des curés et ministres de culte, dont les places viendront à vacquer.“ Erwähnt im Schreiben der Mainzer Zentralverwaltung an die Mainzer Kantonalmunizipalität v. 19. Vendémiaire VII. Mainzer Stadtbibliothek. Siehe auch Remling, Neuere Geschichte S. 30 Note 22. Auf Grund dieses Zirkulars wählten z. B. die kathol. Bürger von Gonsenheim (bei Mainz) ihren Pfarrer am 16. Germinal VII. St.-A. Darmstadt; siehe auch Kr. Speyer fasc. 118 S. 237 — ferner ein Beschluss v. 22. Germinal VI „Da vermöge eines Beschlusses des Gouvernements v. 22. Germinal es den Gliedern eines jeden Kirchspiels freigestellt ist, für ihre erledigte Pfarrei einen Geistlichen zu wählen, den sie in bürgerlichen Tugenden, auch republikanischer Moral gemäss beigelegtem Attestat tauglichst erachten . .“ Kr. Speyer fasc. 118 S. 296. — Ausserdem wird sich oft auf ein Schreiben des Regierungskommissars vom 16. Thermidor VII berufen: „en vertu de laquelle les ministres de culte choisis par les communes ne peuvent acquérir par cette nomination aucun droit à des pensions de la République.“ St.-A. Darmstadt.

2) Kr. Speyer fasc. 118 S. 216, 212. Doch protestierten hiergegen die Gemeinden unter Berufung auf die freie Pfarrwahl aufs entschiedenste (Kr. Speyer fasc. 118 S. 117, 120), was zu heftigen Kämpfen zwischen dem Kandidaten der Regierung und dem der Gemeinde führte. Kr. Speyer fasc. 118 S. 211, 108, 112 Schliesslich gab die Regierung nach und akzeptierte sogar minder genehme Kandidaten, denen sie vorher die Bestätigung versagt hatte. Vergl. Kr. Speyer fasc. 118 S. 104 u. 99 mit S. 211 u. 208.

3) An Stelle des Ausdrucks „Pfarrer“ findet sich öfters die Bezeichnung „Volkslehrer“ Kr. Speyer fasc. 118 S. 48, 224, 256, 313 usw., „geistlicher Lehrer“ a. a. O. S. 253 und „Religionslehrer“ a. a. O. S. 53 u. 60.

im Departement Donnersberg allenthalben durchgeführt und blieb bis zum Jahre X in Geltung.<sup>1)</sup>

Aus den erhaltenen Akten über die Wahlen der Pfarrer in den einzelnen Gemeinden lässt sich folgendes Bild gewinnen: Veranlassung zur Wahl war in den meisten Fällen der Tod des bisherigen Pfarrers. Doch finden sich auch andere Gründe der Vakanz, wie Deportation<sup>2)</sup> und Emigration<sup>3)</sup> des Pfarrers, freiwillige Resignation auf die Pfarrei<sup>4)</sup> und Wahl auf eine andere Pfarrstelle.<sup>5)</sup> Auch trat bisweilen der Fall ein, dass ein Pfarrer durch Beschluss der Mainzer Zentralverwaltung abgesetzt wurde. Die katholischen Einwohner dieser Gemeinde wurden dann zugleich autorisiert zur Wahl eines neuen Geistlichen zu schreiten.<sup>6)</sup>

Der Wahlmodus war nicht einheitlich geregelt. Teils wurden Listen in Umlauf gesetzt, wobei diejenigen, die für den vorgeschlagenen Kandidaten votierten, ihre Unterschrift abgaben.<sup>7)</sup> Teils erschienen die katholischen Bürger vor dem Maire und erklärten, dass sie einen bestimmten Geistlichen zu ihrem Pfarrer erwählten,<sup>8)</sup> oder sie nahmen die Wahl unter

---

1) Berichte über folgende Pfarrwahlen liegen vor: Winnweiler, Weillerbach, Weidenthal, Otterstadt, Ottersheim, Obermoschel, Jmsweiler, Böbingen, Wernersberg, Gossersweiler, Laumersheim; zwei Mal fanden Wahlen statt in Schallodenbach, Grosskarlbach und Otterbach. Die Akten über alle diese Wahlen sind enthalten im Kr. Speyer fasc. 118. — Im Staatsarchiv Darmstadt finden sich z. B. folgende Akten über dieselbe Materie: Pfarrwahl zu Gonsenheim, Klein-Winternheim, Abenheim, Weinheim, Harxheim, Spiesheim, Nieder-Saulheim, Gensingen.

2) Kr. Speyer fasc. 118 S. 237. (Konfirmation der Wahl des Pfarrers zu Otterbach); a. a. O. S. 238 (Protokoll über die erste Pfarrwahl zu Otterbach.)

3) Kr. Speyer fasc. 118 S. 102. (Eingabe der kathol. Gemeinde zu Grosskarlbach an die Munizipalverwaltung des Kantons Grünstadt.)

4) Kr. Speyer fasc. 118 S. 272. (Resignationserklärung des Pfarrers v. Ottersheim auf die Pfarrstelle daselbst.)

5) Kr. Speyer fasc. 118 S. 313. (Eingabe der kathol. Gemeinde Weillerbach an den Unterpräfekten von Kaiserslautern, um die Bestätigung des gewählten Pfarrers zu befürworten.)

6) Kr. Speyer fasc. 118 S. 201. (Von der Gemeinde Imsweiler in Umlauf gesetzte Liste, mit der Aufforderung, durch Unterzeichnen sein Einverständnis mit der Person des vorgeschlagenen Pfarrkandidaten zu dokumentieren); a. a. O. S. 304 (Protokoll über die Pfarrwahl zu Weidenthal.)

7) Kr. Speyer fasc. 118 S. 201; siehe auch die Belege der vorhergehenden Note.

8) Kr. Speyer fasc. 118 S. 6. (Mitteilung des Bürgermeisters von Böbingen an den Unterpräfekten v. Speyer über die stattgefundene Pfarrwahl.)

Leitung des Maire vor.<sup>1)</sup> Bisweilen vollzog sich der Wahlakt auch in der Kirche, der Munizipal-Agent leitete dann die Wahlhandlung und sammelte die Stimmen.<sup>2)</sup> In weitaus den meisten Fällen erfolgte die Wahl einstimmig, nur selten vereinigte der Kandidat nicht alle abgegebenen Stimmen auf sich.<sup>3)</sup>

Die Gewählten wurden häufig aus dem Ordensklerus entnommen,<sup>4)</sup> auch wurden Geistliche, die in anderen Departements tätig waren, gewählt.<sup>5)</sup> Selbst emigrierte und deportierte Pfarrer, die sich auf dem rechten Rheinufer befanden, wurden durch Wahl in die Heimat und auf ihre alten Pfarreien wieder zurückgerufen<sup>6)</sup> und erhielten, wenn sie mit Erlaubnis des Polizei-Ministers zurückkehren durften und den Treueid auf die Konstitution ablegten, die Bestätigung der Mainzer Regierung.<sup>7)</sup>

Nachdem die Wahl stattgefunden, wurden die Wahl-

---

1) Kr. Speyer fasc. 118 S. 219. (Protokoll über die Pfarrwahl zu Laumersheim); a. a. O. S. 271. (Mitteilung des Maire v. Ottersheim an den Unterpräfekten v. Kaiserslautern über die stattgefundene Pfarrwahl.)

2) Kr. Speyer fasc. 118 S. 304. (Protokoll der Pfarrwahl zu Weidenthal.)

3) Kr. Speyer fasc. 118 S. 237. (Protokoll der Pfarrwahl zu Otterbach. Grund für die nicht einstimmig erfolgte Wahl S. 237 Rückseite); a. a. O. S. 271 (Pfarrwahl zu Ottersheim).

4) Kr. Speyer fasc. 118 S. 201. (Karmelitermönch aus dem Kreuznacher Kloster); a. a. O. S. 220 (Franziskaner aus dem Kloster Bethlehem, Arrondissement Köln); a. a. O. S. 279 (Dominikaner aus dem Kloster zu Worms).

5) Kr. Speyer fasc. 118 S. 51. (Der Gewählte stammte aus dem Departement Niederrhein); a. a. O. S. 309. (Der Kandidat war aus dem Saar-Departement.)

6) Kr. Speyer fasc. 118 S. 146, 249, 253, 238. — Vergl. auch die Pfarrwahl zu Gonsenheim bei Mainz. Die Munizipalverwaltung des Kantons Niederolm hielt die Wahl des Gonsenheimer Pfarrers „prêtre étranger de la rive droite“ für bedenklich, da es zweifelhaft sei, ob er ein Freund der republikanischen Prinzipien sei. Sie schlug deshalb der Mainzer Zentralverwaltung vor, in Gonsenheim eine Neuwahl anzuordnen, bei der nur ein Priester, der auf der linken Rheinseite geboren und wohnhaft sei, gewählt werden dürfe. Trotzdem bestätigte die Mainzer Zentralverwaltung nach weiteren Auskünften über die „moralité et les opinions politiques“ den gewählten Pfarrer, am 7. Thermidor VII. St.-A. Darmstadt.

7) Kr. Speyer fasc. 118 S. 133, 142, 144, 139, 140, 129 — und S. 262, 252, 243, 242, 241, 238. Der Präfekt nahm sich sogar der deportierten Priester eifrig an, indem er den Polizeiminister bat, die ihm zustehende Entscheidung über die Rückkehr eines Geistlichen auf das linke Rheinufer etwas zu beschleunigen, da der betreffende Pfarrer, der sich mittellos auf der rechten Rheinseite aufhalte, sonst allzu grossé Not litte. Kr. Speyer fasc. 118 S. 242.

protokolle vom Munizipal-Agenten (bezw. Maire) an die Munizipalverwaltung des Kantons (bezw. Unterpräfekten) eingeschickt. Dem Wahlprotokolle mussten Attestate und Zertifikate über das moralische und politische Betragen des Gewählten in seinem früheren Wirkungskreis beigegeben sein.<sup>1)</sup> Entsprechend der von den neuen Machthabern auf allen Gebieten beobachteten Maxime wurde auch hier auf die politische Gesinnung der Hauptwert gelegt und franzosenfeindlichen Kandidaten die Genehmigung versagt.<sup>2)</sup>

Die Kantonalmunizipalität (bezw. der Unterpräfekt) reichte diese Akten, mit einem eigenen Gutachten versehen, bei der Mainzer Zentralverwaltung (bezw. beim Präfekten) ein und diese bestätigte die Wahl oder versagte die Genehmigung, wobei sich die Zentralbehörde naturgemäss in der Regel dem Berichte der Unterbehörde anschloss.<sup>3)</sup> Der Beschluss, durch den die Regierung die Wahl bestätigte, lautete in fast allen Fällen übereinstimmend:<sup>4)</sup>

Art. 1. Le choix fait par les habitants catholiques de . . . (Name der Gemeinde) du cit. . . . (Name des Gewählten) pour ministre de leur culte est approuvé.

Art. 2. Le même est tenu à se soumettre par un

---

1) Vergl. z. B. Kr. Speyer fasc. 118 S. 237, 306, 318, 327. Die grosse Anzahl der von den Pfarrern beigebrachten Attestate beweist, dass ein sehr häufiger Stellenwechsel stattfand.

2) Kr. Speyer fasc. 118 S. 101, 104. Der gewählte, aber nicht bestätigte Pfarrer „s'était toujours montré ennemi de la révolution autant par ses actions que par ses discours. La prudence exige de préserver le peuple de l'influence mortifère des prêtres fanatiques . . .“ — „La circulaire du 21 Messidor VI charge les administrations locales d'écarter ceux dont les principes politiques ne seraient pas conformes au nouvel ordre des choses.“ St.-A. Darmstadt. — Der Unterpräfekt von Zweibrücken schlug vor: „de soumettre tous les prêtres à l'obligation de faire promesse de fidélité à la République.“ Kr. Speyer fasc. 118 S. 81, 82. — Vergl. auch Perthes Bd. I S. 276.

3) „Les renseignements que vous nous transmettez détermineront notre décision.“ Kr. Speyer fasc. 118 S. 199.

4) Eingeleitet wurde diese Konfirmation durch eine zusammenfassende Aufzählung der einzelnen stattgehabten Vorgänge nebst Anführung der gesetzlichen Bestimmung, auf grund der die Wahl durch das Volk und das Recht der Regierung, diese Wahl zu genehmigen oder ihr die Genehmigung zu versagen, beruhte.

acte particulier aux lois de la République et à renoncer à toute pension de la part de l'Etat.<sup>1)</sup>

Die so gewählten und von der Regierung bestätigten Geistlichen erhielten sodann noch von dem Vorsteher des bischöflich-mainzischen Presbyteriums Schumann die kanonische Institution.<sup>2)</sup> Diesen Gang des Verfahrens suchte Schumann abzuändern. Er verlangte, dass die Regierung erst dann den Gewählten bestätigen solle, wenn die vorherige Prüfung durch die geistliche Behörde keine Einwendungen ergeben hätte und schliesslich wandte er sich allgemein gegen das von der Regierung geübte Bestätigungsrecht.

Veranlassung hierzu gaben zwiespältige Pfarrwahlen im Jahre IX (Sommer 1801). Es kam vor, dass gewählten Geistlichen, die von der Regierung die Bestätigung erhalten hatten, von Schumann der Amtsantritt verweigert wurde. Die betreffenden Pfarrer wandten sich beschwerdeführend an den Präfekten in Mainz, der Schumann zu einem ausführlichen Bericht über die Vorgänge bei diesen Pfarrwahlen und über sein Verhalten hierbei aufforderte.<sup>3)</sup> Schumann kam diesem Verlangen alsbald nach und behandelte in seinem Antwortschreiben neben der detaillierten Darlegung der einzelnen Pfarrwahlen<sup>4)</sup> vor allem auch die Frage des Bestätigungsrechtes der Regierung und die bei den Pfarrwahlen hervorgetretenen Misstände.<sup>5)</sup> So äusserte er sich über das Bestä-

---

1) Da der Staat den Geistlichen keinen Unterhalt gewährte, mussten die katholischen Glieder der Gemeinde dies übernehmen. Kr. Speyer fasc. 118 S. 102, 323; eine detaillierte Aufstellung dessen, was eine Gemeinde gewährte S. 280 u. 236. — Schreiben Schumanns v. 18. Dez. 1800: „Der kathol. Gemeinde wird zugleich aufgetragen, sich mit ihrem neuen Seelsorger in Rücksicht seiner anständigen Verpflegung innerhalb 4 Wochen gütlich zu vergleichen.“ St.-A. Darmstadt.

2) Siehe Seite 22.

3) Schreiben des Präfekten par interim Mossdorff an Schumann vom 18. Prairial IX. St.-A. Darmstadt.

4) Schumann gibt die Schilderung der Pfarrwahlen auf Grund eines Auszugs aus seinem Tagebuch. Das Tagebuch, das sicherlich wertvolle Aufschlüsse über die Periode von 1798—1802 gibt, war nicht auffindbar.

5) Schreiben Schumanns an den Präfekten v. 25. Prairial IX. St.-A. Darmstadt. Es beginnt mit den Worten: „Überzeugt, dass die allgemeine Glückseligkeit nie dauerhafter gegründet werden könne, als wenn die weltlichen und geistlichen Gewalten in vertraulicher Eintracht auf die Erhaltung

tigungsrecht der Regierung bei zwiespältigen Pfarrwahlen: „ . . . Vorausgesetzt, dass der Präfektur die Bestätigung der Pfarrwahlen nach den bestehenden Gesetzen wirklich zustehe, welches ich hier nicht untersuchen will, so kann diese Befugnis doch nur bei den ruhigen und unwidersprochenen Wahlen statthaben, keineswegs aber bei den streitigen; in diesen Fällen ist es für eine jede administrative Gewalt strenge Pflicht, die streitenden Parteien an die einschlagenden Justizstellen, welche über das meum et tuum, über angesprochene Gerechtsame zu erkennen haben, vordersamst zu verweisen, und dort ihre Sache richterlich entscheiden zu lassen. Handelt die administrative Gewalt anderst, so macht sie sich für alle hieraus entspringenden Unruhen und Unordnungen verantwortlich.“ Im Anschluss hieran erörterte Schumann die Frage: „Ist es rätlich, dass die Präfektur eine Pfarrwahl bestätige, ehe der Gewählte vom Bischof geprüft und tauglich befunden worden?“ „Wenn der Fall nicht selten sich ereignen kann, dass eine Gemeinde einen hergelaufenen sittenlosen und unwissenden Geistlichen aus dem Grunde wählte, weil er um eine geringe Besoldung zu dienen, sich verbindlich gemacht hat, welches bei Bettelmönchen, die ausser dem Kloster nur freie Luft suchen, bisweilen sich ergeben mag; so würde die Präfektur sich der Gefahr aussetzen einen unnötigen Konflikt durch voreilige Bestätigung zu veranlassen, wenn der Bischof wegen Unwissenheit oder unsittlichen Betragens dem Bestätigten die kanonische Einsetzung nach den bestehenden Kirchengesetzen verweigern müsste. Die Ehre der Präfektur selbst erheischt es daher, dass sie nie eine Wahl bestätige, ehe und bevor der Gewählte vom Bischof geprüft und tauglich befunden worden sei.“ Kurze Zeit darauf<sup>1)</sup> verlangte Schumann die völlige Beseitigung des staatlichen Bestätigungs-

---

der öffentlichen Ruhe zusammen wirken, ergreife ich mit vielem Vergnügen die durch Ihr Schreiben v. 18. mir gegebene schon längstens gewünschte Gelegenheit, Ihnen eine genaue aus meinen Registern gezogene Rechenschaft zu geben“ und schliesst mit dem etwas euphemistischen Satze, „dass das Band zwischen Staat und Kirche noch enger geknüpft werden möge.“

1) Schreiben Schumanns an den Präfekten Jollivet, der inzwischen an die Stelle Mossdorffs getreten war, v. 1. Fruktidor IX. Der Inhalt dieses Schreibens deckt sich im wesentlichen mit dem v. 25. Prairial IX. St.-A. Darmstadt.

rechtes „J'ai l'honneur de vous ci-jointre l'extrait d'une lettre de l'évêque métropolitain de Rennes du 9 juillet 'dr. (20. messidor IX)<sup>1)</sup> par laquelle il est constaté, que le gouvernement de l'intérieur de la République ne prend aucune part aux élections des curés; et comme ces 4 départements sont actuellement réunis à la République j'ose vous prier de faire jouir nos églises paroissiales des mêmes privilèges dont les autres églises de la République jouissent depuis longtemps.“ Doch scheinen diese Bestrebungen Schumanns ohne Erfolg geblieben zu sein, denn in einer Entscheidung in dem Jahre XII sprach sich der Präfekt Jeanbon St. André dahin aus: „Avant l'organisation actuelle des cultes, la nomination des curés était une des attributions exclusives du préfet et ceux qui exerçaient le culte sans son autorisation étaient dans le cas d'être poursuivis comme contrevenant aux règlements rendus sur cette partie.“<sup>2)</sup>

Neben diesen Bemühungen Schumanns um Beseitigung des staatlichen Einflusses ging sein Bestreben dahin: den Einfluss der Kirche bei dem Wahlakt selbst zu stärken. Zu diesem Zweck erliess er ein neues Wahlreglement. Er schreibt hierüber in seinem Berichte an den Präfekten: „Um für die Zukunft alle bisher in den Wirtshäusern gemachten Pfarrwahlen zu beseitigen, habe ich am 6. Mai l. J. die anliegende aus der neusten französischen Kirchengesetzgebung gezogene und in dem im Jahre 1797 zu Paris gehaltenen National-

---

1) Extrait d'une lettre de Jean Claude évêque métropolitain de Rennes du 9 juillet 1801. „Vous avez demandé au cit. évêque de Blois, au nom duquel je me fais un plaisir de vous écrire: si chez nous l'élection des curés faite par la commune sur la présentation de 3<sup>e</sup> sujets désignés par l'évêque a besoin d'être confirmé par le gouvernement? Nullement: ce magistrat chargé de la police est seul averti de la terme de l'assemblée dans laquelle on procède à l'élection, afin de prévenir ou d'éviter le trouble; mais ça finit son ministère, le reste se passe entre l'évêque ou son délégué et les paroissiens de l'église veuve.“ St.-A. Darmstadt.

2) Schreiben des Präfekten an den Bürger Singer, ehemaligen Pfarrer von Spiesheim, v. 7. Germinal XII. Die Wahl Singers war von der Regierung bestätigt worden, Schumann verweigerte aber die kanonische Institution und ernannte einen anderen Geistlichen (ohne Zustimmung der Regierung) zum Pfarrer. Erst nach 15 Monaten verzichtete jedoch Singer auf seine Pfarrei und es frug sich, wem während dieser 15 Monate die Einkünfte der Pfarrstelle zukamen. Der Präfekt entschied zu gunsten Singers. St.-A. Darmstadt.

Konzilium bestätigte Verordnung in dem mir untergebenen Kirchensprengel mit dem Zusatz verkündigen lassen, dass alle Pfarrwahlen, welche nicht fernerhin nach dieser Vorschrift eingerichtet sind, von mir für tumultuarisch und unförmlich erklärt und ausser aller Wirkung bleiben würden.“ Die wichtigsten Bestimmungen dieses Wahlreglements lauteten:

„IV. Der Bischof bestimmt den Tag, wo die Wahl eines Pfarrers soll vorgenommen werden und diese soll in einem sehr kurzen Verlauf der Zeit auf einen Sonntag geschehen, jedoch soll ein Fasttag vorher gehalten werden.

V. Auf den bestimmten Tag kommt man in der Kirche zusammen und singt den Kirchengesang „Veni creator“, hierauf wird die hl. Messe gelesen und nach dieser nimmt die Wahl in Gegenwart des Bischofs oder des Erzpriesters (Landdechanten) im Beisein zweier Pfarrer ihren Anfang; jedoch hat keiner von beiden das Recht Stimme zu geben.

VI. Das Bureau wird (wie zuvor bei der Wahl eines Bischofs gesagt worden) mit zwei Sekretaires und drei Scrutateurs aufgerichtet. Die Versammlung besteht nur aus solchen Gläubigen, die das 21. Jahr erreicht haben.

VII. Wenn einer die Stimmen insgesamt oder wenigstens zwei Dritteile davon erhalten hat, so ruft ihn der Präsident von der Versammlung sogleich als erwählten Pfarrer der Pfarrei aus. Wenn keiner die zwei Dritteile der Stimmen zusammen erhält, so verkündigt es der Präsident und man schreitet zu einem andern Scrutinium, welches aber nur auf jene drei einzelne Männer ausfallen kann, welche in dem ersten Scrutinium die meisten Stimmen erhalten haben. Derjenige, welcher nun die Mehrheit der Stimmen bekommt, ist erwählt und wird von dem Präsidenten als Pfarrer der Pfarrei ausgerufen. Im Falle sie aber in den Stimmen gleich ständen, so ist der älteste Pfarrer.

VIII. Es wird eine Abschrift des Procès-verbal in betreff der Wahl dem Gewählten übergeben, der dann in einer sehr kurzen Zeitfrist von zwei Abgeordneten

aus der Pfarrei dem Bischof vorgestellt wird, um deshalb die kanonische Einsetzung zu erhalten.

IX. Der Bischof versichert sich wegen des Glaubens, der Sitten und der Wissenschaft des Gewählten. Wenn er ihn für würdig hält, so gibt er ihm die kanonische Institution. Glaubt er aber dieselbe ihm abschlagen zu müssen, so kann sich die Pfarrei desfalls an den Metropolitan-Bischof wenden.

X. Auf einen Sonntag in dem Monat vor der Messe wird der Gewählte von dem Erzpriester (Landdechanten) oder in Ermangelung dessen von einem Pfarrer aus dem Bezirk, der dann öffentlich den kanonischen Einsetzungs-Brief verliest, in den Besitz der Pfarrei eingesetzt. Gleich darnach verspricht der neue Pfarrer in Gegenwart der Gläubigen, die uns geoffenbarte Glaubenslehre genau zu bewahren, die Satzungen der Kirche zu halten und zu sorgen, dass sie auch von andren gehalten werden, über die ihm anvertraute Herde zu wachen und den Gesetzen der Republik untertänig zu sein.“

Es hat den Anschein, als ob diese Verordnung Schumanns nicht durchgeführt wurde; denn im Jahre 1802 machte der Unterpräfekt von Zweibrücken, Besnard, den Versuch „zur Wiederherstellung der Kirchen- und Schulordnung“ die Wahlen der Kirchen- und Schullehrer zu regeln.<sup>1)</sup> Das dem Beschlusse beigegebene Begleitschreiben schildert in düsteren Farben ausführlich „die Missbräuche, die sich nach und nach in die Wahlen der Kirchen- und Schullehrer eingeschlichen haben,“ und auch der Beschluss selbst spricht von „den vielen Klagen, welche von den Einwohnern der verschiedenen Kulten über die Pfarrer- und Schullehrers-Wahlen geführt worden, die grösstenteils davon herrühren, dass diese Wahlen nicht von einer Behörde geleitet werden, welcher die innere Polizei dieser Kulten übertragen ist.“ Um diese Misstände zu beseitigen, beschloss der Unterpräfekt:

---

1) Beschluss des Unterpräfekten von Zweibrücken vom 24. Pluviöse X. (13. Februar 1802). Kr. Speyer fasc. 104 S. 3 ff. Begleitschreiben dazu (gedruckt) vom selbigen Tag. Kr. Speyer fasc. 104 S. 2.

„Es sollen in dem Gemeindebezirk Zweibrücken drei Kirchen- und Schulkommissionen ernannt werden, deren Sitz in dem Hauptort Zweibrücken sein wird, eine lutherische, eine reformierte und eine katholische“ (Art. 1 des Beschlusses vom 24. Pluviöse X). „Die Kirchen- und Schulkommissionen werden die innere Polizei ihrer respektiven Kulturen leiten, sie müssen sich jedoch hierbei den Gesetzen der Republik und den Beschlüssen ihrer öffentlichen Gewalten genau unterwerfen“ (Art. 5). „Sie werden die Pfarr- und Schulkandidaten prüfen, sie wachen mit den Inspektoren über die Ausführung und das sittliche Betragen der ihnen untergebenen Pfarrer und Schullehrer, und tragen, wo ihre väterlichen Ermahnungen fruchtlos ausfallen, ihre Beschwerde dem Unterpräfekten vor“ (Art. 6). „Sie werden demselben ihre Gutachten über die von den Gemeinden geschehenen Wahlen ihrer Pfarrer und Schulmeister erstatten, damit solche durch ihn dem Präfekten, soviel die administrative Polizei betrifft, zur Genehmigung vorgelegt werden“ (Art. 7). „Ausser diesen Kommissionen werden annoch für einen jeden Kult eine den Lokalverhältnissen angemessene Anzahl Inspektoren ernannt, welche unmittelbar den einschläglichen Kirchen- und Schulkommissionen untergeordnet sein werden“ (Art. 10). „Die Haupt-Amtsverrichtungen dieser Inspektoren werden darinnen bestehen, dass sie unter der Dazwischenkunft der respektiven Mairen die Pfarrer- und Schullehrer-Wahlen leiten und über das sittliche Betragen, die Lehren und den Unterricht der ihnen unmittelbar untergeordneten Pfarrer und Schulmeister wachen“ (Art. 11).<sup>1)</sup>

Gegen diesen Beschluss des Unterpräfekten von Zweibrücken protestierte Schumann beim Präfekten Mossdorff, da

---

1) Art. 2 Abs. 3 des Beschlusses enthält die Namen der Mitglieder der katholischen Kirchen- und Schulkommission; Art. 12 Abs. 3 enthält die Territorialorganisation der katholischen Inspektionen, Art. 13 Abs. 3 die Personalorganisation.

mehrere Artikel Eingriffe in die bischöfliche Jurisdiktion enthielten.<sup>1)</sup> „Vous voyez bien, citoyen préfet, par le simple récit de ces attentats (Art. 5, 6, 7 u. 11) que le cit. Besnard ose donner un reproche public aux évêques et à leurs vicaires-généraux d'avoir manqué jusqu'ici aux devoirs essentiels, ce qui est bien offensant pour leur réputation et comme, quant au culte catholique, il surpasse ouvertement les limites que les lois de la République ont posés, je vous invite de casser cet arrêté touchant ces quatre points ci-dessus marqués pour la tranquillité publique qui doit nécessairement en être ébranlée.“  
Sofort aber sandte der Unterpräfekt ein Rechtfertigungsschreiben an den Präfekten, worin er die in seinem Beschlusse vom 24. Pluviöse getroffenen Maßnahmen verteidigte und die Notwendigkeit ihrer Durchführung begründete.<sup>2)</sup> „Les craintes de Schumann sont tout à fait gratuites, car bien loin de vouloir porter atteinte à l'encensoir j'ai cherché à rétablir et à faire respecter la juridiction ecclésiastique qui n'était plus connue que par l'espèce de mépris où elle était tombée.“  
Besonders die Prüfung der Pfarr-Kandidaten, die Überwachung ihrer Amtsführung und ihres sittlichen Betragens sei erforderlich, „Dans un temps où différents prêtres sont venus de leur autorité privée s'installer dans les paroisses, n'était-il pas instant de vérifier leurs titres, d'examiner s'ils avaient reçu les ordres et si à une conduite sage ils réunissaient toutes les qualités requises.“  
Unter Bezugnahme auf einen Fall, wo ein Geistlicher trotz Verbotes seiner vorgesetzten Behörde die Pfarrfunktionen ausgeübt und die Gemeinde sich infolgedessen in zwei feindliche Lager gespalten hatte, bemerkte Besnard: „Et combien d'autres prêtres sont encore dans le même cas et offrent de pareils scandales? Monsieur Schumann avouera avec moi que le nombre de ceux-ci n'en est malheureusement que trop grand.“  
Auch das über die Pfarrwahl zu erstattende Gutachten an den Unterpräfekten sei nötig: „pour me mettre à même de provoquer votre

---

1) Kr. Speyer fasc. 104 S. 6; vergl. auch a. a. O. S. 5, woraus hervorgeht, dass Schumann seine Reklamationen erst beim Generalgouvernementskommissar Jeanbon St André eingereicht hatte, der sie jedoch zurückwies mit der Begründung, die Eingabe müsse auf Stempelpapier erfolgen! Schumann beschwerte sich hierüber.

2) Schreiben v. 22. Germinal X. Kr. Speyer fasc. 104 S. 8.

sanction sur leur nomination, pour connaître si les candidats n'avaient point surpris la religion des habitants et enfin s'ils pouvaient justifier d'une bonne conduite.“ Was schliesslich die Kirchen-Kommissionen und Inspektoren anlange, so könne man hierbei nicht von einer Einmischung des Staates in die geistliche Jurisdiktion reden, da diese Ämter ja nur von Geistlichen bekleidet werden sollten.

Das inzwischen erschienene Kultusorganisationsgesetz vom 18. Germinal X machte diesen Zweifeln und Unsicherheiten ein Ende.<sup>1)</sup>

---

1) Besnard bemerkte in seinem Schreiben selbst: „Au reste toutes les mesures que j'ai cru devoir prendre, disparaissent devant le concordat.“ Vergl. auch noch ein Schreiben Schumanns v. 17. Messidor X an den Präfekten, worin auch er erklärt, dass „durch das Konkordat die Pfarrwahlen aufgehoben sind und dem Bischof allein deren Begebung überlassen ist.“ St.-A. Darmstadt.

### III. Teil.

## Die Durchführung des Konkordates im Departement Donnersberg.

### § 6.

#### Das französische Konkordat vom Jahre 1801 und die Vorbereitungen zu seiner Durchführung.

In Frankreich hatte sich inzwischen ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung abgespielt. Napoleon Bonaparte hatte durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire VIII (9. November 1799) das Direktorium gestürzt, den Rat der Fünfhundert gesprengt und sich mit Sieyès und Roger Ducos zum Konsul proklamieren lassen.<sup>1)</sup>

Mit Errichtung der Konsularregierung änderte sich die bisherige Kirchenpolitik Frankreichs. An Stelle des alten Terrorismus trat eine gemässigte Richtung, die Verfolgung von Kirche und Klerus hörte auf, der „Eid des Hasses wider das Königtum“ wurde beseitigt und durch Dekret vom 11. Januar 1800 durch die einfache Erklärung: „Je promets d'être fidèle à la Constitution“ ersetzt.<sup>2)</sup>

Auch auf dem Gebiete der inneren Landesorganisation Frankreichs trat ein völliger Wechsel ein: eine straff zentralisierende Verwaltungsordnung beseitigte die Kontonalverfassung.<sup>3)</sup> An der Spitze jedes Departements stand von nun an ein Präfekt,<sup>4)</sup> der vom ersten Konsul ernannt wurde. Ein

---

1) Häusser II S. 285 ff.; Daris Bd. III S. 300 ff.; Bd. IV S. 111 ff.

2) Daris Bd. III S. 302; Lanzac de Laborie Bd. I S. 390 ff.

3) Gesetz v. 28. Pluviôse VIII (17. Februar 1800). Vergl. Schulteis S. 38, 39; Friedrichs S. 27; Daris Bd. III S. 303; vergl. auch Darmstädter, Das Grossherzogtum Frankfurt S. 105 ff.

4) Bockenheimer S. 105 ff.

Präfekturrat<sup>1)</sup> und ein Generalrat,<sup>2)</sup> deren Mitglieder ebenfalls vom ersten Konsul ernannt wurden, unterstützten in einzelnen Punkten seine Tätigkeit. Die Arrondissements unterstanden einem Unterpräfekten, dem ein Arrondissementsrat<sup>3)</sup> beigegeben war. Die Mitglieder dieses Bezirksrates und der Unterpräfekt wurden gleichfalls vom ersten Konsul ernannt. Die Gemeinderäte wurden wieder hergestellt, ohne ihnen allerdings einen wesentlichen Einfluss auf die Leitung der Geschäfte der Stadtverwaltung zu gewähren.<sup>4)</sup> Maire und Adjunkt wurden in den Städten über 5000 Seelen vom ersten Konsul, in denen mit niederer Einwohnerzahl vom Präfekten ernannt.<sup>5)</sup> Das Nominationsrecht der Gemeinderatsmitglieder war gleichfalls dem Präfekten übertragen.

Die neue Verwaltungsorganisation wurde in den vier rheinischen Departements nur nach und nach und in etwas modifizierter Form eingeführt.<sup>6)</sup> Über den Präfekten stand als Mittelinstanz ein Generalkommissar, dessen Sitz in Mainz war, und dem gleichzeitig die Funktionen des Präfekten im Departement Donnersberg übertragen waren.<sup>7)</sup> Nachdem durch Gesetz vom 9. September 1800 eine weitere Annäherung der rheinischen Departements an das übrige Frankreich stattgefunden hatte, wurden sie nach Abschluss des Luneviller Friedens, der die endgültige, völkerrechtliche Vereinigung des linken Rheinufers mit Frankreich brachte,<sup>8)</sup> durch Gesetz vom 18. Ventôse IX (9. März 1801) als Teile des französischen Reiches erklärt, ihre abgesonderte Verwaltung blieb jedoch immer noch bestehen.<sup>9)</sup> Erst vom 23. September 1802 an wurden die vier rheinischen Departements der französischen

---

1) Bockenheimer S. 108.

2) Bockenheimer S. 108.

3) Bockenheimer S. 109.

4) Bockenheimer S. 130 ff. Über den Mainzer Munizipalrat vergl. Bockenheimer S. 135 ff.

5) Zum Maire von Mainz wurde K. F. Macké ernannt. Es war dies eine sehr glückliche Wahl. Vergl. Bockenheimer S. 135; ferner Bockenheimer, Franz Konrad Macké, Bürgermeister von Mainz (1756—1844). Mainz 1904.

6) Bockenheimer S. 53, 100; Friedrichs S. 28; Perthes Bd. I S. 266.

7) Es waren dies in der Zeit von 1800—1802 die 3 Generalkommissare: Shée, Jollivet u. Jeanbon St. André.

8) Vergl. Bockenheimer S. 47 ff.; Häusser II S. 339 ff.

9) Vergl. Bockenheimer S. 101.

Verwaltung und Gesetzgebung unmittelbar unterstellt.<sup>1)</sup> Von diesem Tage an war das Generalkommissariat aufgehoben, dem letzten Generalkommissar Jeanbon St. André verblieb lediglich die Stellung des Präfekten des Departements Donnersberg, die er von da ab fast bis zum Ende der französischen Herrschaft inne hatte.<sup>2)</sup>

Wir sind mit dieser Darstellung den Ereignissen, die sich in der Zwischenzeit, nach dem Staatsstreich vom 9. November, abgespielt haben, etwas vorausgeeilt. Auf dem Schlachtfelde von Marengo war inzwischen das von Napoleon Bonaparte am 18. Fruktidor begonnene Werk sanktioniert worden. Durch den Sieg von Marengo (14. Juni 1800) wurde „seine neugegründete Gewalt in Frankreich festgekittet und der Grundstein gelegt zu dem soldatisch-revolutionären Bau des Kaiserreichs.“<sup>3)</sup>

Jedoch nicht allein staatspolitisch, auch kirchenpolitisch bedeutete dieses Ereignis den Beginn einer neuen Aera. Bonaparte wusste, dass seine Stellung erhöht und gefestigt werden würde, wenn es ihm gelang, den katholischen Kultus in Frankreich wieder herzustellen, um dadurch die grosse Mehrheit des französischen Volkes und vor allem die Kurie für seine weiteren politischen Pläne zu gewinnen. Alsbald nach der Schlacht von Marengo äusserte er den Wunsch, zur Wiederherstellung des religiösen Friedens in Frankreich mit dem Vatikan in Unterhandlung zu treten.<sup>4)</sup> Das Anerbieten wurde angenommen und nach langen, äusserst schwierigen Verhandlungen kam am 26. Messidor IX (15. Juli 1801) das Konkordat zwischen Napoleon Bonaparte und Papst Pius VII. zu stande.<sup>5)</sup> Um die Annahme des Konkordates in dem ge-

---

1) Vergl. den Konsularbeschluss v. 11. Messidor X (29. Juni 1802); Bockenheimer S. 102 ff.

2) Jeanbon St. André war ein Verwaltungsbeamter grossen Stils. Napoleon nannte ihn das „Muster eines Präfekten“. Über seine Wirksamkeit vergl. ausführlich Bockenheimer S. 102 u. S. 105 ff.; ferner Bockenheimer, Geschichte der Stadt Mainz in den Jahren 1813 u. 1814. Mainz 1886 S. 94 ff.

3) Häusser II S. 318.

4) Archiv f. kathol. Kirchenrecht Bd. 85 S. 88; Daris Bd. IV S. 165 ff. Vergl. noch die Ansprache Napoleons an die Pfarrer von Mailand. (apokryph) Hermens I S. 87 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 33, 34.

5) Archiv f. kathol. Kirchenrecht Bd. 85. Das französische Konkordat vom Jahre 1801 von P. Wirtz. S. 85 ff., 209 ff. Diese Abhandlung

setzgebenden Körper zu sichern wurden ihm 77 sog. „organische Artikel“ beigegeben, welche die Regierung ohne Einverständnis und Zustimmung des Papstes entworfen hatte. Konkordat und organische Artikel wurden vom Corps legislatif und vom Tribunal angenommen und am 18. Germinal X (8. April 1802) als Staatsgesetz im „Bulletin des lois“ offiziell veröffentlicht.<sup>1)</sup>

Die Neuorganisation des Religionswesens leitete kirchlicherseits der Kardinal-Legat Caprara, dem zwecks Beschleunigung dieser Angelegenheit weitgehende Vollmachten vom heil. Stuhl erteilt worden waren.<sup>2)</sup> Die wichtigste Aufgabe war die Neuzirkumskription der Diözesen. Sie sollte nach Art. 2 des Konkordates durch den heil. Stuhl in Übereinstimmung mit der Regierung vorgenommen werden. Im Anschluss an die Ratifikations-Bulle „Ecclesia Christi“ vom 15. August 1801 hatte Papst Pius VII durch ein Breve vom gleichen Tage die Erzbischöfe und Bischöfe in den altfranzösischen Landesteilen wie in den neugewonnenen Gebieten zur Demission aufgefordert.<sup>3)</sup> Durch die Bulle „Qui Christi Domini“ vom 29. November 1801 wurden alle Erzbistümer und Bistümer Frankreichs aufgehoben. Damit war auch das Mainzer Erzbistum supprimiert. Zugleich nahm die Bulle die Neu-

---

schildert ausführlich die Verhandlungen und den Abschluss des Konkordates. Vergl. auch die dort gegebenen reichen Literaturzitate; ferner Archiv f. kathol. Kirchenrecht Bd. 4 (1859) S. 319 ff.

1) Hermens I S. 464 ff., 481 ff.; Reinhard, Neue Organisation S. 1 ff.; Bockenheimer S. 242 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 37 ff., S. 41 ff.; Alzog-Kraus, Handbuch der Allgemeinen Kirchengeschichte 10. Aufl. Mainz 1882 Bd. 2 S. 556 ff. Literaturangaben bei Friedberg, Lehrbuch des kathol. u. evangel. Kirchenrechts. Leipzig 1909 S. 69 Note 6. — Vergl. ferner die im gesetzgebenden Corps, im Staatsrat und im Tribunal über das Konkordat und die organischen Artikel gehaltenen Reden. Reinhard, Neue Organisation S. 32 ff., 98 ff., 125 ff., 136 ff., 154 ff., 159 ff. — ferner den vom Staatsrat Portalis an Napoleon am 5. Ergänzungstage des Jahres XI (22. Sept. 1803) erstatteten Bericht über die Grundsätze und Bestimmungen des Kultusorganisationsgesetzes. Hermens IV S. 104 ff.; Muth I S. 90; Hüffer S. 6 Note 1.

2) Muth I S. 92, 93; Hüffer S. 195, 196; Hermens I S. 614 ff. — Vergl. auch das Breve v. 29. November 1801, das dem Kardinal-Legaten die Vollmacht erteilte, die Bischöfe in Frankreich einzusetzen. Hermens I S. 600 ff.; Reinhard, Neue Organisation S. 242 ff.

3) Reinhard, Neue Organisation S. 163 ff., insbes. S. 175; Hermens I S. 573 ff. — Friedrich Karl Josef v. Erthal, der letzte Mainzer Kurfürst und Erzbischof, resignierte am 4. Juli 1802.

Erektionen vor.<sup>1)</sup> Caprara zirkumskribierte sodann durch Dekret vom 9. April 1802 die Diözese Mainz.<sup>2)</sup> Das neue Bistum, das dem Erzbischof von Mecheln unterstellt war, setzte sich aus Teilen der ehemaligen Mainzer Erzdiözese und aus Teilen der früheren Bistümer Worms, Speyer und Metz zusammen. Seine Grenzen deckten sich mit denen des Departements Donnersberg.<sup>3)</sup> Die sämtlichen oben angeführten Bullen, Breven und Dekrete Pius VII. und Capraras wurden durch Konsularbeschlüsse vom 29. Germinal X (19. April 1802) für staatlich vollziehbar erklärt.

Staatlicherseits war zur Durchführung der kirchlichen Neuorganisation in Frankreich bereits durch Konsularbeschluss vom 15. Vendémiaire X (7. Okt. 1801)<sup>4)</sup> bei der Staatsregierung die Stelle eines Staatsrates geschaffen worden, der unmittelbar unter den Konsuln arbeitend, in allen die verschiedenen Kulte betreffenden Angelegenheiten zuständig sein sollte. Am 8. Oktober wurde dem Staatsrat Portalis dieses Amt übertragen, dessen ausserordentliche, hervorragende Begabung sich vorzüglich für diesen schwierigen Posten eignete.<sup>5)</sup>

In den 4 rheinischen Departements erfolgte die Veröffentlichung des Konkordates und der organischen Artikel am 4. Mai 1802. Die Konsularbeschlüsse vom 29. Germinal X, durch die die Ausführungsdekrete des Kardinal-Legaten Caprara für staatlich vollziehbar erklärt wurden, wurden erst am 30. Fructidor X (17. Sept. 1802) publiziert.<sup>6)</sup> Um

---

1) Reinhard, Neue Organisation S. 188 ff., insbes. S. 193, 195 u. 199; Hermens I S. 607 ff.; Hüffer S. 194; Bockenheimer S. 252; Muth I S. 96, 97

2) Reinhard, Neue Organisation S. 206 ff., insbes. S. 211, 213; Hermens I S. 623 ff.; Hüffer S. 196.

3) Organisation der Mainzer Diözese, Mainz Jahr XI (1803) S. 18. (In der Sammlung der Hirtenbriefe Colmars.) Mainzer Seminarbibliothek. — 1808 wurde Kastel u. Kostheim der Mainzer Erzdiözese inkorporiert. Siehe Anhang (Beilage III) abgedruckten Dekrete Napoleons und Capraras.

4) Hermens I S. 350, 351.

5) Durch Dekret vom 21. Messidor XII (10. Juli 1804) wurde er zum Kultusminister ernannt und die Kultusabteilung zum Kultusministerium erhoben. Portalis trat am 27. Aug. 1807 zurück. Sein Nachfolger war Bigot de Préameneu. Muth I S. 85 u. 155. Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht Bd. XV (1905) S. 189.

6) Muth I S. 20, 96.

die linksrheinischen Gebietsteile dem übrigen Frankreich gleichzustellen, erging am 20. Prairial X (9. Juni 1802), das in den ersten Julitagen veröffentlichte „Arrêté des consuls portant suppression des ordres monastiques et congrégations régulières dans les départements de la Sarre, de la Roer, de Rhin et Moselle et du Mont-Tonnerre“.<sup>1)</sup> Die 3 wichtigsten Bestimmungen dieses Konsularbeschlusses lauten:

„Art. 1. „Les ordres monastiques, les congrégations régulières, les titres et établissements ecclésiastiques, autres que le évêchés, les cures, les chapitres cathédraux et les séminaires établis ou à établir conformément à la loi du 18. germinal dernier, sont supprimés dans les quatre départements de la Sarre, de la Roer, de Rhin et Moselle et du Mont-Tonnerre.

Art. 2. Tous les biens, de quelque espèce qu'ils soient, appartenant tant aux ordres, congrégations, titres et établissements supprimés, qu'aux évêchés, cures, chapitres cathédraux et séminaires dont la loi du 18. germinal dernier ordonne ou permet l'établissement, sont mis sous la main de la nation.

Art. 11. Conformément à la loi du 18. germinal dernier, sont laissés à la disposition des évêques, curés et prêtres desservants, les presbytères et jardins y attenants, les édifices où s'exerce le culte catholique, les maisons épiscopales et jardins y attenants, les maisons canoniales des chapitres cathédraux et les bâtiments servant aux séminaires, dans les communes où la loi du 18. germinal dernier établit

---

1) Hermens I S. 652 ff.; Reinhard, Neue Organisation S. 289 ff.; Muth I S. 20, 83, 96; Remling, Neuere Geschichte S. 43 ff.; Bockenheimer S. 248 ff. Hashagen, Rheinische Kirche S. 302; Kaiser S. 7 ff. — Durch Beschluss des Generalkommissars v. 28. Frimaire IX war eine Zählung der Ordenshäuser und aller Ordensglieder im Departement Donnersberg veranstaltet worden. Es liegen infolgedessen detaillierte Berichte vor aus 11 Mainzer Klöstern, aus dem Kloster in Bingen, Oppenheim, Alzey, Pfaffenschwabenheim, Worms und Speyer. St.-A. Darmstadt. Das Staatsarchiv Darmstadt enthält äusserst wertvolles Material über die Durchführung des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial, über die Säkularisations- und die sich anschliessende Kirchengutsgesetzgebung. Weiteres Material im Kreisarchiv Speyer. — Die Verwertung dieser Akten soll einer besonderen Arbeit vorbehalten bleiben.

des évêchés. Néanmoins il y sera fait inventaire de tous les objets composant le mobilier des églises, dont les curés et les supérieurs ecclésiastiques demeureront responsables.“

Mit diesem Beschluss, der die Aufhebung der Klöster und die Säkularisation des gesamten geistlichen Besitzes (mit den in Art. 11 gestatteten Ausnahmen) verfügte, beginnt eine neue Periode in der rheinischen Kirchengutsgeschichte.<sup>1)</sup> —

Schliesslich seien an dieser Stelle auch noch einige wichtige Zirkulare mitgeteilt, deren Erlass in die Zeit kurz vor oder nach Abschluss des Konkordates fällt.

Über den äusseren Kultus erliess der Minister der allgemeinen Polizei, Fouché, am 23. Floréal IX (13. Mai 1801)<sup>2)</sup> ein Rundschreiben, das deswegen von Bedeutung ist, weil die darin angegebenen Richtlinien, auch nach Einführung des Konkordates, noch längere Zeit eingehalten wurden, da die gesetzliche Regelung dieser Materien erst in späterer Zeit erfolgte.<sup>3)</sup> Das Zirkular lautet:

„Malgré les lois qui proscrivent tout signe extérieur de culte,<sup>4)</sup> citoyen préfet, je suis informé que, dans plusieurs communes, les prêtres, abusant de la tolérance du gouvernement, cherchent à donner aux cérémonies de leur culte, la même publicité que s'il était encore dominant: Les cloches se font

---

1) Hashagen, Rheinische Kirche S. 302, 303.

2) St.-A. Darmstadt.

3) Auch die Behandlung der Frage des äusseren Kultus soll einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben. An dieser Stelle mag folgender Hinweis genügen: In Betracht kommen hauptsächlich Art. 46 und 48 der organ. Artikel. Die Durchführung des Art. 46 verzögerte sich bis zum Jahre 1806 (vergl. Kr. Speyer fasc. 103 S. 3, 20 u. 21), da erst an diesem Zeitpunkt das Verzeichnis der Konsistorial-Kirchen reformierter und Augsburger Konfession erschien. Siehe den Beschluss des Präfekten v. 1. Januar 1806. Mainzer Stadtbibliothek. Die Vorarbeiten hierzu: Kr. Speyer fasc. 103 S. 7—11, 13 ff., 82 ff.; Begleitschreiben zum Beschluss S. 15; vergl. ferner noch fasc. 103 S. 5, 16, 18, 28 ff. — Zu Art. 48 organ. Artikel ergingen die Ausführungsbestimmungen am 13. März 1803. Siehe den Beschluss des Präfekten vom gleichen Tag. Mainzer Stadtbibliothek. Die Materialien zu diesem Beschluss im St.-A. Darmstadt (3 Entwürfe).

4) Vergl. den Beschluss des Mainzer Präfekten v. 14. Messidor XII: siehe dazu Kr. Speyer fasc. 104 S. 18, 19 u. 21, u. fasc. 112 S. 7 ff.

entendre de nouveau; les processions recommencent; et je sais que l'on prépare à l'occasion des fêtes connus sous la désignation de la fête Dieu et des Rogations, un appareil religieux qui serait moins le signe de la ferveur que de la désobéissance aux lois. En exigeant des sous-préfets, maires et adjoints de votre département l'exécution sévère de la loi du 7 Vendémiaire an IV sur la police des cultes et de celle du 22 Germinal même année qui défend la sonnerie des cloches vous préviendrez les abus qui résulteraient de cette coupable contravention et vous maintiendrez le bon ordre et la tranquillité sur tous les points que vous administrez. Je vous recommande donc, plus que jamais, d'empêcher que sous aucun prétexte on ne compose avec les dispositions de ces deux lois; il est temps qu'enfin les ministres du culte donnent l'exemple de la soumission à un gouvernement qui les protège. Je vous observe, au surplus, que la seule exception, qu'il serait possible d'invoquer est celle relative aux habitants des campagnes, qui sont accoutumés à régler leurs travaux, matin et soir sur le son de ce que l'on appelle Angelus. Hors ce seul cas, la loi du 22 Germinal an IV ne doit souffrir aucun modification."

Wenige Tage nach Abschluss des Konkordates erliess der Polizeiminister Fouché ein Zirkular, das sich nochmals scharf gegen die „prêtres assermentés“, die nun wieder ihren Dienst aufnehmen durften, wandte, sich dagegen in grossen Lobeserhebungen auf die konstitutionellen Geistlichen erging.<sup>1)</sup> Napoleon verwarnte Fouché aufs schärfste wegen dieses Rundschreibens. Auf den Inhalt braucht nicht näher eingegangen zu werden, da das Departement Donnersberg von

---

1) Ein gedrucktes Exemplar im Kr. Speyer fasc. 112 S. 3. Ein weiteres Exemplar im St.-A. Darmstadt. Teilweise abgedruckt bei Lanzac de Laborie Bd. I S. 400, 401, vergl. auch die dort gegebene Charakteristik. Ein zweites Zirkular v. 23. Thermidor IX (Kr. Speyer fasc. 112 S. 2) hob das vorhergehende wieder auf.

einer Spaltung der Geistlichkeit in eidleistende und eidverweigernde Priester verschont geblieben war. Der Generalkommissar bemerkte deshalb mit Recht auf dem Rande des ihm zugesandten Exemplars: „Cette circulaire n'est applicable que dans l'intérieur“. <sup>1)</sup>

Von Interesse ist dagegen wieder das unmittelbar nach Erlass des Kultusorganisationsgesetzes vom Polizeiminister Fouché am 18. Prairial X (7. Juni 1802) erlassene Rundschreiben über das Religionswesen. Es wurde gedruckt und überall angeschlagen, ja sogar auf den Kanzeln verlesen. <sup>2)</sup> Schliesslich sei noch bemerkt, dass man im Departement Donnersberg alsbald nach Abschluss des Konkordates mit den Vorbereitungen zur Neuorganisation des Kultus begann. Herausgehoben aus der Schar der sonst allenthalben einsetzenden Vorarbeiten, sei die von Portalis durch Schreiben vom 17. Nivôse X (7. Januar 1802) angeordnete Aufnahme der kirchlichen Gebäude. Aus dem Rundschreiben des Präfekten vom 29. Nivôse X (19. Januar 1802) <sup>3)</sup> ergibt sich, dass im Departement Donnersberg kein gottesdienstlichen Zwecken dienendes Gebäude veräussert worden war. Das Zirkular lautet:

„Le Gouvernement, citoyen, veut connaître avec le plus d'exactitude possible, le nombre des édifices non aliénés servant à l'exercice des cultes dans chaque département. Il me demande en conséquence un état détaillé de ces édifices, dans celui du Mont-Tonnerre. Aucun temple ou église n'a encore été aliéné dans ce département, quelques —

---

1) Die Bemerkung findet sich auf dem dem Generalkommissar zugesandten Exemplar. St.-A. Darmstadt. Eine Kopie des Zirkulars wurde immerhin den 4 Präfekten übersandt. Kr. Speyer fasc. 112 S. 5.

2) Abgedruckt im Anhang (Beilage IV). Ein Exemplar des Zirkulars (Kopie) im Kr. Speyer fasc. 112 S. 16; ein weiteres (an den Generalkommissar) im St.-A. Darmstadt. Der Präfekt des Roer-Departements teilte mit, dass er angeordnet habe, dass das Zirkular auf den Kanzeln aller Kirchen verlesen werde. Schreiben v. 14. Messidor an den Generalkommissar. St.-A. Darmstadt. Vergl. noch das Schreiben des Präfekten an den Maire v. Mainz vom 30. Messidor X. Mainzer Stadtbibliothek.

3) St.-A. Darmstadt. Die daraufhin aufgestellten detaillierten Verzeichnisse, die am 6. Fruktidor X dem Kultusminister eingereicht wurden, befinden sich ebenfalls im St.-A. Darmstadt.

uns de ces bâtiments ont simplement été détournés de leur destination pieuse pour être convertis en magasins militaires ou civils . . .“

§ 7.

**Die Besetzung des Bischöflichen Stuhles zu Mainz.  
Persönliche Stellung des Bischofs.**

In Art. 4 des Konkordates war das Verfahren für die infolge der Neuorganisation des Kultus notwendig werden- den Bischofsernennungen geregelt worden. Dem ersten Konsul stand hiernach das Nominationsrecht zu. Der Papst sollte dem Ernannten lediglich die kanonische Institution erteilen. Bevor die Bischöfe ihr Amt antraten, mussten sie in die Hände des ersten Konsuls den Eid der Treue ablegen. (Art. 6 des Konkordates.)

Zum Bischof des neu errichteten Bistums Mainz ernannte Napoleon Bonaparte am 17. Messidor X (6. Juli 1802) den Strassburger Pfarrer Joseph Ludwig Colmar.<sup>1)</sup> Bei einer Reise nach Paris war er mit hohen kirchlichen Würden- trägern bekannt geworden und sein verdienstvolles, ver- söhnliches Wirken in Strassburg lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf ihn.<sup>2)</sup>

Am 7. August 1802 wurde ihm durch den Kardinal- Legaten Capara die kanonische Institution für das Bistum Mainz erteilt,<sup>3)</sup> am 15. August leistete er in die Hände des ersten Konsuls den vorgeschriebenen Eid<sup>4)</sup> und empfing sodann von dem neuernannten Bischof von Trier, Mannay, in der Karmeliterkirche zu Paris die Bischofsweihe. (24.

---

1) Über sein Leben und Wirken orientieren folgende Werke: Wirth, Monseigneur Colmar. Paris 1806; Remling, Neuere Geschichte S. 94 bis 233; Selbst, Joseph Ludwig Colmar. Mainz 1902; Liebermann, Lob- und Trauer- rede, Mainz; bei Hashagen, Rheinische Kirche S. 316, eine Vermutung für die Abstammung Colmars.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 109 ff.; Wirth S. 57 ff.

3) Abgedruckt im Anhang (Beilage V); St.-A. Darmstadt. (Kopie).

4) Vergl. das Schreiben v. Portalis an Colmar v. 26. Thermidor X (14. Aug. 1802). Die Feierlichkeit fand in der Kapelle der Thuilerien statt. „Ce sera pendant la messe après l’Evangile que la prestation du serment aura lieu“ St.-A. Darmstadt.

August.)<sup>1)</sup> Portalis teilte hierauf dem Generalgouvernementskommissar Jeanbon St. André und dem Präfekten Mossdorff die vom ersten Konsul vollzogene Wahl des „Bürgers“ Colmar zum Bischof von Mainz mit und forderte beide auf, ihn bei der Durchführung des Gesetzes vom 18. Germinal mit vollen Kräften zu unterstützen.<sup>2)</sup> Die Installation des neuen Bischofs fand am 3. Okt. 1802 in der St. Peterskirche zu Mainz statt.<sup>3)</sup> Entsprechend den Wünschen der Pariser Regierung wurde diese Zeremonie zu einem bedeutenden kirchlich-politischen Ereignis erhoben.<sup>4)</sup> Am 13. November erhielt Colmar die päpstliche Bestätigung durch Pius VII.<sup>5)</sup>

Für die Wohnung der Bischöfe hatte Art. 71 der organ. Art. Vorsorge getroffen. Danach waren die Generalräte der Departements autorisiert, den Bischöfen eine angemessene Wohnung zu verschaffen.

Mit grossem Eifer schritt man zur Durchführung dieser Bestimmung. Bereits am 24. Germinal X gab ein Zirkular des Ministers des Innern dem Präfekten die genauen Direktiven hierfür<sup>6)</sup> und schon am 4. Floréal X (24. April 1802) erging ein Beschluss des Generalregierungs-kommissars Jean-

---

1) Vergl. das Zertifikat des Erzbischofs von Paris De Belloy über die stattgefundene Konsekration. St.-A. Darmstadt. (Kopie.) — Remling, Neuere Geschichte S. 111.

2) Das an Jeanbon St. André u. Mossdorff gerichtete gleichlautende Schreiben von Portalis: Kr. Speyer fasc. 113 S. 6 u. St.-A. Darmstadt. Antwort von Mossdorff an Portalis: Kr. Speyer fasc. 113 S. 5; diejenige v. Jeanbon St. André: St.-A. Darmstadt (v. 20. Fruktidor X). Vergl. ferner das Schreiben Colmars aus Paris v. 24. Thermidor X an den Bürgermeister Macké von Mainz, worin er diesem seine Ernennung anzeigt. Mainzer Stadtbibliothek.

3) Vergl. das von dem Notar Seyler über die Installation aufgenommene und am Schlusse des feierlichen Gottesdienstes in der St. Peterskirche laut vorgelesene Protokoll. St.-A. Darmstadt. — Genaue Beschreibung der Inthronisation auch bei Remling, Neuere Geschichte S. 112 ff.; Wirth S. 63 ff.

4) Siehe das Rundschreiben des Ministers des Innern v. 13. April 1802, abgedruckt bei Daris Bd. IV S. 174, 175; ferner noch: Schreiben des Präfekten an den Maire von Mainz v. 9. Vendémiaire XI und mehrere Schreiben an die Militärbehörden. Mainzer Stadtbibliothek. — Der Präfekt erlaubte auch, dass der Bischof und seine Assistenz sich an diesem Tage mit Ornat in feierlichem Zuge zur Kirche begeben durften „pour cette fois seulement et sans tirer à conséquence pour l'avenir.“ Schreiben des Präfekten an Colmar vom 10. Vendémiaire XI. St.-A. Darmstadt.

5) Remling, Neuere Geschichte S. 112 Note 162.

6) Abgedruckt bei Daris Bd. IV S. 174, 175.

bon St. André wonach „auf Betreiben des Präfekten in jedem Departements-Hauptort, der durch das Gesetz zur Residenz eines katholischen Bischofs bestimmt ist, für alle Ausbesserung der Häuser, die ihnen auf ihr Begehren von dem Domänen-Direktor werden übergeben worden sein, gesorgt werden soll, um den zu ernennenden Bischof aufzunehmen“ (Art. 2 des Beschlusses).<sup>1)</sup>

Als Wohnung Colmars wurde das alte Seminar in Mainz bestimmt.<sup>2)</sup> Es stellte sich jedoch alsbald als ungeeignet heraus und Colmar forderte die sog. Domkustorie als Bischöfliches Palais.<sup>3)</sup> Da dieses Gebäude zu denen gehörte, die nach Art. 11 des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial X den Geistlichen reserviert waren, so wurde dem Verlangen des Bischofs Folge geleistet.<sup>4)</sup> Um dieses Gebäude in Stand zu setzen, waren grosse Reparaturen erforderlich. Über die Bezahlung dieser Kosten entstanden längere Verhandlungen, da sowohl die Domänenverwaltung als der Mainzer Stadtrat deren Übernahme ablehnte.<sup>5)</sup>

1) Dieser Beschluss ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Vergl. die Einleitung dazu und Art. 1. — Siehe ferner das Schreiben vom 18. Floréal X, worin der Generalkommissär die von ihm ergriffenen Maßnahmen an Portalis berichtet. Es enthält auch Vorschläge über die Organisation des protestantischen Kultus. Portalis antwortete darauf am 1. Prairial X: „Si je me suis d'abord occupé de l'organisation du culte catholique, il est facile de sentir, que c'était la première besogne à faire; il existait dans ce qu'il le concerne une espèce d'anarchie, un schisme qu'il était instant de faire cesser, tandis que le culte protestant marche plus régulièrement.“ Beide Schreiben im St.-A. Darmstadt.

2) Vergl. das Schreiben des Präfekten an den Präsidenten der Administrativ-Kommission v. 25. Prairial X. St.-A. Darmstadt.

3) Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 1. Brumaire XI. St.-A. Darmstadt.

4) Schreiben des Präfekten an den Domänen-Direktor und an den Bischof v. 1. Brumaire XI. St.-A. Darmstadt.

5) Der Domänen-Direktor erklärte, dass von dem Moment, wo die Domänenregie aufhöre, auch jeder Beitrag zum Unterhalt des Gebäudes entfalle. Der Maire und der Stadtrat von Mainz standen auf dem Standpunkt, dass nach Art. 71 der organ. Art. das ganze Departement zu den Kosten herangezogen werden müsse. Vergl. das Schreiben des Domänen-Direktors an den Präfekten vom 6. Brumaire XI. Schreiben des Präfekten vom gleichen Tag an den Bischof und Maire v. Mainz. Antwort des Maire an den Präfekten v. 21. Nivôse XI; Schreiben des Präfekten an den Maire v. 13. Pluviôse XI, wonach die Stadtkasse die Summe vorläufig bis zur Versammlung des Generalrats des Departements, übernehmen sollte. Sämtliche angeführten Belege im St.-A. Darmstadt. Vergl. auch noch Anhang Beilage VI.

Grössere Schwierigkeiten machte die Wiedererlangung der Bischöflichen Kirche, des Mainzer Domes. Nach Art. 12 des Konkordates sollten „alle nicht veräusserten Kathedral- und Pfarrkirchen, die zum Gottesdienst nötig sind, den Bischöfen zu ihrer Verfügung überlassen werden.“ Durch Zirkularschreiben des Ministers des Innern vom 24. Germinal X (14. April 1802) an die Präfekten wurde diesen aufgetragen, die Maßnahmen wegen Rückgabe der alten Kathedralkirchen zu treffen, und im Falle der Veräusserung oder vollständigen Verwahrlosung die Hauptkirche der Stadt als Ersatz dem neuen Bischof zu überweisen.<sup>1)</sup> Der auf Grund dieses Rundschreibens gefasste Beschluss des Regierungskommissars Jeanbon St. André vom 4. Floréal X bestimmte infolgedessen, dass zur Ausbesserung der Mainzer Kathedrale geschritten werden sollte.<sup>2)</sup> Doch war diese Maßnahme nur eine formelle, in Wirklichkeit geschah nichts. Die Militär- und Zivilverwaltung widersetzten sich dem Verlangen des Bischofs auf Herausgabe des Domes und erst nach langen, schwierigen Verhandlungen gelang es Colmar, dank seiner zähen Energie und seinen guten Beziehungen zu den leitenden Persönlichkeiten in Paris, sein Ziel zu erreichen. Am 7. November 1803 teilte Portalis dem Bischof mit, dass er den Präfekten angewiesen habe, die Domkirche unverzüglich auszuliefern.<sup>3)</sup>

Für die Unterhaltung des Bischöflichen Palais und der Kathedralkirche wurden im Gesetz vom 18. Germinal XI (8. April 1803) Bestimmungen getroffen: „Les conseils généraux de département proposeront, en outre, les sommes qu'ils croiront convenable d'appliquer 1<sup>o</sup> aux acquisitions, locations, réparations et ameublement des maisons épiscopales 2<sup>o</sup> à l'entretien et réparation des églises cathédrales“ (Art. 1).<sup>4)</sup>

1) Daris Bd. IV S. 175; Muth I S. 122.

2) Art. 2 Abs. 2.

3) Remling, Neuere Geschichte, S. 568 Nr. 1 u. 2. — Auf die interessanten Verhandlungen über die Erhaltung des Mainzer Domes kann hier nicht näher eingegangen werden. Vergl. darüber sehr ausführlich Schneider, Der Dom zu Mainz S. 131 ff.; ferner Selbst S. 29 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 200 ff.; Wirth S. 87 ff.; Bockenheimer S. 256, 257. — Dem unermüdlichen Eifer Colmars ist auch die Rettung des Speyerer Domes zu danken; siehe ausführlich hierüber Remling, Neuere Geschichte S. 203 ff. mit vielen urkundlichen Belegen.

4) Hermens I S. 674, 675.



Das Finanzgesetz des Jahres XIII, Art. 34, gestattete den Generalräten der Departements 4<sup>0</sup>/<sub>0</sub> Steuerzuschläge für Kultzwecke zu bewilligen.<sup>1)</sup> Das hierzu vom Kultusminister erlassene Rundschreiben vom 14. Germinal XIII (4. April 1805) erläuterte diese Bestimmungen dahin, dass die so gewonnenen Geldmittel zu Gunsten der Kathedrale, zur Unterhaltung ihres Mobiliars, für das Bischöfliche Palais und dessen Mobiliar, für die Bischöflichen Visitationsreisen, für den Domchor, für Bischof, Generalvikare und Kanoniker sollten verwendet werden.<sup>2)</sup>

„Dans le nombre de ces objets, la loi range d'abord les réparations et entretien des bâtiments destinés au culte. Pendant la révolution les temples ont été négligés ou même abandonnés; ils sont nécessaires pour rassembler les fidèles qui viennent en commun y offrir leurs prières et y recevoir les secours spirituels de la religion. Cependant partout ils sont dégradés et dans plusieurs lieux ils tombent en ruine. Il importe donc à cet égard de réveiller l'attention et la piété des membres des conseils généraux de département. Dans l'ordre des choses tous les édifices destinés au culte ne sauraient être à la charge des départements; les églises paroissiales et succursales n'intéressent directement que les communes particulières où elles existent: mais les cathédrales appartiennent à tout le diocèse; la construction, les réparations et l'entretien de ces édifices sont donc selon la lettre et l'esprit de la loi, des charges et des dépenses pour lesquelles les conseils généraux de département sont autorisés à proposer des impositions. . . Les maisons épiscopales et leur mobilier sont encore des objets qui intéressent l'universalité du diocèse et qui conséquemment doivent figurer dans la classe des dépenses départementales.“

---

1) Hermens II S. 321 Note 1.

2) Kr. Speyer fasc. 103 S. 41; abgedruckt bei Hermens IV S. 873 ff., wo als Datum des Zirkulars der 21. Oktober 1808 angegeben ist und das in der Fassung gekürzt erscheint.

Ein weiteres Rundschreiben des Kultusministers über dieselbe Materie vom 10. Mai 1806<sup>1)</sup> legte in ähnlicher Weise die Intentionen der Regierung dar und forderte erneut die Generalräte auf, von der ihnen durch das Gesetz zugestandenen Befugnis auch Gebrauch zu machen.

„Les conseils généraux regarderont comme un de leurs devoirs essentiels d'assurer, autant qu'il pourra dépendre d'eux d'une manière proportionnée aux besoins du diocèse dont ils font partie, aux ressources des citoyens qu'ils représentent et d'après l'autorisation légale qu'ils en ont reçue, cette branche du service public. Déjà l'on remarque d'une manière sensible la salutaire influence des institutions religieuses sur les moeurs et la morale publique. Sa Majesté s'aperçoit avec satisfaction que presque partout les fonctionnaires publics contribuent par leur exemple à propager les bons effets de ces institutions, et elle approuvera les délibérations dictées par le désir louable d'accélérer les heureux résultats qu'elle s'est promis du rétablissement du culte. L'entretien des églises métropolitaines et cathédrales, le supplément de traitement des archevêques et évêques, des vicaires-généraux et des chapitres, l'entretien des séminaires diocésaines et d'une maîtrise par diocèse, sont sans doute les objets les plus urgents qui fixeront l'attention des conseils généraux des départements. La religion est le besoin de tous. Tous doivent concourir proportionnellement à l'oeuvre de sa perpétuité. Les cultes ne sont pas seulement des établissements permis dans l'Etat, mais protégés et conservés par les lois de l'Etat au profit de l'Etat même.“

In analoger Weise entwickelte sich die Frage der Staatsbesoldung der Bischöfe.

Art. 14 des Konkordates bestimmte: „Le gouvernement assurera un traitement convenable aux évêques . . .“ Durch Art. 65 der organischen Artikel wurde die Besoldung der

---

1) Kr. Speyer fasc. 103 S. 39.

Bischöfe auf 10000 fr. festgesetzt.<sup>1)</sup> Das Gesetz vom 18. Germinal XI autorisierte die Generalräte der Departements, den Bischöfen einen Gehaltszuschuss zu bewilligen, wenn die Umstände es erforderten. (Art. 1.) Dieser Besoldungszuschuss gehörte sodann auch zu den Objekten, zu deren Durchführung die durch das Finanzgesetz des Jahres XIII gewonnenen Einkünfte verwandt werden durften. Das Zirkular des Kultusministers vom 14. Germinal XIII sprach sich hierüber in folgender Weise aus:

„Enfin le traitement des ministres est certainement une partie essentielle des frais du culte qui ne pourrait subsister sans ministres. La loi, en autorisant à proposer des impositions pour supplément des frais du culte, suppose donc nécessairement qu'on peut en proposer pour supplément du traitement des personnes consacrés au culte. On peut d'autant moins se méprendre à cet égard, que déjà par des arrêtés précédents Sa Majesté avait invité les conseils généraux de département à exprimer leur vœu et à proposer des augmentations de traitement. Ce vœu a été énoncé dans presque tous les départements de l'Empire; aujourd'hui la loi des finances fournit les moyens de le réaliser. Les évêques, les vicaires-généraux et les chanoines sont les ministres du sort desquels les conseils généraux de département peuvent s'occuper, parce que ces ministres n'appartiennent point à une paroisse particulière, mais au diocèse entier.“

Der Zuschuss, den der Generalrat des Departements Donnersberg für Bischof Colmar bewilligte, betrug 5000 fr.<sup>2)</sup>

---

1) „Tous les évêques et archevêques reçurent secrètement pour frais d'installation une somme égale à une année de leur traitement.“ Lanza de Laborie Bd. I S. 421.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 168.

§ 8.

**Diözesangewalt, Hirtenschreiben und Visitationsreisen.**

Der Bischof leitete für den Umfang seines Bistums sämtliche kirchlichen Angelegenheiten.<sup>1)</sup>

Hirtenbriefe und andere Akte gleicher Art durften anfänglich nicht ohne vorherige Genehmigung der Regierung veröffentlicht werden.<sup>2)</sup> Der Gang des Verfahrens beim Erlasse des ersten Hirtenschreibens Colmars war dabei folgender: Am 25. Frimaire XI (16. Dezember 1802) schrieb der Präfekt an den Bischof:<sup>3)</sup> „J'ai l'honneur de vous prévenir que d'après une circulaire du ministre de l'intérieur en date du 11 de ce mois toutes lettres, discours ou mandements que messieurs les évêques sont dans le cas de faire publier, doivent au préalable être approuvés par le gouvernement, et que les préfets avant de permettre la publication de ces mêmes écrits doivent se faire représenter leur approbation . . .“ Colmar antwortete hierauf am 26. Frimaire dem Präfekten u. a.<sup>4)</sup> . . . „J'ai retiré sur le champ d'entre les mains de l'imprimeur la première instruction pastorale que je venais de lui remettre, afin de la soumettre au citoyen Portalis, je pense qui seul est chargé de toutes les affaires de culte. Avec les principes que je professe je ne crains aucune censure.“ Am 2. Pluviôse XI (22. Januar 1803) traf die Genehmigung von Paris ein.<sup>5)</sup> Portalis schrieb hierbei an Colmar: „J'ai rendu compte au gouvernement, Mr. l'évêque, de l'examen que j'ai fait de votre instruction pastorale, elle ne respire que la paix et la charité. Je vous la renvoie parceque rien n'a paru devoir en retarder la publication.“ Am 17. Pluviôse autorisierte der Präfekt den Bischof zur Veröffentlichung des Hirtenschreibens.<sup>6)</sup>

---

1) Muth I S. 126, 127; Hermens IV S. 204 ff.; Geigel, Das französ. u. reichsländische Staatskirchenrecht. Strassburg 1884 S. 246.

2) Abweichend Geigel a. a. O. S. 246 Note 3.

3) St.-A. Darmstadt.

4) St.-A. Darmstadt.

5) St.-A. Darmstadt.

6) Vergl. noch die weiteren Schreiben zwischen Bischof und Präfekt vom 25. u. 26. Pluviôse XI. St.-A. Darmstadt.

Im Jahre 1804 wurde die Überwachung der kirchlichen Schriften noch verschärft. Im Innern Frankreichs waren aufreizende Schriften („des mandements et autres écrits incendiaires“) verbreitet worden und man nahm an, dass diese von höheren rheinischen Geistlichen, die mit der Neuordnung und dem dadurch bedingten Verluste ihres Amtes unzufrieden waren, herstammten. Der Justizminister forderte durch ein Schreiben vom 23. Pluviôse XII strenge Überwachung. Am 2. Ventôse XII befahl daraufhin der Präfekt dem Maire von Mainz: 1) „de donner l'ordre formel aux imprimeurs de cette ville, de vous produire tous écrits soit mandement ou autres qui leurs seraient remis de la part d'un ecclésiastique pour être livrés à l'impression à l'effet, de vous assurer par vous-mêmes que ces écrits ont reçu, en conformité de la lettre du ministre de l'intérieur du 11. Frimaire an XI l'attache du gouvernement et mon visa.“

Später scheint die Zensur von Seiten der staatlichen Behörde weggefallen und das Repressiv-System an deren Stelle getreten zu sein. Denn nach Erscheinen des Fastenhirtenbriefs für das Jahr 1809 glaubte der Präfekt einen Passus desselben beanstanden zu müssen und teilte seine Bedenken dem Minister der allgemeinen Polizei mit — ein Beweis, dass wohl keine Zensur stattgefunden hatte. 2)

Den Abschluss dieser Entwicklung bildete das Rundschreiben des Kultusministers an die Bischöfe vom 4. März 1812 3) „Il est de règle que les évêques transmettent au ministère des cultes, deux exemplaires de tous les mandements et lettres pastorales qu'ils publient. Je vous invite à vous conformer, pour l'avenir, à cette règle et à m'envoyer de

---

1) Schreiben v. 2. Ventôse XII. Mainzer Stadtbibliothek.

2) Die Antwort des Ministers war nicht auffindbar. Das Schreiben des Präfekten ist v. 7. février 1809, der Fastenhirtenbrief v. 18. Jänner 1809. Der beanstandete Passus befindet sich S. 15 des Hirtenschreibens und lautet: „Il est ordonné aux curés d'interdire avec fermeté l'approche des sacrements aux pères et mères de famille qui négligeront d'envoyer aux instructions et au service divin leurs enfants, leurs ouvriers et leurs domestiques.“ Der Präfekt sah hierin einen Rückfall in die Zustände des ancien régime. „Le refus des sacrements ne serait-ce pas, sous un autre nom nous ramener aux excommunications anciennes contre lesquelles l'autorité de tous les souverains a fini par s'élever.“ St.-A. Darmstadt.

3) Hermens III S. 21.

suite soit le mandement soit la lettre pastorale ou la simple ordonnance que vous auriez publié à l'occasion du carême.“<sup>1)</sup>

Auf den Inhalt der Hirtenschreiben<sup>2)</sup> Colmars kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Es sei hier nur soviel bemerkt, dass sie sich in drei Gruppen einteilen lassen:

1) Solche Hirtenschreiben, die rein religiöse Fragen behandeln. Es sind dies vor allem die alljährlich ergangenen Fastenhirtenbriefe.<sup>3)</sup>

2) Diejenigen mit vorwiegend politischem Inhalt, mit der Tendenz den Napoleonkult zu fördern und die öffentliche Meinung in diesem Sinne zu beeinflussen. Hierher gehören die zahlreichen Hirtenbriefe beim Ausbruch der Kriege, bei Friedensschlüssen, anlässlich der erfochtenen Siege; Hirtenschreiben, die zum 15. August, dem Feste Mariä Himmelfahrt, mit dem die Feier des Geburtstages Napoleons, das Fest des heil. Martyrers Napoleon und das der Wiederherstellung der Religion in Frankreich verbunden war, erlassen wurden;<sup>4)</sup> ferner die bei der Kaiserkrönung und die bei Gelegenheit der Jahresfeier der Krönung Napoleons und der Schlacht bei Austerlitz, die bei der Geburt des Königs von Rom und anderen feierlichen Anlässen ergangenen Mandements.<sup>5)</sup>

---

1) Eine von allen französischen Bischöfen zu beobachtende einheitliche Eingangsformel für die Hirtenbriefe war schon durch Zirkular v. 24. Messidor X angeordnet worden. Vergl. Hermens IV S. 298, 299; Muth I S. 122. Colmar gebrauchte bis 1804 eine etwas abweichende Formel.

2) Die in der Mainzer Seminarbibliothek befindlichen Sammlungen der Hirtenbriefe Bischof Colmars wurden mir in dankenswerter Weise zur Benutzung überlassen.

3) In diese Kategorie gehört ferner noch das „Zirkulärschreiben in betreff des täglich zunehmenden Priestermangels“ v. 20. Oktober 1807. — Bei anderen Mandements wie z. B. über Wallfahrten, Leichenbegängnisse, das grosse Gebet usw. spielen bereits politische Gesichtspunkte, wie Fragen des äusseren Kultus mit herein.

4) Vergl. insbesondere die Hirtenschreiben Colmars v. 5. August 1803 und v. 20. Juli 1806.

5) Vergl. z. B. Mandements Colmars v. 3. Juni 1804, 2. Januar 1805, 12. November 1806, 13. Nov. 1807 u. 22. Mai 1811. — Vergl. auch die vortreffliche Analyse, die Hashagen, Rheinische Kirche S. 317, 318 gibt; ferner Lanza de Laborie Bd. I S. 413, Bd. II S. 113 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 221 ff., 119 ff.

3) Solche Hirtenbriefe, die „in den Dienst der Agitation für die Durchführung der inneren Politik des Kaiserreichs treten, vor allem der Gesetze über die Konskription.“<sup>1)</sup> — —

Der mit dem bischöflichen Amte verknüpften und in den organischen Artikeln, Art. 22, nochmals besonders betonten Pflicht, „jedes Jahr in Person einen Teil der Diözese und innerhalb 5 Jahren die ganze Diözese zu visitieren“, genügte Bischof Colmar aufs vollkommenste. Auf diesen Rundreisen wurde die Firmung gespendet, was lange Zeit infolge der Kriegswirren und der Vakanz des Bischofssitzes nicht möglich gewesen war. Ferner dienten sie anfänglich dazu den in seinem Bistum noch fremden Bischof in näheren Konnex mit den Seelsorgern zu bringen. Häufig wurden bei dieser Gelegenheit auch Streitigkeiten zwischen den Anhängern der verschiedenen Konfessionen infolge der teilweise noch bestehenden Simultanverhältnisse und Unstimmigkeiten, die zwischen dem Pfarrer und der politischen Gemeinde wegen Gehaltsfragen bestanden, beseitigt. Die Visitationsreisen trugen ausserordentlich zur Erneuerung des kirchlichen Lebens bei, wobei das Hauptverdienst dem unermüdlichen Wirken des Mainzer Oberhirten zuerkannt werden muss.<sup>2)</sup>

Die Kosten der Diözesanvisitationsreisen musste Colmar anfänglich selbst tragen. „Monsieur l'évêque étant salarié par le gouvernement ses dépenses doivent être à son propre compte et ne peuvent tomber à la charge de la caisse communale.“<sup>3)</sup> Später, als die Generalräte der Departements

---

1) Hashagen, Rheinische Kirche S. 317; Lanzac de Laborie Bd. II S. 127, 128; vergl. die 2 Hirtenschreiben Colmars: „Väterlicher Unterricht an die Väter und Mütter seines Bistums bei Gelegenheit der Militärkonskription v. Jahre 1807“ und „Beweggrund zur Aufmunterung oder väterliche Ermahnung an die Konskriptionsjünglinge v. Jahre 1808.“

2) Vergl. ausführlich hierüber: Remling, Neuere Geschichte S. 175 ff. u. S. 180 ff., wo Teile aus dem Visitationstagebuch Colmars wiedergegeben sind. — Wirth S. 121 ff.

3) Schreiben des Speyerer Unterpräfekten an den Maire von Deidesheim. Kr. Speyer fasc. 113 S. 8. Diese Entscheidung wurde vom Präfekten gebilligt. Kr. Speyer fasc. 113 S. 7. Das Schreiben des Unterpräfekten enthält noch folgende Charakteristik Colmars: „D'ailleurs l'extérieur modeste et l'esprit de bienfaisance qui caracterisent Mr. l'évêque, me donnent la conviction qu'il ne voudra pas scuffrir que sa réception ou sa présence occasionnent des dépenses

ermächtigt wurden, Steuerzuschläge zur Deckung der Kultuskosten zu bewilligen, wurden die durch die Visitationsreisen entstehenden Ausgaben mit den so gewonnenen Mitteln bestritten.<sup>1)</sup> Durch Zirkular des Kultusministers vom 2. Februar 1807 wurde den Bischöfen das Recht verliehen, die in der Diözese befindlichen Etablissements, insbesondere die dem öffentlichen Unterricht dienenden Anstalten zu visitieren, um die Art der Ausübung des Kultus und die Anstaltsgeistlichen zu kontrollieren sowie die Handhabung des Religionsunterrichts zu überwachen. Über die hierbei gemachten Erfahrungen mussten die Bischöfe an die Regierung berichten.<sup>2)</sup>

## § 9.

### Diözesan-Anstalten.

(Priester- und Knaben-Seminar.)

Zur Heranbildung junger Kleriker wurde von Bischof Colmar ein Priesterseminar in Mainz gegründet. Das Konkordat gestattete den Bischöfen ein Seminar für ihre Diözese zu errichten, ohne dass jedoch die Regierung die Verbindlichkeit auf sich nahm, dasselbe zu dotieren. (Art. 11 des Konkordates). Die Bischöfe wurden mit der Organisation der Seminarien beauftragt, doch waren die Reglements dieser Organisation der Genehmigung des ersten Konsuls unterworfen. (Art. 23 organ. Art.)<sup>3)</sup> Die Professoren mussten die Erklärung der französischen Geistlichkeit vom Jahre 1682 unterschreiben und versprechen, in diesem Sinne zu lehren. (Art. 24). Auch mussten die Bischöfe jedes Jahr der Regierung ein Verzeichnis der Personen zusenden, die in den Seminarien studierten und die sich dem geistlichen Stande widmeten. (Art. 25). Diese Bestimmungen wurden ergänzt durch das Gesetz vom 23. Ventôse XII (14. März 1804)<sup>4)</sup> Es

---

à une commune déjà endettée. La vénération et la fidélité du troupeau qui lui est confié seront pour lui l'hommage le plus flattant.“

1) Kr. Speyer fasc. 103 S. 41; Hermens IV S. 874.

2) Kr. Speyer fasc. 113 S. 9; Hermens III S. 17, 18; IV S 301, 302.

3) Statuten für das Mainzer Seminar abgedruckt bei Sausen, Colmars Predigten Bd. I S. 385—430.

4) Hermens II S. 42 ff.

bezeichnete die Lehrgegenstände, regelte die Frage der Ernennung der Professoren und setzte in Art. 7 fest: „Il sera accordé une maison nationale et une bibliothèque pour chacun des établissements dont il s'agit et il sera assigné une somme convenable pour l'entretien et les frais desdits établissements.“ Diese Vorschriften wurden teilweise wieder geändert durch das Dekret vom 17. März 1808. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1809 *scheinen in Mainz überhaupt nicht zur Anwendung gekommen zu sein.*<sup>1)</sup>

Wenn auch das Hauptverdienst an der günstigen Entwicklung des Mainzer Priesterseminars dem Eifer Colmars zukommt,<sup>2)</sup> so wurde er doch auch durch die Regierung hierbei unterstützt, die ihm verschiedentlich finanzielle Hilfe angedeihen liess. Bereits durch Konsularbeschluss vom 3. Floreal XI (22 April 1803) wurde dem Bischof das ehemalige Augustinerkloster als Seminar zur Verfügung gestellt.<sup>3)</sup> Zu seiner Instandsetzung waren jedoch so umfangreiche Reparaturen erforderlich, dass erst vom 1. November 1805 ab Alumnen aufgenommen werden konnten.<sup>4)</sup>

Seit 1804 wurden jährlich 4000 fr. aus den Einkünften des Domes dem Seminar überwiesen<sup>5)</sup> und durch Vermittelung der Kaiserin Josephine wurden durch Dekret vom 12. Dezember 1806 die noch nicht veräusserten Güter auf dem linken Rheinufer, die von dem ehemaligen Seminar herrührten, ihrer

---

1) Bockenheimer S. 326, 327.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 134 ff.; Wirth S. 101 ff.; Selbst S. 41 ff.

3) Art. 2. „Le ci-devant couvent des Augustins est affecté au séminaire actuel de l'évêque de Mayence.“ Art. 3. „Tous arrêtés ou décisions contraires sont rapportés.“ St.-A. Darmstadt.

4) Über den langsamen Fortgang der Renovierungsarbeiten am Seminar und über die Kostenfrage entstand ein scharfer Briefwechsel zwischen Bischof und Präfekt. Schreiben des Bischofs vom 23. Ventôse XII, Schreiben des Präfekten vom gleichen Tag. St.-A. Darmstadt. — Vergl. auch noch die „Verordnung (Mandement) des Herrn Bischofs von Mainz bei Gelegenheit der Kriegszurüstungen wider Österreich v. 22. Sept. 1805“, worin er alle Gläubigen auffordert, „zum Unterhalt unseres Seminariums in Mainz beizutragen, welches auf das künftige Allerheiligenfest eröffnet werden muss, wenn wir nicht in kurzer Zeitfrist die Hälfte unserer Diözese ohne Seelsorger sehen wollen.“ Mainzer Seminarbibliothek.

5) Bockenheimer S. 325; Selbst S. 42.

Bestimmung wiedergegeben.<sup>1)</sup> Napoleon stiftete durch Gesetz vom 30. September 1807 für alle Seminare des Kaiserreichs 800 ganze und 1600 halbe Freiplätze, wovon 8 ganze (zu jährlich 400 fr.) und 16 halbe (zu jährlich 200 fr.) dem Mainzer Seminar zu Gute kamen.

Anfangs traten nur wenig Alumnen in das Seminar ein, doch stieg die Zahl allmählich.<sup>2)</sup> Immerhin klagte Colmar in seinem Zirkularschreiben vom 20. Oktober 1807 lebhaft über den täglich zunehmenden Priestermangel.<sup>3)</sup>

Um ihm abzuhelfen wurde vom Bischof eine geistliche Lehranstalt für Knaben, ein Knabenseminar (kleines Seminar) gegründet, das unter geistlicher Leitung stehend mit dem Priesterseminar ein Ganzes bildete und hauptsächlich als Vorschule für die künftigen Theologen bestimmt war, ohne jedoch andere, minderbemittelte Knaben, die nicht das theologische Studium ergreifen wollten, auszuschliessen.<sup>4)</sup>

## § 10.

### Das Domkapitel.

Das Konkordat bestimmte in Art. 11, dass die Bischöfe ein Kapitel bei ihrer Kathedralkirche gründen durften, ohne dass indessen die Regierung sich zu einer Dotation verpflichtete. Die organischen Artikel machten die Errichtung des Kapitels von der Genehmigung der Regierung abhängig (Art. 11 organ. Art.). Und zwar sollte diese Genehmigung sich nicht allein auf die Errichtung des Kapitels sondern

---

1) Bockenheimer S. 325. Viel Aktenmaterial hierüber auch im St.-A. Darmstadt. — Über eine weitere Hilfsquelle vergl. noch Kr. Speyer fasc. 103 S. 39 oben S. 53.

2) Die Frequenz scheint relativ befriedigend gewesen zu sein: „andert-halb Dutzend bei der Eröffnung, eine Zahl, die später auf 70—80 stieg.“ Selbst S. 42; vergl. hiermit die belgischen Verhältnisse. Lanzac de Laborie Bd. II S. 112, 113.

3) Mainzer Seminarbibliothek. Teilweise abgedruckt bei Remling, Neuere Geschichte S. 141 ff. Mit dem Zirkularschreiben wurde auch das Dekret vom 30. Sept. 1807 veröffentlicht.

4) Näheres bei Bockenheimer S. 328 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 138 ff.; Selbst S. 43 ff.

auch auf die Zahl und die Persönlichkeit der zur Bildung des Kapitels ausersehenen Geistlichen erstrecken (Art. 35 organ. Art.). Die Erektionsbulle Pius VII. vom 29. November 1801 übertrug dem Kardinal-Legaten Caprara neben sonstigen weitgehenden Vollmachten die Befugnis, „die Würden und Glieder eines jeden der nach den Vorschriften der heiligen Konzilien einzurichtenden Kapitel zu bestimmen.“<sup>1)</sup> Der Kardinal-Legat forderte darauf im *Zirkumskriptions*-schreiben vom 9. April 1803 die Bischöfe dringend auf, bei ihren Kathedralen ein Kapitel zu errichten.<sup>2)</sup>

Auch die Regierung legte in dieser Frage grossen Eifer an den Tag. Bereits im Juli 1802, als Colmar noch in Paris weilte,<sup>3)</sup> erhielt er von Portalis ein Schreiben, worin dieser ihm den Wunsch des ersten Konsuls kundgab: „de connaître avant le 15. Fructidor prochain, si le conseil général du département du Mont-Tonnerre a pourvu à la subsistance et à l'entretien des vicaires-généraux et des membres du chapitre.“ „Je sens“, so fährt Colmar in seinem Schreiben an den Mainzer Präfekten fort, „que puisque je n'ai encore pu m'occuper de la nomination ni des uns ni des autres, vu que pour un choix si important il faut être sur les lieux et connaître par soi-même les hommes à qui on est dans le cas de donner toute sa confiance, vous n'avez guère pu non plus vous occuper de leur entretien il aurait au moins fallu connaître le nombre des individus à entretenir. J'ai donc l'honneur de vous prévenir que pour soulager le département autant qu'il est en moi, je me contenterai d'un seul vicaire-général<sup>4)</sup> ne voulant faire par les autres que ce que je ne pourrai pas faire par moi-même. Quant au chapitre qui formera en même temps le conseil de l'évêque, je pense qu'il ne pourra pas être composé de moins de douze membres.“<sup>5)</sup>

---

1) Reinhard, Neue Organisation S. 199; Hermens I S. 614.

2) Reinhard, Neue Organisation S. 217, 219; Hermens I S. 632 ff.

3) Schreiben des Bischofs v. 26. Thermidor X aus Paris an den Präfekten. St.-A. Darmstadt.

4) Nach Art. 21 der organ. Art. konnte jeder Bischof 2 Generalvikare ernennen.

5) Siehe auch die Antwort des Generalkommissars v. 3. Fructidor X. Er macht den Bischof auf Art. 35 der organ. Art. aufmerksam.

Noch ein Jahr verging bis zur endgültigen Konstituierung des Kapitels. Zusammen mit der übrigen vorgeschlagenen Neuorganisation der Diözese Mainz wurde es am 17. Juni 1803 vom ersten Konsul bestätigt. Es setzte sich zusammen aus 8 Kapitularkanonikern (einschliesslich der 2 Generalvikare) und 5 Honorarkanonikern.<sup>1)</sup> Neben dem Domkapitel bestand bis zum Jahre 1806, wo eine andere Verwaltungsweise eingeführt wurde, ein eigenes Generalvikariat.<sup>2)</sup>

Die erste Sitzung des Domkapitels fand erst am 8. April 1806 statt.<sup>3)</sup> Besondere Satzungen sind für das Mainzer Domkapitel sehr spät erlassen worden. Vorher waren jedenfalls die von der Regierung entworfenen und von allen Domkapiteln Frankreichs angenommenen Kapitelsstatuten des Versailler Kapitels auch in Mainz zur Anwendung gekommen.<sup>4)</sup> Die von Colmar im Jahre 1809 auf Verlangen des Kultusministers entworfenen Statuten<sup>5)</sup> lehnten sich eng an die des Versailler Kapitels an. Darnach war der Einfluss des Domkapitels recht unbedeutend. Die Mitglieder durften sich nur mit Erlaubnis des Bischofs zur Beratschlagung versammeln (Art. V der Mainzer Statuten), und der Bischof war niemals durch ihren Rat gebunden (Art. VI). Die frühere, auch die Autorität des Erzbischofs überragende Omnipotenz des Mainzer Domkapitels war damit völlig beseitigt. „Eine unabhängige Stellung der Domkapitel würde dem zentralisierenden System des französischen Herrschers, das auch im kirchlichen Recht zur Geltung kam, nicht entsprochen haben.“<sup>6)</sup>

1) „Organisation der Mainzer Diözese.“ Mainz 1803 S. 25. Mainzer Seminarbibliothek. — Remling, Neuere Geschichte S. 129; Bockenheimer S. 254. Der Bischof scheint zum Teil andere als die schliesslich genehmigten Persönlichkeiten als Kanoniker vorgeschlagen zu haben: siehe das dem Präfekten eingereichte Organisationsprojekt. Mainzer Stadtbibliothek.

2) Remling, Neuere Geschichte S. 130. — Vergl. auch die Organisation der Diözese Mainz im Kr. Speyer fasc. 114 S. 3 ff., die sich anscheinend auf das Jahr 1806 bezieht. (Sie ist ohne Datum.)

3) Remling a. a. O. S. 129 Note 172.

4) „Statuts du chapitre de Versailles“, abgedruckt bei Hüffer, Forschungen auf dem Gebiete des französischen und rheinischen Kirchenrechts S. 217, 218.

5) Die von Colmar für sein Kathedralkapitel entworfenen Statuten vom 24. April 1809 sind abgedruckt bei Remling, Neuere Geschichte S. 592.

6) Hüffer a. a. O. S. 197.

Über die Besoldung der Generalvikare und Kanoniker hatten das Konkordat und die organischen Artikel keine Bestimmung getroffen. Doch schon bald füllte man diese Lücke aus.<sup>1)</sup> Zunächst erging am 14. Ventôse XI (5. Februar 1802) folgender Beschluss:

„Les vicaires-généraux des évêques et les chanoines auxquels il n'aurait été alloué aucun traitement par les conseils généraux de département, jouiront à dater du jour de l'approbation donnée à leur nomination par le premier Consul, du traitement déterminé ci-après, savoir:

les deux vicaires-généraux des évêques 1500 fr.  
les chanoines . . . . . 1000 fr.“<sup>2)</sup>

Sodann wurde durch Arrêté vom 18. Germinal XI (8. April 1803) Art. 1 Abs. 2 bestimmt:

„Les conseils généraux de département détermineront pour les vicaires-généraux et chanoines un traitement qui ne pourra être moindre que celui qu'a fixé l'arrêté du 14. Ventôse an XI.“<sup>3)</sup>

Der Generalrat des Departements Donnersberg sollte daraufhin in seiner Sitzung im Frühjahr 1803 über diesen Punkt (und einige andere Diözesanangelegenheiten) Beschluss fassen. Ein grosser Teil der Mitglieder des Generalrates erschien jedoch nicht zu der Sitzung, und die anwesenden Mitglieder lehnten die vom Präfekten gemachten Vorschläge ab.<sup>4)</sup>

Später forderten die im Anschluss an das Finanzgesetz vom Jahre XIII, das den Generalräten der Departements das Recht verlieh 4<sup>0/10</sup> Steuerzuschläge als Departementalzuschuss

---

1) Vergl. das oben S. 62 angeführte Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 26. Thermidor X.

2) Hermens I S. 674 Note 2 u. Schreiben des Präfekten an den Minister des Innern v. 23. Germinal XI. St.-A. Darmstadt.

3) Hermens I S. 674.

4) Der Minister des Innern forderte den Präfekten daraufhin zu einem Bericht über diese Vorgänge auf und dieser kam dem Verlangen des Ministers in einem vertraulichen Schreiben am 16. Prairial XI nach. Es ist wegen seiner interessanten Darlegungen im Anhang (Beilage VI) abgedruckt. St.-A. Darmstadt. — In Belgien scheinen sich ähnliche Vorgänge abgespielt zu haben. Lanza de Laborie Bd. I S. 421. — Vergl. auch noch das Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 17. Brumaire XII. St.-A. Darmstadt.

zu den allgemeinen Kultkosten zu bewilligen, erlassenen Zirkulare des Kultusministers die Generalräte wiederholt auf, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen zugunsten der Generalvikare und Kanoniker.<sup>1)</sup>

§ 11.

**Die Zirkumskription der Pfarreien.**

Art. 9 des Konkordates sah eine neue Abgrenzung der Pfarreien vor. Sie sollte von den Bischöfen vorgenommen werden, aber nur mit Zustimmung und kraft Ermächtigung der Regierung in Wirksamkeit treten.

Durch die organischen Artikel (Art. 60 und 61) wurde ferner bestimmt, dass in jedem Friedensgerichtsbezirk wenigstens eine Pfarrei bestehen müsse. (Hauptpfarrei genannt). Ausserdem sollten so viele Sukkursalen (Hilfspfarreien) errichtet werden, als das Bedürfnis der Gläubigen erfordere. Jeder Bischof werde im Einvernehmen mit dem Präfekten die Zahl und Ausdehnung der Sukkursalen bestimmen. Die festgestellten Pläne müssten der Regierung vorgelegt und könnten nicht ohne deren Ermächtigung in Vollzug gesetzt werden.<sup>2)</sup>

Durch Konsularbeschluss vom 29. Germinal X (19. April 1802) wurde sodann die Erektionsbulle Pius VII. „Qui Christi“ vom 29. November 1801 und das Zirkumskriptionsdekret des Kardinal-Legaten Caprara vom 9. April 1802 für staatlich vollziehbar erklärt. Dadurch wurden alle bestehenden Pfarreien supprimiert. In den vier neuen Departements erfolgte die Veröffentlichung der Beschlüsse vom 29. Germinal X erst am 30. Fruktidor X (17. September 1802).<sup>3)</sup>

Zur Durchführung der im Konkordat und in den organischen Artikeln enthaltenen Grundsätze über die neue Pfarrorganisation ergingen staatlicherseits Ausführungsvorschriften zur genauen Regelung dieser wichtigen Materie. Das am 23. Floréal X (13. Mai 1802) von Portalis an die Präfekten

---

1) Kr. Speyer fasc. 103 S. 39 und 42, oben S. 53, 54. Im Budget für 1811 war eine Summe von 3000 Fr. für Kosten des Diözesankultus bewilligt, die in der Weise verteilt wurde, dass die 2 Generalvikare je 700 Fr. und die 8 Kanoniker je 287,50 Fr. Zuschuss erhalten sollten. Kr. Speyer fasc. 113 S. 13.

2) Muth I S. 79 ff.; II S. 119 ff.

3) Muth I S. 92 ff., 96; Hüffer S. 196; Remling, Neuere Geschichte S. 40.

übersandte Zirkular gibt die bei der Neuumschreibung der Haupt- und Hilfspfarreien einzuhaltenden Richtlinien an.<sup>1)</sup> Der Inhalt dieses Schreibens ist folgender: „Es sei anzunehmen, dass die Zirkumskription der Hauptpfarreien keine Schwierigkeiten bereite, da ihre Zahl durch die der Friedensgerichte bestimmt sei. Die Gemeinde, in der der Sitz des Friedensgerichtes sich befinde, werde in der Regel die bedeutendste der Gegend und aus diesem Grunde auch als Sitz des Hauptpfarrers am geeignetsten sein. Ausnahmen könnten erlaubt werden. Bei den Sukkursalpfarreien sei das Bedürfnis des Volkes bestimmend für ihre Zahl und Ausdehnung; jedoch müsste das Bedürfnis von Präfekt und Bischof anerkannt sein.“ Es wird dann der Gang des Verfahrens bei Aufstellung der Zirkumskriptionspläne vorgezeichnet. „Man hat gedacht, da es sich hauptsächlich um religiöse Bedürfnisse der Gläubigen handelt, dass es natürlich ist, wenn der Bischof die Initiative zur Ausführung ergreift. Es ist daher seine Sache den ersten Plan zu überlegen. Er wird ihn dann dem Präfekten schriftlich mitteilen. Der Präfekt macht hierauf seinerseits gleichfalls schriftlich seine Bemerkungen und lässt sie an den Bischof gelangen. Wenn keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, so soll der Bischof sein vollziehbares Dekret entwerfen, in welchem er die Ansicht des Präfekten erwähnt. Dieses Dekret sendet der Bischof sodann an den Kultusminister, damit dieser seinen Bericht hierüber an die Staatsregierung machen kann, ohne deren Sanktion keinerlei Publikation oder Vollzug irgend welcher Art erfolgen darf.“<sup>2)</sup>

In Anlehnung an diese Instruktion vollzog sich die Neuzirkumskription der Pfarreien im Bistum Mainz in folgender Weise:

Der Mainzer Präfekt begann Anfang November 1802 die Präliminarien mit dem Bischof. Er übersandte ihm eine Kopie des eben angeführten Zirkulars und zugleich das für die Zirkumskription erforderliche topographische und statistische Material.<sup>3)</sup> Der Präfekt beschränkte sich, wie er ausdrück-

---

1) Abgedruckt bei Muth I S. 86 ff. — Ein Schreiben des Mainzer Präfekten an Portalis wie an den Bischof von Mainz (beide v. 17. Germinal) beweist, dass auch ihm das gleiche Zirkular zugegangen war. St.-A. Darmstadt.

2) Muth I S. 85, 86 u. S. 136.

3) Der Präfekt hatte zu diesem Zweck ein genaues Verzeichnis aller im

lich bemerkte, auf diese Anregung, da die Initiative dem Bischof zustehe.<sup>1)</sup> Einige Tage später teilte Colmar dem Präfekten mit, dass er, obwohl er mit dem Inhalt des Zirkulars durch seine Strassburger Wirksamkeit bereits vertraut sei, und das ihm zur Verfügung gestellte Material seine Arbeit wesentlich erleichtere, dennoch nur langsam den Organisationsplan aufstellen könne, da er sich erst über die Persönlichkeit, Tüchtigkeit und das wahre Verdienst der Personen, die bei der Neuorganisation Verwendung finden sollten, informieren müsse.<sup>2)</sup> Dadurch verzögerte sich die Fertigstellung, so dass der Organisationsplan der Diözese Mainz nicht an dem von Portalis bestimmten Tage (1. Nivôse XI) Napoleon vorgelegt werden konnte.<sup>3)</sup> Erst am 22. Prairial XI (11. Juni 1802) war der Plan soweit vollendet, dass er der Regierung zur Genehmigung unterbreitet werden konnte. Bereits am 28. Prairial wurde er vom ersten Konsul genehmigt.<sup>4)</sup>

Die Mainzer Diözese setzte sich danach, entsprechend der Anzahl der Friedensgerichte, aus 38 Haupt-(Kantonal-)Pfarreien zusammen, deren Sitz jedoch teilweise nicht mit dem des Friedensgerichtes übereinstimmte. Von dem ehe-

---

Departement Donnersberg befindlichen Kirchen, mit Angabe des Kults, dem sie bisher dienten, und der Personenzahl, die sich in ihnen versammeln konnte, aufstellen lassen. Es befindet sich im St.-A. Darmstadt. Vergl. oben S. 47.

1) Brief vom 17. Brumaire XI. St.-A. Darmstadt. „D'après l'initiative qui vous est attribué pour cette opération je dois me borner à la communication officielle que je vous fais par cette lettre . . .“

2) Schreiben v. 22. Brumaire XI. St.-A. Darmstadt.

3) Schreiben Colmars an den Präfekten v. 22. Frimaire XI. St.-A. Darmstadt. — Das Organisationsprojekt wurde vom Bischof dem Präfekten übersandt, der anscheinend verschiedene Änderungen vorgeschlagen hat. Vergl. das Schreiben des Präfekten an den Maire von Mainz v. 9. Floréal XI, worin dieser den Maire um Auskunft bittet „tant sur le nombre des succursales que sur le personnel du clergé désigné par l'évêque“ und den beiliegenden ersten Entwurf des Bischofs, der gegenüber dem endgültig genehmigten wesentliche Unterschiede zeigt. Mainzer Stadtbibliothek.

4) Vergl. „Organisation der Mainzer Diözese“, Mainz, Jahr XI (1803). Enthalten in der Sammlung der Hirtenbriefe Colmars. Mainzer Seminarbibliothek. — Remling, Neuere Geschichte S. 47 ff.; Muth I S. 109 ff. Da an diesen beiden Stellen der erstgenannte offizielle Druck ausführlich wiedergegeben ist, so erübrigt sich hier eine detaillierte Wiedergabe der Neuzirkumskription der Mainzer Diözese.

maligen Erzbistum Mainz waren geblieben 11 Pfarreien, von dem Bistum Worms 15, vom Bistum Speyer 7 und vom Bistum Metz 5 Pfarreien. Dazu kamen 209 Sukkursalen und zwar 68 im Arrondissement Mainz, 85 im Arrondissement Speyer, 18 im Arrondissement Kaiserslautern und 38 im Arrondissement Zweibrücken. Die Stadt Mainz war nach den 3 Friedensgerichten in 3 Pfarreien eingeteilt: 1) Domkirche mit den Sukkursalen St. Quintin und St. Christoph, 2) St. Ignaz mit der Sukkursalpfarre St. Stephan und 3) St. Emmeran mit der Sukkursalpfarre St. Peter.

In der Territorialorganisation der Hauptpfarreien trat in Zukunft keine Veränderung mehr ein. Dagegen unterlagen die Sukkursalpfarreien einem ständigen Wechsel, der vor allem durch die schwankenden gesetzgeberischen Maßnahmen *auf dem Gebiete der Besoldung der Hilfspfarrer hervorgerufen* wurde.

Bereits am 11. Prairial XII (31. Mai 1804) erging das „Décret impérial contenant règlement sur une nouvelle circonscription des succursales.“<sup>1)</sup> Art. 1 wiederholte die Bestimmungen der Artikel 60 und 61 des Gesetzes vom 18. Germinal X, dass die Bischöfe zusammen mit den Präfekten zu einer Neuzirkumskription der Sukkursalpfarreien schreiten sollten in der Art, dass ihre Zahl die Bedürfnisse der Gläubigen nicht überschreite. Die Präfekten sollten daher die interessierten Gemeinden um ihre Meinung befragen, um die Örtlichkeiten und alle Umstände kennen zu lernen, die bestimmend sein könnten für die Vereinigung von solchen Gemeinden, die in Abhängigkeit von ein und derselben Sukkursale ein einziges Territorium bilden könnten. (Art. 2 des Dekrets). Schliesslich schrieb Art. 3 noch vor, dass die neuen Zirkumskriptionspläne an den Staatsrat, dem die Kultsachen unterständen, gerichtet werden müssten und nur durch ein kaiserliches Dekret in Vollzug gesetzt werden könnten.

Ein Zirkular von Portalis an die Bischöfe und Präfekten vom 15. Messidor XII (4. Juli 1804)<sup>2)</sup> regelte die Ausführung dieses Dekrets. Es gibt zugleich Einblick in die vom Gesetzgeber verfolgten Absichten und Ziele: Schaffung leistungs-

---

1) Hermens II S. 271 ff.; Muth I S. 147; II S. 145.

2) Muth I S. 137, 138; ferner abgedruckt bei Hermens III S. 215 ff.

fähiger Kultusverbände.<sup>1)</sup> Das Zirkularschreiben beginnt mit der Rechtfertigung der Änderung des bestehenden Zustandes: „die zahllosen Reklamationen gegen die gegenwärtige Zirkumskription erheischten diese Maßnahme. Eines der grössten Hindernisse bei der Durchführung der vor kurzem vollendeten Neuzirkumskription habe darin bestanden, sie in Übereinstimmung mit den Kantonsgrenzen vorzunehmen, damit nicht das Gebiet ein und derselben Sukkursale sich über verschiedene Kantone erstreckte. Die Gründe, die zu dieser Notwendigkeit zwangen, beständen nicht mehr. — Bei der Vereinigung mehrerer Kommunen zur Bildung eines Bezirks habe man nicht auf ihre gewohnten Beziehungen, Sympathien und Interessen, die einen Zusammenschluss begünstigten Rücksicht genommen. Diese wechselseitigen Beziehungen müssten bei der neuen Arbeit vornehmlich in Berücksichtigung gezogen werden, sie seien häufig als ausschlaggebendes Moment mehr zu beachten, als die territoriale Zusammengehörigkeit. Um sich hierüber zu informieren, sollten die Präfekten nach der Bestimmung des Art. 2 die Gemeinden befragen, und bei der Diskussion über die von den Gemeinden gemachten Vorschläge würde man dann gemeinschaftlich zu einem brauchbaren Beschlusse kommen. — Der Zweck der Neuzirkumskription solle jedoch nicht allein darin bestehen, die jetzige Einteilung zu korrigieren und zu vervollständigen, sondern auch darin: die Zahl der Sukkursalpfarreien zu vermindern. — Auch habe man sich bei der ersten Pfarrorganisation den Wünschen der Gemeinden gegenüber allzu willfährig gezeigt, bei deren Begründung oft Rivalität und Antipathie eine grössere Rolle gespielt hätte, als das wahre Bedürfnis. Und doch dürfe nur dies bestimmend sein. Übrigens bereite man durch die Verminderung der Zahl der Sukkursalpfarreien und die dadurch bewirkte grössere Ausdehnung des Bezirkes derer, die erhalten blieben, eine bessere pekuniäre Lage der Desservanten vor. Die dringenden Bitten um Errichtung von Sukkursalpfarreien würden nach Durchführung der Neuzirkumskription weniger zahlreich und weniger stürmisch erfolgen, da die Gemeinden dann besser ausgewählt seien, und der Organisationsplan werde

---

1) Muth II S. 121.

nach seiner Aufstellung nicht wie der erste der Gefahr ausgesetzt sein, durch Modifikationen und Rektifikationen ohne Zahl erschüttert zu werden.“<sup>1)</sup>

Sofort nach Empfang dieses Zirkularschreibens begannen im Bistum Mainz die Vorarbeiten zur zweiten Pfarrzirkumskription. Am 22. Messidor XII (11. Juli 1804) bereits bat der Präfekt den Bischof, die infolge des Dekrets vom 11. Prairial notwendig werdenden Vorbereitungen in Angriff zu nehmen. Er forderte den Bischof auf, Vorschläge für die Aufstellung des neuen Organisationsplanes zu machen sowie die Namen derjenigen Hilfspfarrer bei ihm einzureichen, die bei der künftigen Zirkumskription im Amte bleiben sollten, damit er seinerseits die vom Bischof gemachten Vorschläge den interessierten Gemeinden zur Beratschlagung vorlegen könne, um deren Meinung über die beabsichtigten Änderungen und deren wirkliche kirchlichen Bedürfnisse zu hören.<sup>2)</sup>

Am 10. Fruktidor XII (28. August 1804) hatte der Bischof den „Etat général des communes où sont placées les curés et les succursales de ce département, avec les noms, prénoms et dates de naissance des ecclésiastiques qui les desservent et l'indication des pensions dont ils jouissent“ fertiggestellt<sup>3)</sup> Am 17. Fruktidor übersandte er dieses Verzeichnis dem Präfekten, der am 30. Fruktidor XII an die Unterpräfekten und Arrondissementsräte ein Zirkular erliess, worin diese aufgefordert wurden, die Gemeinden zu veranlassen, ihre Wünsche über den vom Bischof aufgestellten Organisationsplan kundzugeben und diese zusammen mit ihrer detaillierten und motivierten eigenen Ansicht ihm zu unterbreiten.<sup>4)</sup>

Die Antworten dieser Behörden liefen Ende 1804 und

---

1) Aus verschiedenen Schreiben, besonders aus dem des Präfekten an die Unterpräfekten v. 30. Fruktidor XII ergibt sich, dass dieses Zirkular auch an den Mainzer Bischof und Präfekt (allerdings erst am 5. Thermidor) gesandt worden war.

2) Schreiben v. 22. Messidor XII. St.-A. Darmstadt.

3) Kr. Speyer fasc. 114 S. 10 ff. Das Verzeichnis stimmt mit dem vom Bischof am 22. Prairial XI aufgestellten überein. Es wird bemerkt: „Date de l'approbation donné par le gouvernement à l'érection de chaque succursale: 28 Prairial XI“ und: „Toutes les cures et succursales dans cet état ont été approuvées le même jour c'est à dire le 28 Prairial XI.“ Vergl. ferner noch Kr. Speyer fasc. 122 S. 18, 19 u. 20.

4) Schreiben des Präfekten v. 30. Fruktidor XII. St.-A. Darmstadt.

Anfang 1805 ein.<sup>1)</sup> Inzwischen war das kaiserliche Dekret vom 5. Nivôse XIII (26. Dezember 1804) erschienen, das eine Zweiteilung der Sukkursalpfarreien in Staats- und Gemeindepfarreien vorsah. Die Besoldung von 152 Sukkursalen im Bistum Mainz wurde von der Staatskasse übernommen, die übrigen blieben zu Lasten der Gemeinden.<sup>2)</sup>

Die dritte Pfarrorganisation wurde durch das kaiserliche Dekret vom 30. September 1807 herbeigeführt. Die Zahl der Sukkursalpfarreien wurde von 24 000 auf 30 000 erhöht. Das Bistum Mainz besass von nun an 190 Hilfspfarreien.<sup>3)</sup> Durch kaiserliches Dekret vom 28. August 1808 wurde die dritte Pfarrorganisation für ganz Frankreich bestätigt.<sup>4)</sup> Die Regierung betrachtete das Dekret vom 30. September als den definitiven Abschluss der kirchlichen Territorialorganisation des französischen Reichs.<sup>5)</sup> In der Diözese Mainz kam in der Folgezeit nur noch die Auswechselung einiger Sukkursalpfarreien vor.<sup>6)</sup> Das bischöfliche Rundschreiben vom 8. Dezember 1808,<sup>7)</sup> das die beiden kaiserlichen Dekrete bekannt machte und zugleich die Aufhebung mehrerer Pfarrstellen verkündigte, forderte die letzteren auf, sich zu erklären „ob

---

1) Kr. Speyer fasc. 115 S. 3 ff. (Bezirk Zweibrücken); S. 13 ff. (Kanton Kirchheim-Bolanden).

2) Vergl. das Schreiben des Präfekten an den Bischof vom 30. Ventôse XIII. „Le décret impérial du 5 Nivôse dr. charge le trésor public du paiement des desservants de 152 succursales dans le département du Mont-Tonnerre. Ce département en comprend en totalité deux cent neuf, ainsi les communes restent chargées, conformément au décret, de salarier les desservants de cinquante sept. . . .“ St.-A. Darmstadt. Die weitere Entwicklung siehe S. 82 ff.; vergl. ferner noch Remling, Neuere Geschichte S. 52.

3) Muth I S. 152 ff.; siehe ferner ausführlich oben S. 88 ff.; Remling, Neuere Geschichte S. 53.

4) Hermens III S. 273, 274; Muth I S. 160; II S. 124; vergl. ferner Kr. Speyer fasc. 122 S. 1 ff. „Tableau des 190 succursales du diocèse de Mayence, dressé en conformité du décret du 30 septembre 1807.“ — Vergl. noch Muth I S. 162 ff.

5) Muth I S. 186.

6) Durch kaiserliches Dekret v. 29. Dezember 1810 wurde die Sukkursalpfarrei Notre-Dame du faubourg zu Worms und die Sukkursale Munsweiler supprimiert, dafür in Rupertsberg u. Weiher Sukkursalen errichtet. Kr. Speyer fasc. 116 S. 64; vergl. auch die Vorverhandlungen hierzu Kr. Speyer fasc. 116 S. 21 ff., 49, 51, 52, 48, 32, 54, 26, 55, 57, 60, 58, 59, 61, 66, 64 (chronologisch geordnet).

7) Kr. Speyer fasc. 116 S. 19; Remling, Neuere Geschichte S. 53 Note 65.

sie vielleicht ein Verlangen tragen, die Vergünstigung eines eigenen Gottesdienstes, auch wenn derselbe sie einige Opfer kosten sollte, weiter fort zu geniessen. In diesem Falle stehen ihnen drei Wege offen, ihre Absicht zu erreichen. Sie können entweder 1) durch einen benachbarten Pfarrer Binando, oder 2) durch einen bei eben diesem Pfarrer wohnenden Vikar oder auch 3) durch einen im Ort selbst residierenden Kaplan versehen werden.“ — —

Im Anschluss an die drei Pfarrorganisationen sei an dieser Stelle auch der ebenfalls in drei Abschnitten erfolgten Dekanatseinteilungen des Bistums Mainz Erwähnung getan.<sup>1)</sup> Nach der ersten Organisation im Jahre 1803 wurde die Mainzer Diözese „um die Verwaltung zu erleichtern und die nötige Aufsicht und Verbindung in allen Teilen derselben zu pflegen“ in vier bischöfliche Kommissariate (Mainz, Worms, Speyer und Zweibrücken) und 16 Dekanate eingeteilt. Bei der zweiten Organisation der Diözese wurde am 22. April 1805 eine neue Dekanatseinteilung vorgenommen. Die 4 Kommissariate blieben bestehen, dagegen wurde die Zahl der Dekanate auf 19 erhöht. Die von Bischof Colmar am 11. November 1811 erlassenen Diözesanstatuten<sup>2)</sup> bauten die innere Verfassung der Dekanate weiter aus. 18 Dekanate blieben bestehen. Die 4 Kommissariate hiessen von jetzt ab Provikariate oder Archipresbyterate.

## § 12.

### Die Pfarrer und ihr Amt.

Das Kultusorganisationsgesetz vom 18. Germinal X (8. April 1802) bestimmte — wie oben bereits erwähnt — in Art. 60, dass in jedem Friedensgerichtsbezirk wenigstens eine Pfarrei bestehen müsse (die sog. Haupt- oder Kantonalpfarrei, deren Sitz jedoch nicht mit dem Kantonshauptort zusammenzufallen brauchte.) Ausserdem sollten sovieler Sukkursalen (Hilfspfarreien) errichtet werden, als das Bedürfnis der Gläubigen erfordere. Die Kantonalpfarrer waren bei Ausübung ihrer Amtsverrichtungen unmittelbar dem Bischof unterstellt (Art.

---

1) Siehe Remling, Neuere Geschichte § 8 S. 53 ff.

2) Remling a. a. O. S. 55.

30), während die Desservanten (die Pfarrer der Hilfspfarreien) ihr Amt unter Aufsicht und Leitung der Pfarrer ausüben sollten (Art. 31). Auch sollten die Hilfspfarreien nach den Intentionen der Verfasser des Kultusorganisationsgesetzes keine wirklichen Pfarrämter sein.<sup>1)</sup> Jedoch noch vor Ausführung der ersten Pfarrzirkumskription beseitigte die französische Regierung diese Verschiedenheit<sup>2)</sup> Eine ministerielle Entscheidung vom 13. Fruktidor X (31. August 1802) interpretierte den Art. 31 dahin, dass das Oberaufsichtsrecht des Curé (des Hauptpfarrers) nur darin bestehe, die zu seiner Kenntnis gelangten Missbräuche und Unregelmässigkeiten zur Kenntnis der Bischöfe zu bringen und die Verfügungen und Instruktionen der Bischöfe den Hilfspfarrern mitzuteilen. Der Kantonalpfarrer fungierte somit nur noch als Mittelsperson zwischen dem Bischof und dem Sukkursalpfarrer. Eine spätere ministerielle Entscheidung vom 9. Brumaire XIII sprach sich dahin aus: „Le desservant est dans sa paroisse ce que le curé est dans la sienne.“ Haupt- und Hilfspfarreien waren somit als wirkliche Pfarrämter einander gleichgestellt.<sup>3)</sup>

Durch Arrêté vom 27. Brumaire XI (18. November 1802) wurden die Curés in den Städten, deren Maire vom Staatsoberhaupt nominiert wurde, zu Pfarrern erster Klasse ernannt. Diese Erhebung war jedoch rein persönlicher Natur und für die Pfarrstelle selbst irrelevant.<sup>4)</sup> Auch die Besoldung der Haupt- und Hilfspfarrer war anfänglich ganz verschieden geregelt. Nur die ersteren bezogen nach dem Kultusorganisationsgesetz Art. 66 vom Staate einen Gehalt: die Pfarrer erster Klasse 1500 fr., die zweiter Klasse 1000 fr. Die Sukkursalpfarrer wurden vom Staate nicht dotiert. Nach Gleichstellung der Sukkursalpfarreien mit den Hauptpfarreien vollzog sich jedoch, unter mannigfachem Wechsel der Gesetz-

---

1) Muth I S. 128.

2) Am 18. Prairial X (7. Juni 1802) schrieb Portalis an den Präfekten: „Les desservants des succursales quoiqu'exerçant leur ministère sous le surveillance et la direction des curés, rempliront les mêmes fonctions que ceux-ci et en seront moins dépendants que les vicaires; il est donc juste d'exiger d'eux les mêmes conditions que des curés.“ Kr. Speyer fasc. 112 S. 10.

3) Muth I S. 129, 130; II S. 177, 178, wo sich noch weitere Belegstücke finden; de Syo, Das die Kirchenfabriken betreff. Dekret S. 6, 7.

4) Hermens III S. 43 ff.; Muth I S. 99 u. 131; de Syo a. a. O. S. 8.

gebung, eine starke Annäherung der beiden Arten von Geistlichen, so dass schliesslich die pekuniäre Lage der Hilfspfarrer von der der Hauptpfarrer nicht sehr verschieden war.<sup>1)</sup>

Die anderen durch das Konkordat und die organischen Artikel statuierten Unterschiede zwischen Haupt- und Hilfspfarrer blieben jedoch bestehen. So waren die Curés inamovibel, während die Sukkursalpfarrer vom Bischof abgesetzt werden konnten.<sup>2)</sup>

Desgleichen vollzog sich ihre Ernennung in verschiedener Form: Nach Art. 10 des Konkordates wurden die Pfarrer von den Bischöfen ernannt. Jedoch war die Genehmigung des ersten Konsuls für die Wirksamkeit der Ernennung erforderlich.<sup>3)</sup> Die Desservanten wurden zwar auch von den Bischöfen ernannt (Art. 31 u. 63 organ. Art.). Der Kultusminister und der Präfekt brauchten jedoch von jeder Ernennung nur benachrichtigt zu werden. (Dekret vom 11. Prairial XII Art. 6 Abs. 2).

Bevor die Pfarrer ihr Amt antraten, mussten sie in die Hände des Präfekten den durch das Konkordat vorgeschriebenen Eid ablegen. (Konkordat Art. 6, 7; organ. Art. 27).<sup>4)</sup> Durch ein Zirkular des Staatsrates Portalis vom 18. Prairial X (7. Juni 1802)<sup>5)</sup> wurde die Verpflichtung zur Eidesleistung auch auf die Desservanten (und Generalvikare) ausgedehnt. Zugleich ordnete dieses Schreiben an, dass die erste Ablegung des Eides sich in feierlicher Weise vollziehen solle:

„L'intention du gouvernement est que la prestation du serment soit entouré de tout ce qui peut la rendre

---

1) Muth II S. 144. Näheres siehe unten § 13 bei der Besoldung der Geistlichen.

2) Friedberg, Lehrbuch des katholischen u. evangelischen Kirchenrechts. Leipzig 1909. S. 213 Note 8 u. S. 392 Note 21; abw. Muth I S. 130; vergl. Kr. Speyer fasc. 118 eine „Institutio Presbyteri pro ecclesia succursali desserviendi.“ Der Bischof überträgt dem Desservanten die Pfarrstelle nur „quandiu nobis placuerit.“

3) Muth I S. 127; Kr. Speyer fasc. 118 S. 24, 41, 233.

4) Art. 6 des Konkordates enthält den Wortlaut des zu leistenden Eides. Der Eid wurde auch nach Errichtung des Kaisertums in Frankreich beibehalten und nicht durch den im Senatus-Konsult v. 28. Floréal XII enthaltenen Eid ersetzt. Nur das in der Eidesformel des Konkordates gebrauchte Wort „gouvernement“ wurde durch „Empereur“ ersetzt. Kr. Speyer fasc. 117 S. 3.

5) Kr. Speyer fasc. 112 S. 10.

plus solennelle, afin que l'idée des devoirs que reconnaissent les ecclésiastiques soit plus imposante, et que la confiance qu'ils désirent inspirer aux citoyens soit plus entière. En conséquence, cit. préfet, lorsque le gouvernement aura approuvé le choix des sujets présentés par votre évêque pour remplir les cures et les succursales vous voudrez bien les réunir à l'église et pendant la célébration de la messe, après l'Évangile recevoir leur serment avec toute la publicité possible . . .“

Bei der Eidesleistung der neuernannten Kanoniker, Pfarrer und Desservanten des Arrondissements Mainz Ende Juli 1803 wurde den Wünschen der Regierung in weitgehendem Maße Rechnung getragen.<sup>1)</sup>

Mit der Entgegennahme der Eidesleistung der übrigen Geistlichen wurden auf Antrag des Bischofs die Unterpräfekten betraut.<sup>2)</sup> Doch war diese Delegation auf die Souspräfekten nur für die bei der Neuorganisation notwendig gewordenen Vereidigungen beschränkt. Denn in einem Rundschreiben vom Jahre 1807 bezeichnete der Präfekt die vorgekommenen Fälle, in denen die ernannten Priester in die Hände der Unterpräfekten den Eid abgelegt hatten, als eine Verletzung des Gesetzes, das ausschliesslich die Präfekten zur Entgegennahme des Eides ermächtigt hätte (Art. 27 organ. Art). Nur durch spezielle Delegation in jedem einzelnen Falle könnten die Unterpräfekten hierzu autorisiert werden, die auch in dem über die Eidesleistung aufgenommenen Protokolle ausdrücklich erwähnt sein müsse.<sup>3)</sup> —

Was das Amt des Pfarrers betrifft, so kommen hier in erster Linie die durch das kanonische Recht aufgestellten allgemeinen Regeln in Betracht. Dazu treten die dem Pfarrer

---

1) Vergl. Schreiben des Präfekten an den Maire v. Mainz v. 7. Thermidor XI; Schreiben des Generalkommandanten der 26. Division an den Maire v. Mainz vom 8. Thermidor XI, Mainzer Stadtbibliothek. — Remling, Neuere Geschichte S. 46, 47. — Der Präfekt Jeanbon St. André liess sich aus konfessionellen Gründen, wie bei der Installation des Bischofs, durch den Generalsekretär Fiesse vertreten.

2) Kr. Speyer fasc. 117 S. 2.

3) Kr. Speyer fasc. 117 S. 4 u. fasc. 118 S. 148, 151 u. 300. — Protokolle über erfolgte Eidesleistung Kr. Speyer fasc. 118 S. 40 u. 285.

durch die staatlichen Gesetze übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten.<sup>1)</sup>

Ausgeschlossen wurden die Geistlichen durch Konsularbeschluss vom 23. Fructidor X (10. September 1802) vom Geschworenenamt.<sup>2)</sup> Auch die Führung der Zivilstandsregister blieb ihnen entzogen, da die Zivilstandsgesetzgebung aufrecht erhalten wurde.<sup>3)</sup> Zu Art. 43 des Kultusorganisationsgesetzes, der bestimmte, dass alle Geistlichen auf französische Art schwarz gekleidet sein müssten, ergingen durch Beschluss der Regierung vom 17. Nivôse XII (8. Januar 1804) weitere Ausführungsvorschriften.<sup>4)</sup> —

Gegen Ende der Fremdherrschaft kam man wieder auf die in den ersten Tagen der Okkupation bereits geübte Überwachung der katholischen Geistlichen zurück. Bereits Ende 1809 forderte der Präfekt vom Mainzer Maire Auskunft über die politische Gesinnung der Priester, insbesondere über ihre Beziehungen zu Österreich.<sup>5)</sup> Im September 1813 ordnete der Präfekt an, dass alle Vierteljahr die Unterpräfekten einen vertraulichen Bericht über etwa bekannt gewordenes, ungünstiges Verhalten der katholischen Pfarrer, Desservanten und Vikare einreichen sollten. Esebek, der Unterpräfekt des Mainzer Arrondissements antwortete hierauf u. a.:<sup>6)</sup>

---

1) Vergl. z. B. das Gesetz über die Kirchenfabriken, über den äusseren Kultus, das Glockenläuten u. dergl.

2) Zirkular des Kultusministers an den Präfekten v. 15. Brumaire XI. Kr. Speyer fasc. 112 S. 13.

3) Vergl. das Arrêté des Generalgouvernementskommissars v. 28. Fructidor IX (15. Sept. 1801) u. v. 2. Brumaire X (24. Okt. 1801). Hermens I S. 348, 349 u. S. 354. — Siehe auch oben S. 18.

4) Kr. Speyer fasc. 112 S. 21, 22; fasc. 103 S. 110; Hermens II S. 42.

5) Siehe das interessante Schreiben des Präfekten an den Maire v. Mainz v. 6. November 1809. Mainzer Stadtbibliothek. Vergl. hierzu Hashagen, Rheinland S. 91, 92 u. S. 320 Note 4. (Es handle sich um eine allgemeine Enquête in Belgien und am Rhein. Aufleben der Anhänglichkeit an Österreich nach der Schlacht bei Aspern.) — Auch das gleichzeitige Vorgehen gegen die Missionen und *prêtres ambulants* geschah wohl mehr aus politischen als religiösen Gründen. Vergl. Kr. Speyer fasc. 112 S. 31, 32 und Hashagen, Rheinland S. 277; dazu Muth I S. 149, 150.

6) L'auditeur au conseil d'Etat. Sous-Préfet de l'arrondissement de Mayence à Mr. le Baron de l'Empire. Préfet du Mont-Tonnerre. Mayence le 1 octobre 1813. St.-A. Darmstadt.

„Je peux vous certifier en général, qu'aucune plainte grave n'a été portée à ma connaissance relativement à ces titulaires.“

Etwas ausführlicher äusserte sich der Unterpräfekt von Zweibrücken: <sup>1)</sup>

„A l'exception d'entraves (in foro interno) mises quelquefois aux mariages mixtes je ne connais aucune plainte qui ait été portée contre les curés catholiques. Leurs principes sont plus ou moins sévères, zélés peut être quelque fois trop; je ne sache pas que l'ordre public en ait à craindre et le temps est aussi ici un grand maître. Leur caractère et leur conduite ne peuvent pas être les mêmes; mais en général il ne pourrait être argué de ce côté-là à leur désavantage. Quelques-uns enfin, Mr. le préfet, pourraient bien ne pas avoir le désintéressement du curé de Pirmasenz, dont j'ai eu l'honneur de vous parler en dernier lieu; mais tel est l'esprit de cette religion qu'à moins de quelque circonstance particulière, accessoire jamais une plainte ne se fait entendre. Une exception existe ici, je ne veux pas encore nommer l'homme, crainte de le compromettre injustement.“

### § 13.

#### Die Besoldung der Pfarrer.

Durch die französische Revolution war das Feudal-system und das mit ihm aufs engste zusammenhängende Institut der kirchlichen Benefizien beseitigt worden. Seit der Einziehung der Kirchengüter war eine andere Art der Ausstattung des Pfarramtes an die Stelle getreten: die Besoldung durch den Staat.<sup>2)</sup> Zum ersten Male wurde dies als allgemeiner Grundsatz durch ein Dekret der Nationalversammlung

---

1) Schreiben des Unterpräfekten v. Zweibrücken an den Präfekten vom 15. Oktober 1813. St.-A. Darmstadt.

2) Siehe hierüber ausführlich Hirschel, Das Staats- und Gemeinde-Einkommen der Geistlichen nach kanonischem und französischem Recht, S. 20 ff.; Muth I S. IV u. S. 123 ff.; II S. 11, 12.

vom 2.—4. November 1789 ausgesprochen.<sup>1)</sup> Dieses Prinzip wurde durch das Dekret vom 3. Ventôse III aber wieder aufgegeben.<sup>2)</sup> So blieb die Lage bis zum Konkordat. Es griff auf die Gesetzgebung des Jahres 1789 zurück, modifizierte jedoch den damals statuierten Grundsatz, dass allen Pfarrern ein Staatsgehalt gewährt werden solle, ganz wesentlich. Der grundlegende Artikel 14 der zwischen dem Papst und der französischen Regierung vereinbarten Konvention vom 26. Messidor IX (15. Juli 1801) bestimmte zwar: „Le gouvernement assurera un traitement convenable aux évêques et aux curés dont les diocèses et les paroisses seront compris dans la circonscription nouvelle.“<sup>3)</sup> Die organischen Artikel jedoch, die eine Zweiteilung der Seelsorger: unabsetzbare Pfarrer (curés) und amovibele Pfarrer (desservants) vorsahen, machten die Konkordatsbestimmungen grossenteils wieder illusorisch, da nur der relativ geringen Zahl der Curés ein Staatsgehalt gewährt wurde, während die Besoldung der Desservanten, die aus den pensionierten Geistlichen genommen werden sollten, lediglich aus dem Ruhegehalt und aus freiwilligen Gaben der Gläubigen bestehen sollte. (Art. 68 organ. Art.)

Das Staatseinkommen der Curés erster Klasse betrug 1500 Fr.; das der Curés zweiter Klasse 1000 Fr. (Art. 66 Abs. 2 organ. Art.) Die Pensionen, die sie auf Grund der Gesetze der konstitutionellen Versammlung genossen, sollten auf ihr Gehalt aufgerechnet werden. Die Gemeinderäte der grösseren Gemeinden konnten ihnen einen Zuschuss zum Gehalt bewilligen, wenn die Umstände es erforderten. (Art. 67 organ. Art.)

Staatsgehalt und im Bedürfnisfall ein Besoldungszuschuss von seiten der bürgerlichen Gemeinde sollten also nach dem Kultusorganisationsgesetz vom 18. Germinal X den Curés die materielle Sicherstellung garantieren. Das so gestaltete Besoldungswesen der Curés unterlag in Zukunft keinen wesentlichen Veränderungen. Dagegen wurden die das Einkommen der Desservanten regelnden Bestimmungen noch verschiedent-

---

1) Hermens I S. 91—129; Hirschel S. 21, 22; Muth II S. 99.

2) Hermens I S. 52, 53.

3) Vergl. Hirschel § 7, §§ 9 u. 10, §§ 14, 15 u. 16.

lich gewechselt. Auch den Hilfsgeistlichen wurde schliesslich vom Gesetz die Staatsbesoldung allgemein zuerkannt. Das in dieser Materie den definitiven Abschluss bringende Gesetz des kaiserlichen Frankreichs nahm damit das in den ersten Revolutionstagen statuierte Prinzip der Staatsbesoldung aller Geistlichen (in modifizierter Form allerdings) wieder auf. Die dazwischen liegende Entwicklungsreihe gibt ein Bild von den Schwierigkeiten, die die Neuregelung des Besoldungswesens mit sich brachte.

Die erste gesetzgeberische Maßregel<sup>1)</sup> auf dem Gebiete des Besoldungswesens der Geistlichen erfolgte am 18. Germinal XI (8. April 1803) durch das „Arrêté du gouvernement relatif aux traitements des ministres du culte et autres dépenses accessoires.“<sup>2)</sup> Art. 3 bestimmte u. a : „Die Gemeinderäte werden angehalten, in Ausführung des Art. 67 des Gesetzes vom 18. Germinal an X in Beratung einzutreten: über Gehaltszuschüsse, die aus Gemeindeeinkünften den Pfarrern, Vikaren und Desservanten zu bewilligen sind.“ Art. 67 wurde in Wirklichkeit durch diesen Beschluss zweifach modifiziert: erstens wurde die fakultative Beratung der Gemeinderäte über die den Curés zu gewährenden Besoldungszuschüsse in eine obligatorische umgewandelt; und zweitens wurde auch für die Desservanten diese Art der Besoldung eingeführt.<sup>3)</sup>

Die Durchführung des Germinalbeschlusses gestaltete sich im Bistum Mainz wie folgt: Am 6. Floréal XI (26. April 1803)<sup>4)</sup> teilte der Präfekt den Unterpräfekten, den Arrondissementsräten und dem Maire von Mainz diesen Beschluss

---

1) Vergl. das Zirkular des Präfekten an den Maire des Gemeindebezirks Mainz v. 23. Messidor X. „Bürger Maires! Da die Regierung beschlossen hat, die Religionsdiener auf eine anständige Art zu besolden und für den Unterhalt des Gottesdienstes zu sorgen und da der Zeitpunkt herannahet, wo diese wohlthätige Verfügung in Erfüllung gehen soll, so liegt der Oberbehörde sehr viel daran, alles genau zu kennen, was in Ihren Mairien zum Gottesdienste gehört und dermalen dazu dient. . . .“ Es mussten zu diesem Zweck genaue Inventarien aufgestellt werden. Die Inventaraufnahmen der Kirchen der Stadt Mainz, des Kantons Alzey, Nieder-Olm, Wörrstadt und der Stadt Bingen finden sich im St.-A. Darmstadt.

2) Hermens I S. 673 ff.; Kr. Speyer fasc. 103 S. 115, 116.

3) Hirschel S. 61, 62.

4) Schreiben v. 6. Floréal XI. St.-A. Darmstadt.

mit und forderte sie auf, nach Bekanntgabe des Beschlusses an die Bürgermeister, diese zu veranlassen sofort die Gemeinderäte zu versammeln, um über die im Art. 3 genannten Punkte zu beraten. Die von den Gemeinderäten gefassten Beschlüsse sollten sofort an den Präfekten gesandt werden. Bei der Durchführung dieser Maßregeln stiess man jedoch auf die grössten Schwierigkeiten. Denn wie aus dem Berichte des Souspräfekten von Speyer zu entnehmen ist,<sup>1)</sup> weigerten sich die Gemeinden aus den verschiedensten Gründen den Verpflichtungen des Art. 3 nachzukommen.

„Beaucoup de communes se refusent à toute dépense, prétendant, que les fabriques sont suffisantes; beaucoup d'autres réclament les fabriques dont les biens sont, disent-elles, séquestrés et administrés par le domaine; d'autres composées de religions mixtes estiment que ces frais doivent être supporté par les sectaires mêmes du culte, d'autres assignent comme un moyen d'y faire face l'aliénation des biens communaux; d'autres enfin se refusent à assigner cette dépense sur la caisse communale qui est sans ressource.“

Der Speyerer Unterpräfekt stellte sich auf die Seite der Gemeinden und bezeichnete das Ansinnen der Regierung für verfrüht. Ehe die Einteilung der Diözese in Haupt- und Hilfspfarreien nicht vollendet und die Zahl der Pfarrer und Desservanten nicht bestimmt sei, könne man von den Gemeinden keine ordnungsgemässen Beschlüsse verlangen. „Portalis est sans doute dans la persuasion que le culte catholique est déjà organisé dans ce pays d'après la loi du 18. Germinal.“

Der Unterpräfekt von Kaiserslautern stellte sich in seinem Bericht an den Präfekten <sup>2)</sup> auf den gleichen Standpunkt; auch er hielt die Durchführung des Beschlusses vom 18. Germinal XI für zur Zeit unmöglich, da die kirchliche Neuorganisation noch nicht vollendet sei und somit die zur weiteren Beschlussfassung nötige Grundlage fehle.

---

1) Schreiben des Unterpräfekten von Speyer an den Präfekten v. 13. Floréal XI. St.-A. Darmstadt. — Vergl. noch Muth II S. 149.

2) Schreiben v. 14. Floréal XI. St.-A. Darmstadt.

Der Präfekt erliess daraufhin am 19. Prairial XI (8. Juni 1803)<sup>1)</sup> nochmals ein Rundschreiben und bat dringend, dass die Gemeinderäte zur Beratschlagung zusammentreten und ihm die gefassten Beschlüsse einreichen sollten, da diese bis zum 1. Thermidor dem Minister des Innern unterbreitet werden müssten. Jedoch auch dieser erneuten Aufforderung kam man von seiten der Gemeinden nicht nach.<sup>2)</sup> Am 2. Messidor (21. Juni) wurde der Präfekt von Paris aus nochmals an die baldige Übersendung der Gemeinderatsbeschlüsse ermahnt, mit dem Bemerkten, dass bis jetzt nur eine sehr kleine Zahl eingelaufen sei.<sup>3)</sup> Danach scheint auch im übrigen Frankreich die Durchführung des Beschlusses vom 18. Germinal XI auf Schwierigkeiten gestossen zu sein.

Die Schwierigkeiten, die sich allenthalben bei der Durchführung des Beschlusses vom 18. Germinal XI ergaben, veranlassten die Regierung nun doch, das den organischen Artikeln unbekanntes Prinzip der Staatsbesoldung der Desservanten gesetzlich einzuführen. Das Dekret vom 11. Prairial XII (31. Mai 1804),<sup>4)</sup> das eine neue Einteilung der Sukkursalpfarreien zur Schaffung leistungsfähiger Kultusverbände vorsah, bestimmte in Art. 4, dass bis zum Inkrafttreten der Neuzirkumskription den Desservanten ein Staatsgehalt von 500 fr. jährlich gewährt werden solle, mit der Maßgabe jedoch, dass sie infolgedessen von den Gemeinden nichts weiter zu fordern hätten als eine Wohnung.

Hierdurch war Art. 68 Satz 2 der organ. Art., der den Sukkursalpfarrern keinen Gehalt, sondern nur die Staatspension und den Ertrag des Opfers zusicherte, ausser Kraft gesetzt. Jeder Desservant sollte vom 1. Messidor XII ab jährlich 500 fr. als Staatseinkommen beziehen. Durch das Prairialdekret war aber ferner auch der Art. 3 des Beschlusses vom 18. Germinal XI aufgehoben, der die Gehaltszuschüsse der Gemeinden an die Desservanten vorsah. Das Rundschreiben vom 15. Messidor XII, das die Ausführungsvorschriften zum Prairialdekret enthielt, ignorierte den Beschluss

1) St.-A. Darmstadt.

2) Vergl. das interessante Antwortschreiben des Mainzer Maire an den Präfekten v. 25. Prairial XI. St.-A. Darmstadt.

3) Kr. Speyer fasc. 103 S. 89.

4) Hermens II S. 271 ff.; Muth I S. 147, 148; siehe auch oben S. 68 ff.

vom 18. Germinal XI vollkommen. Es sprach nur davon, dass Art. 72 des Gesetzes vom 18. Germinal X den Gemeinden die Verpflichtung auferlege, den Desservanten eine Wohnung zu verschaffen; „mais aucune loi ne leur impose l'obligation de payer un traitement aux desservants. Ils ne pourront donc rien en exiger à ce titre, mais la défense d'exiger n'entraîne pas celle d'accepter des dons volontaires.“<sup>1)</sup>

Das Prairialdekret blieb nur kurze Zeit in Kraft; auch seine Bestimmungen wurden alsbald wieder modifiziert. Die Absicht allen Sukkursalparrern eine Staatsbesoldung von 500 fr. zu gewähren erwies sich aus finanziellen Gründen für undurchführbar. Deshalb billigte das Dekret vom 5. Nivôse XIII (26. Dezember 1804) nur 24000 Sukkursalparrern ein jährliches Staatseinkommen von 500 fr. zu; die übrigen verblieben zu Lasten der Gemeinden.<sup>2)</sup>

Die wichtigsten Bestimmungen dieses „Dekretes betreffend die Art der Auszahlung der den Hilfsparrern und Vikaren bewilligten Gehälter“ lauten folgendermassen:

„Art. 1. In Ausführung des Dekretes vom 11. Prairial XII haben alle Desservanten derjenigen Sukkursalen, deren Status, getrennt nach Departements und Diözesen, dem gegenwärtigen Gesetze beigefügt ist, vom 1. Vendémiaire XIII an das in Art. 4 des Prairial-Dekretes festgesetzte Gehalt in Gemäßheit der durch Art. 5, 6, 7 und 8 vorgeschriebenen Formen zu erhalten.

Art. 2. Die Bezahlung der Desservanten und Vikare der anderen Sukkursalen bleibt zu Lasten der Gemeinden ihrer Arrondissements.

Art. 3. Auf Vorlage der Bischöfe haben die Präfekten den Betrag dieser Bezahlung zu regeln und die Mittel zu ihrer Sicherstellung zu bestimmen, sei es durch die Gemeindeeinkünfte und das Oktroy, sei es auf dem Wege der Subskription, des Abonnements und durch freiwillige Leistungen, oder auf irgend eine andere passende Art. Sie haben ebenso die Gehälter der Vikare der in Art. 1 einbegriffenen

---

1) Muth I S. 138.

2) Hermens II S. 313 ff.; Muth I S. 148; II S. 145.

Sukkursalen und die Gehaltserhöhung zu regeln, die die Gemeinden dieser Sukkursalen ihren Desservanten zu bewilligen in der Lage sind und sie haben ihre Entscheidungen dem Minister des Innern und des Kultus vorzulegen.“

Um die Absichten der Regierung zu erkennen, empfiehlt es sich wiederum, die das Dekret ausführlich erläuternden Rundschreiben des Kultusministers an den Präfekten und den Bischof heranzuziehen.<sup>1)</sup> In diesen wird als Grund für die Änderung des Prairialdekretes angegeben, dass sich bei dessen Durchführung „einige Schwierigkeiten ergeben hätten und dass zu seiner völligen Ausführung eine beträchtliche Spanne Zeit erforderlich gewesen wäre, während der die schlechte Lage der Desservanten fortgedauert hätte. Der Kaiser, hierüber sehr bestürzt, habe diesen Schaden sofort beseitigen wollen und zu diesem Zweck Einsicht in die eingereichten Beratschlagungen der Gemeinderäte verlangt, die diese auf Grund der Arrêtés vom 7. Ventôse und 18. Germinal XI gepflogen hatten. Dabei habe sich herausgestellt, dass die überwältigende Mehrheit von diesen (!?) den Wunsch ausgesprochen hatte, die Kultuskosten zu zahlen aus Anhänglichkeit an die Religion und aus Verlangen die Staatskasse zu entlasten. Doch hätten die Gemeinden dieses Versprechen oft nicht realisiert. Der Kaiser habe deshalb die Anerbieten der Gemeinden nicht in ihrem vollen Umfange annehmen, sondern die von ihnen freiwillig übernommene Last erleichtern wollen. Darum übernehme die Staatskasse die Besoldung von ungefähr  $\frac{3}{4}$  der bestehenden Sukkursalen. Als Basis solle der gegenwärtige, von der Regierung genehmigte Zirkumskriptionsplan dienen (wonach das Bistum Mainz 209 Sukkursalen enthielt). Bischof und Präfekt sollten zusammen aus diesen Sukkursalen so viele auswählen, als das dem Dekret angefügte Verzeichnis angebe. (Die Zahl betrug für das Departement Donnersberg 152). Die Wahl solle auf solche Gemeinden fallen, die mangels kommunaler Mittel oder durch

---

1) Das Rundschreiben des Kultusministers an die Bischöfe ist abgedruckt bei Muth II S. 122 ff.; das Zirkular an den Präfekten befindet sich im Kr. Speyer fasc. 103 S. 111 ff. Beide erläutern das Dekret v. 5. Nivôse aufs ausführlichste.

geringe persönliche Unterstützung ihrer Einwohner absolut nichts zur Besoldung ihrer Desservanten beitragen könnten. Neben den 152 Staatspfarreien mit ihren etatisierten Sukkursalpfarrern blieben im Bistum Mainz noch 57 Gemeindepfarreien bestehen, deren Besoldung allein den Gemeinden obliege. Auf Verlangen des Bischofs müsse der Präfekt die Höhe dieser Gemeindebesoldung regeln. Den etatisierten Sukkursalpfarrern mit einem jährlichen Gehalte von 500 fr. könne von den Gemeinden ein Zuschuss bewilligt werden, dessen Höhe auf Verlangen des Bischofs ebenfalls vom Präfekten festgesetzt werden müsse.“ Hierdurch wurde die den Gemeindezuschuss untersagende Bestimmung des Prairialdekretes aufgehoben und die des Arrêté vom 18. Germinal XI wiederhergestellt.

Auch die Durchführung dieses Dekretes stiess in der Diözese Mainz auf erhebliche Schwierigkeiten. Und zwar waren es die Gemeindepfarreien, denen die Besoldung der nicht-etatisierten Sukkursalpfarrer oblag, die mangels finanzieller Mittel ihrer Verpflichtung nicht oder nur langsam nachkamen.

Entsprechend den Weisungen des Kultusministers schritt man zunächst zur Aufstellung des Verzeichnisses der Staatspfarreien. Die Einigung zwischen Bischof und Präfekt über die 152 Sukkursalpfarreien, deren Desservant eine Staatsbesoldung von 500 fr. empfangen sollte, erfolgte rasch. Am 30. Ventôse XIII (21. März 1805)<sup>1)</sup> übersandte der Präfekt dem Bischof das von ihm aufgestellte Verzeichnis der Staatspfarreien. Ausschlaggebend für die Ausscheidung der 57 Gemeindepfarreien waren für ihn folgende Gesichtspunkte:

„Je crois, qu'il convient de les (les 57 succursales) prendre parmi les communes du département qui étant de population mixte composent avec les annexes une grande majorité de catholiques ou qui sont de cette seule religion, afinque les contribuables au payement des desservants étant en plus grande quantité les coteparts soient moins onéreuses et plus faciles à recouvrer. J'ai pensé que je pouvais y insérer aussi des succursales qui, quoique n'étant

---

1) St.-A. Darmstadt.

pas des deux catégories ci-dessus, offraient par des avantages locaux, tels que des fabriques bien dotées, un casuel plus productif etc. plusieurs ressources qui allégeraient de beaucoup les portions contributives des habitants.“

Am 12. Germinal XIII (2. April 1805) unterbreitete Colmar dem Präfekten den „Etat des succursales indiquées par l'évêque de Mayence pour être payées par le trésor public“<sup>1)</sup> den dieser mit geringfügigen Modifikationen guthieß,<sup>2)</sup> und der am 12. Floréal XIII (2. Mai) von Napoleon genehmigt wurde.<sup>3)</sup>

Jedoch schon kurz darauf musste diese Einteilung abgeändert werden. Der Präfekt hatte in einem Zirkular an die Souspräfekten<sup>4)</sup> sich dahin ausgesprochen, dass in den Gemeinden, in denen die Bevölkerung konfessionell gemischt war, die einzelnen Katholiken zur Besoldung des Desservanten herangezogen werden müssten, während in rein katholischen Gemeinden die Gemeindekasse dazu beitragen könnte oder Steuerzuschläge daselbst eingeführt werden könnten. Dies war dem Bischof bei der Teilung der Pfarreien in Staats- und Gemeindepfarreien nicht bekannt.<sup>5)</sup> Er trat deshalb mit Abänderungsvorschlägen an den Präfekten heran, wonach 22 Gemeinden, bei denen durch die rein katholische Bevölkerung eine Übernahme der Besoldung der Desservanten auf die Gemeindekasse möglich war, oder die durch die soeben (am 20. Floréal XIII) erfolgte Rückgabe des Pfarrfründenvermögens<sup>6)</sup> finanziell besser gestellt waren, aus der Zahl der Staatspfarreien herausgenommen und zu Gemeindepfarreien erklärt wurden, während dafür 22 andere Pfarreien mit nicht-etatisierten Sukkursalpfarrern in die Reihe der

---

1) Kr. Speyer fasc. 122 S. 1, 2.

2) Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 20. Germinal XIII. St.-A. Darmstadt.

3) Vergl. das Schreiben des Bischofs an den Präfekten vom 12. Fructidor XIII. St.-A. Darmstadt.

4) Zirkular vom 6. Floréal XIII. St.-A. Darmstadt; Vgl. auch Muth II S. 145.

5) Siehe Note 3 und Kr. Speyer fasc. 116 S. 9.

6) Vergl. Muth II S. 153 und oben S. 101.

Staatspfarreien traten.<sup>1)</sup> Diese Austauschvorschläge fanden die Zustimmung des Präfekten<sup>2)</sup> und auch Napoleon bestätigte sie durch kaiserliches Dekret vom 22. Brumaire XIV. (12. November 1805).<sup>3)</sup> Damit war die Regelung des ersten Teiles des Dekretes vom 5. Nivôse XIII: die Aufstellung der Staatspfarreien vollendet.

Die praktische Durchführung desjenigen Teiles des Dekretes dagegen, der die nicht-etatisierten Gemeinden zur Besoldung ihrer Desservanten verpflichtete, wurde durch den Widerstand der Gemeinden sehr verzögert, ja fast vereitelt. Am 6. Floréal XIII (27. April 1805)<sup>4)</sup> hatte der Präfekt bereits durch ein Zirkular an die Souspräfekten und Arrondissementsräte die Einberufung der Gemeinderäte zur Beratung über die Besoldung der Desservanten befohlen. Anfangs Januar 1806, nachdem nunmehr diejenigen Gemeinden, die ihren Pfarrer besolden mussten, definitiv feststanden, verlangte der Bischof eine erneute Verkündung dieses Zirkulars.<sup>5)</sup> Ende Mai brachte der Präfekt seine Weisungen wiederum in Erinnerung mit dem Bemerkten, dass bis jetzt nur wenige Beschlüsse der Gemeinderäte eingegangen seien.<sup>6)</sup> Mitte Juli standen immer noch 20 Gemeinderatsbeschlüsse aus.<sup>7)</sup> Ende Juli endlich waren sie alle beim Präfekten eingereicht, nachdem zuvor auch noch der Minister des Innern die langsame Durchführung des Dekretes moniert hatte.<sup>8)</sup> Jedoch nur die

---

1) Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 12. Fruktidor XIII nebst Verteilungsplan. St.-A. Darmstadt.

2) Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 9. Vendémiaire XIV. St.-A. Darmstadt.

3) Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 6. Januar 1806. St.-A. Darmstadt.

4) Zirkular v. 6. Floréal XIII. St.-A. Darmstadt.

5) Brief des Bischofs an den Präfekten v. 6. Januar 1806. Dem Schreiben ist der definitive „Etat des succursales du département du Mont-Tonnerre qui doivent être payées par les communes“ beigegeben. St.-A. Darmstadt. Durch Schreiben v. 23. Februar 1806 wiederholte der Bischof seine Bitte. St.-A. Darmstadt.

6) Zirkular des Präfekten an die Unterpräfekten u. Arrondissementsräte v. 24. Mai 1806. St.-A. Darmstadt.

7) Zirkular des Präfekten an die Unterpräfekten u. Arrondissementsräte v. 12. Juli 1806. St.-A. Darmstadt.

8) Der Minister des Innern an die Präfekten. Paris 16. Juli 1806. Antwort des Präfekten hierauf v. 26. Juli 1806. St.-A. Darmstadt.

wenigsten Beschlüsse enthielten das gewünschte Resultat. In den meisten fand sich nur die Klage über die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden und das Bestreben, dieser neuen pekuniären Belastung zu entgehen.<sup>1)</sup> Von neuem wandte sich der Präfekt an die Mittelbehörden mit der Aufforderung, die Gemeinderäte zu einem nochmaligen Zusammentritt zu veranlassen, um die Besoldungsfrage der Desservanten in angemessener Weise zu regeln.<sup>2)</sup> Jeanbon St. André ging nun energisch vor. Um die Gemeinderäte zu einer klaren, sachlichen Beschlussfassung zu zwingen, wurden ihnen vom Präfekten aufgestellte „Muster über das Gemeindeeinkommen der Desservanten“ zum Ausfüllen vorgelegt: „dont ils ne pourront plus s'écarter.“<sup>3)</sup> Gleichzeitig teilte er den Souspräfekten und Arrondissementsräten mit:

„Veuillez écrire en conséquence aux maires respectifs et les prévenir que le minimum des émoluments à accorder aux desservants, indépendamment aux oblations, est de cinq cents francs par an et que toutes les délibérations qui ne stipuleraient au moins cette somme seront rejetées comme non avenues et remplacées par d'autres conformes à la loi.“<sup>4)</sup>

Man griff damit zu dem äussersten Mittel: zur Zwangsetatisierung („fixation d'office“).<sup>5)</sup> Nach erneuten Vorstellungen

---

1) Zirkular des Präfekten an die Unterpräfekten u. Arrondissementsräte v. 28. Juli 1806. St.-A. Darmstadt. — Vergl. ferner Kr. Speyer fasc. 125 S. 2 ff. „Tableau des communes du diocèse de Mayence, qui conformément au décret du 5 Nivôse XIII fournissent elles-mêmes le traitement à leurs desservants“ v. 31. Juli 1806, mit genauer Angabe der Besoldungsverhältnisse der einzelnen Sukkursalen. Dazu der ausführliche Bericht Colmars an den Präfekten v. 5. August 1806, mit einer Kritik der eingelaufenen Gemeinderatsbeschlüsse. St.-A. Darmstadt.

2) Vergl. das in Note 1 angeführte Zirkular.

3) Schreiben des Präfekten an den Minister des Innern v. 26. Juli 1806, St.-A. Darmstadt, und das in Note 1 angeführte Zirkular.

4) Zirkular des Präfekten an die Unterpräfekten u. Arrondissementsräte v. 12. August 1806. St.-A. Darmstadt. — Schreiben an den Bischof vom gleichen Tag. St.-A. Darmstadt. — Vergl. ferner noch das Schreiben des Präfekten an einige Arrondissementsräte v. 4. November 1806. St.-A. Darmstadt; abgedruckt bei Hirschel S. 65, 66.

5) Vergl. noch Kr. Speyer fasc. 125 S. 5—7.

des Bischofs<sup>1)</sup> konnte der Präfekt endlich Mitte April 1807 das Verzeichnis der von den Gemeinden bewilligten Summen Colmar zur Prüfung vorlegen.<sup>2)</sup> Nachdem die Vorschläge von ihm gebilligt waren, wurden die Beschlüsse im Oktober 1807 der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.<sup>3)</sup>

Fast 3 Jahre waren somit verflossen seit dem Erlass des Dekretes, bis die Regelung der Besoldungsverhältnisse der nicht-etatisierten Sukkursalpfarrer ihren Abschluss fand. Inzwischen war bereits ein neues Gesetz in Kraft getreten, das die mühsam gewonnenen Resultate teilweise wieder unbrauchbar machte und infolge der Neuzirkumskription der Sukkursalpfarreien eine partielle Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Desservanten erheischte.<sup>4)</sup>

Die von den Gemeinden nur widerwillig übernommene Besoldungspflicht<sup>5)</sup> und die daraus resultierenden Nachteile für die Desservanten überzeugte die Regierung, dass sie mit der Zweiteilung der Pfarreien in Staats- und Gemeindepfarreien nicht das richtige getroffen hatte. Nach Verhandlungen im Sommer 1807<sup>6)</sup> erschien am 30. September 1807 das kaiserliche Dekret, das — wie oben bereits erwähnt — die Zahl der Sukkursalen von 24000 auf 30000 erhöhte.<sup>7)</sup> In jedem Departement sollte ihre Zahl entsprechend dem dem Dekrete beigefügten Verzeichnis vermehrt werden. Diese Zahl sollte aber auch die sämtlichen Sukkursalen der ganzen Diözese einbegreifen. Alle Gemeindepfarreien waren somit aufgehoben und alle Sukkursalpfarreien wurden von nun an

---

1) Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 6. Dezember 1806. St.-A. Darmstadt.

2) Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 14. April 1807. St.-A. Darmstadt. Über die Herkunft der Summen heisst es darin: „Leur montant se compose soit de l'excédent des revenus des fabriques soit des revenus communaux soit d'une contribution additionnelle à celles de l'Etat soit enfin d'un abonnement quelconque.“

3) Schreiben des Präfekten an den Minister des Innern v. 16. Oktober 1807. St.-A. Darmstadt. — Vergl. auch S. 89.

4) Über die Frage der Besoldungszuschüsse an die Hilfspfarrer der Stadt Mainz siehe Anhang. (Beilage VII.)

5) „Un fardeau qui pèse sur elles et qu'elles ne supportent qu'à regret.“ Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 27. Juli 1807. St.-A. Darmstadt.

6) Muth I S. 150 ff.

7) Hermens II S. 381 ff.; Muth I S. 152 ff.; II S. 174.

staatlich dotiert. Die Verteilung der Sukkursalpfarreien sollte auf Betreiben der Bischöfe in Gemeinschaft mit dem Präfekten in dem auf die Publikation des Gesetzes folgenden Monat stattfinden; die Verzeichnisse mussten zur endgültigen Feststellung bei der Regierung eingereicht werden. Titel II des Dekretes sah die Errichtung von Kapellen- und Annexkirchen vor für solche Haupt- und Hilfspfarreien, die zu ausgedehnt waren; zugleich regelte es das dabei einzuschlagende Verfahren.<sup>1)</sup>

Durch dieses Dekret wurde die Zahl der Sukkursalpfarreien in der Diözese Mainz von 152 auf 190 erhöht. Jede Sukkursale war mit 500 Fr. dotiert.<sup>2)</sup>

Wie oben bereits bemerkt,<sup>3)</sup> hatte der Präfekt am 16. Oktober 1807 das Verzeichnis, das die Summen enthielt, die von den Gemeindepfarreien zur Besoldung ihrer Desservanten auf Grund des Dekretes vom 5. Nivôse XIII bewilligt worden waren, der Regierung in Paris zur Genehmigung vorgelegt.<sup>4)</sup> Alsbald teilte ihm der Minister des Innern mit, dass es infolge des inzwischen erschienenen Dekretes vom 30. September überholt und hinfällig sei. „S. E. (le ministre de l'intérieur) pense que le travail que je lui ai soumis, n'est plus admissible puisqu'il est basé sur des dispositions modifiées ou abolies. Par conséquent tout reste encore à faire pour cet objet.“<sup>5)</sup> Diese Ansicht wiederholte der Minister des Innern kurz darauf nochmals in einem ausführlichen Schreiben an den Präfekten, das zugleich Winke für die Durchführung des neuen Dekretes enthielt:<sup>6)</sup>

---

1) Vergl. die folgenden wichtigen Rundschreiben des Kultusministers Bigot de Préameneu: Rundschreiben v. 11. März 1809 über die Kapellen und Annexkirchen. Kr. Speyer fasc. 112 S. 40 ff.; Muth I S. 168 ff.; II S. 173; Hermens II S. 509 ff. — Rundschreiben v. 4. Juli 1810 betreff. die Gesuche um Errichtung von Kapellen u. Hilfskirchen. Kr. Speyer fasc. 112 S. 35; Muth I S. 174 ff.; Hermens III S. 452 ff. — Rundschreiben vom 11. Oktober 1811. Kr. Speyer fasc. 112 S. 38; Hermens III S. 453 ff.; Muth I S. 176 ff.

2) Muth I S. 154; Remling, Neuere Geschichte S. 53.

3) Siehe Seite 88.

4) „Etat des sommes votées par les communes dont les desservants sont à leur charge.“ St.-A. Darmstadt.

5) Schreiben des Präfekten an den Bischof vom 29. November 1807. St.-A. Darmstadt.

6) Kr. Speyer fasc. 103 S. 119.

„Le décret du 30. septembre 1807, ayant réduit et fixé à 30000 les succursales de l'Empire, il ne s'agit plus aujourd'hui de s'occuper que de l'exécution de ce décret et tous les arrêtés que vous avez pris (pour fixer le traitement des desservants et vicaires <sup>1)</sup> de soixante deux communes qui étaient chargées d'après le décret du 5. Nivôse XIII) ne peuvent être exécutés, en ce qui est conforme aux principes, que pour cette année. Attendu qu'en 1808 il conviendra de ne s'occuper que des demandes, tendant à accorder des suppléments de traitement, les conseils municipaux sont libres d'en fixer les montants et de les voter. Le décret du 30. septembre n'en faisant aucune mention, il faut se conformer à cet égard au décret du 5. Nivôse et observer, qu'on ne doit donner de suppléments que lorsque les revenus le permettent. Les fixations portées dans vos arrêtés sont pour le plupart exagérées. Vous allouez à certains desservants 900, 1000, 11, 12 et 1300 fr. de traitement par an. Je ne puis approuver de pareilles fixations. Les suppléments ne doivent point être fixés au delà de 300 fr. Cette somme réunie à celle de 500 fr. qui chaque desservant touchera du trésor public lui procurera celle de 800 fr. qui est bien suffisante. Quant aux vicaires S. M. ne leur allouant dans les budgets soumis à son approbation que 300, 400 fr. par an, sans y comprendre leur pension, il convient de fixer la totalité de leurs traitements de 5 à 600 fr. — Vous n'ignorez pas: 1<sup>o</sup> que les églises

---

1) In der Stadt Mainz hatten die 3 Hauptpfarreien erster Klasse je 3 Vikare und die 4 Sukkursalpfarreien je 2 Vikare. Schreiben des Bischofs an den Maire v. 30. Mai 1806. Mainzer Stadtbibliothek. Sie erhielten bis Ende 1807 bestimmt keinen Gehalt. Vergl. „Etat servant à constater les biens et les revenus dont les fabriques ainsi que les curés et desservants jouissent à quelque titre que ce soit.“ Mainzer Stadtbibliothek. — Durch das Dekret über die Kirchenfabriken vom 30. Dezember 1809 wurde ein festes Minimal- und Maximalgehalt festgesetzt. Vergl. de Syo, Das die Kirchenfabriken betreffende Dekret S. 99 ff., insbes. S. 107 ff. Ferner noch die Instruktion des Kultusministers v. 15. Mai 1813. Kr. Speyer fasc. 120<sup>1</sup> S. 1 ff.; de Syo a. a. O S. 108.

ne peuvent d'après la loi du 18. Germinal an X posséder aucuns fonds. 2<sup>o</sup> que l'on ne peut recourir à aucune imposition extraordinaire pour les dépenses ordinaires. Je désire en conséquence que vous me fassiez connaître comment il existe dans les communes de votre département des biens curiaux, des biens de fabrique, des bois, des prairies, des terres labourables, des vignes, des tiers au vin, des biens d'aumônes, enfin des rentes provenant de donations qui paraissent à appartenir aux églises et sur le produit desquels vous avez assigné le paiement du traitement; et pourquoi vous avez décidé qu'une partie de ces traitements seraient payés au moyen d'une imposition extraordinaire? Vous voudrez bien aussi m'informer ce que l'on entend par émoluments du service divin et par legs pieux qui sont également désignés pour fournir à ces traitements. Enfin, Monsieur, je vous recommande de ne faire payer les dépenses relatives aux traitements extraordinaires des ministres qu'avec les revenus des communes ou au moyen de souscriptions volontaires, dont le paiement ne peut être poursuivi d'aucune manière coercitive. Les fabriques ne peuvent concourir au paiement de ces dépenses qu'autant qu'elles y consentent . . .“<sup>1)</sup>

Die neue Pfarrorganisation vollzog sich rasch. 23 Pfarrstellen wurden aufgehoben oder zu Annexen transformiert.<sup>2)</sup> Im Februar 1808 hatte Colmar bereits die Neueinteilung vollendet.<sup>3)</sup> Ein kaiserliches Dekret vom 28. August

---

1) Vergl. noch Muth I § 13, wo weitere auf die 3te. Pfarrorganisation bezügliche Belegstücke abgedruckt sind, insbes. S. 164 ff.

2) Durch Zirkular des Kultusministers v. 26. September 1808 wurde der Präfekt zu einem Bericht über den Zustand der in den supprimierten Sukkursaln bestehenden Kirchen und Pfarrhäuser aufgefordert. St.-A. Darmstadt. Der daraufhin aufgestellte „Etat des édifices du culte dans les succursales supprimées par réunion, en exécution du décret du 30 septembre dr.“ zählt 23 Gemeinden auf. St.-A. Darmstadt.

3) Vergl. Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 25. Februar 1808 Kr. Speyer fasc. 115 S. 54. — Der Kultusminister forderte Bevölkerungslisten ein, um sich über die gerechte Verteilung der Sukkuralpfarreien zu vergewis-

1808 bestätigte für ganz Frankreich die neue Pfarrorganisation.<sup>1)</sup>

§ 14.

Das Pfarrstellenvermögen.

In engem Zusammenhang mit dem Besoldungswesen der Geistlichen steht die Frage der Rückgabe des Pfarrstellenvermögens.<sup>2)</sup> Die bis zur Erreichung dieses Zieles geführten Verhandlungen ergänzen das von den Besoldungsverhältnissen der Seelsorger entworfene Bild in mannigfacher Beziehung. Insbesondere geben sie Aufschluss über die in den ersten Jahren der französischen Herrschaft herrschende, trostlose pekuniäre Lage der Hilfspfarrer, eine Tatsache, die wiederholt vom Mainzer Präfekten Jeanbon St. André anerkannt werden musste.

Die auf Rückgabe des Pfarrstellenvermögens im Departement Donnersberg<sup>3)</sup> hinzielenden Bestrebungen begannen anfangs 1803.<sup>4)</sup> Am 14. Ventôse XI (5. März 1803) wandte sich

---

sern. Vergl. Kr. Speyer fasc. 115 S. 53, 45, 54. Die Bevölkerungszahl des Platzes, wo die Sukkursalpfarre bestand, war oft kleiner als die der Gemeinden, die mit ihr vereinigt waren. Vgl. Kr. Speyer fasc. 115 S. 52, 48, 50, 43.

1) Muth I S. 160 ff.; II S. 124; vergl. ferner „Tableau des 190 succursales, dressé en conformité du décret du 30 septembre 1807.“ Kr. Speyer fasc. 122 S. 1 ff.

2) Die folgende Darstellung schliesst sich enger an eine im Jahre 1817 von Mossdorff entworfene Zusammenstellung der Akten über die katholischen Pfarrgüter an. Die (schriftliche) Arbeit ist tituliert „An die Grossherzogl. Hessische Hochlöbliche Regierungs-Commission zu Mainz gehorsamster Bericht des Reg.-Rats Mossdorff: die auf die Abschätzung der Pfarrgüter im Departement Donnersberg Bezug habenden Akten betr.“ Sie ist datiert: Speyer, den 17. März 1817 und befindet sich jetzt im Staatsarchiv Darmstadt. Die Akten liegen hierbei nur in Kopie vor. Das Original befindet sich meist im Kreisarchiv Speyer. — Über den Begriff Pfarrstellenvermögen, Pfarrpfündenvermögen (im Gegensatz zum Fabrikvermögen) vergl. Hirschel S. 22 u. 32. — Über Mossdorff vergl. noch Bockenheimer, Geschichte der Stadt Mainz in den Jahren 1813 u. 1814. S. 103, 104.

3) Vergl. für die Diözese Trier Muth II §§ 14 u. 15 und Muth I S. V. — Ferner allgemein: de Syo, Das Dekret über die Erhaltung und Verwaltung der Güter des Klerus v. 6. November 1813 S. 7 ff.

4) Vergl. jedoch ein Schreiben des Präfekten bereits v. 4. Germinal X (25. März 1802) „Le commissaire général du gouvernement voulant statuer sur les demandes qui lui ont été adressées par les ministres des différentes cultes

der Präfekt mit einem längeren Bericht an den Finanzminister, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Nach Art. 2 des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial (über die Unterdrückung der Klöster in den vier neuen Departements) waren sowohl das Pfarrpfründenvermögen wie das Fabrikvermögen „unter die Hand der Nation gestellt“. Durch eine Entscheidung der Regierung vom 16. Fruktidor X (4. Sept. 1802) waren die Fabrikgüter provisorisch ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben worden. Dagegen blieben die Pfründengüter (deren Revenuen den Pfarrern den Gehalt ersetzten) weiterhin sequestriert, so dass seit dem oben angegebenen Zeitpunkt die Pfarrer all ihrer alten Einkünfte beraubt waren, ohne dass ihnen dafür das durch das Kultusorganisationsgesetz vom 18. Germinal X gewährte Gehalt ausbezahlt wurde, da die Neuzirkumskription der Pfarreien noch nicht vollendet war. Alle Geistlichen setzten zwar trotzdem ihre Amtsverrichtungen fort, eine grosse Anzahl von ihnen wandte sich jedoch an den Präfekten mit der Forderung, in den Genuss der früheren Pfarrgüter wieder eingesetzt zu werden oder die staatliche Besoldung zu erhalten. Ersterem Verlangen stand nach Ansicht des Präfekten der Art. 2 des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial X, letzterem die noch nicht genehmigte, neue Pfarrzirkumskription im Wege. Dazu kam, dass durch Konsularbeschluss vom 4. Frimaire XI (25. November 1802) der Art. 2 des Gesetzes vom 22. April 1790<sup>1)</sup> in Geltung gesetzt worden

---

et des instituteurs des écoles en réintégration dans les biens qui étaient autrefois affectés à leur traitement et qui depuis la guerre ont été séquestrés a cru devoir former une commission composée de personnes éclairées, impartiales, actives et étrangères à toute affection particulière pour recueillir tous les renseignements les plus propres à déterminer une décision de sa part et les proposer les moyens de rétablir les revenus des personnes vouées à l'exercice des cultes et à l'instruction publique.“ Der Kommission gehörten an: je 2 Mitglieder des reformierten, lutherischen und katholischen Kultus (für letzteren Schunk et Hirn vicaires à Mayence), 2 Mitglieder der Zentralschule und 1 Mitglied des Präfekturrats. St.-A. Darmstadt.

1) Art. 2. „Dorénavant . . . le traitement des ecclésiastiques sera payé en argent, aux termes et sur le pied qui seront incessamment fixés; néanmoins les curés des campagnes continueront d'administrer provisoirement les fonds territoriaux attachés à leurs bénéfices à la charge d'en compenser le fruits avec leurs traitements et de faire raison du surplus, s'il y a lieu.“ Hermens I S. 156, 157.

war, wodurch Art. 2 des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial X ausser Kraft gesetzt und die Landpfarrer gemäss Art. 2 des Gesetzes vom 22. April 1790 wieder in den Genuss ihrer Pfründengüter eingesetzt werden sollten. „Je dois à cette occasion ne pas vous laisser ignorer, cit. ministre, que la situation actuelle des curés des campagnes est vraiment pénible et qu'il importe de pourvoir à leur subsistance d'une manière ou de l'autre.“

Da der Finanzminister diese Anfrage unbeantwortet liess, so wiederholte der Präfekt sie bald darauf.<sup>1)</sup> Er teilte in diesem Schreiben gleichzeitig mit, dass der Präfekt des Rhein- und Mosel-Departements inzwischen (am 30. Germinal) ein Arrêté erlassen habe, in dem dieser die Beschlagnahme der Pfarrgüter aufgehoben und die Pfarrer wieder in den Genuss ihrer Pfründen eingesetzt habe, unter den in Art. 2 des Gesetzes v. 22. April 1790 enthaltenen Klauseln und Bedingungen.

„Les curés des campagnes du département du Mont-Tonnerre instruits de dispositions arrêtées en faveur de leur confrères dans les départements voisins, ne cessent de solliciter pour eux-mêmes des semblables. Ils ne peuvent s'expliquer les motifs qui les font traiter d'une manière différente et sans vos instructions il m'est difficile de répondre à leurs réclamations. Il est vrai de dire, que la plupart de ces curés ayant perdus depuis une année la jouissance de leurs biens et étant sans aucun autre traitement se trouvent dans une situation déplorable . . .“

Vom Finanzminister benachrichtigt, dass das erste Schreiben (vom 14. Ventôse) nicht in Paris angekommen sei, wiederholte der Präfekt am 29. Thermidor XI (17. August 1802) seine Vorstellungen. Gleichzeitig teilte er mit, dass inzwischen die Organisation der Pfarreien vollendet worden sei, und dass somit die früher gemachten Bemerkungen nicht mehr auf die in den Hauptorten der Arrondissements angestellten 38 Hauptpfarrer zutreffend seien. Diese erhielten für das Jahr XI jetzt ihren gesetzlichen Gehalt; dagegen behielten die ge-

---

1) Schreiben v. 16. Messidor XI (5. Juli 1803).

machten Vorschläge Geltung für die 209 Desservanten der Sukkursalpfarreien „qui ne sont que les anciens curés, maintenus sous une autre dénomination et au sujet du traitement desquels rien n'est encore déterminé, tandis que les biens fonds affectés à leur entretien se trouvent sous la main mise nationale depuis la publication de l'arrêté des consuls du 20. Prairial an X.“

Eine Angelegenheit anderer Art gab dem Präfekten erneut Anlass auf die Frage der Pfarrgüter zurückzukommen.<sup>1)</sup>

Der Domänendirektor des Departements Donnersberg hatte einen „Etat des biens nationaux nouvellement réservés dans ce département pour la dotation de la légion d'honneur en exécution de l'arrêté du gouvernement du 13. Pluviôse dr.“ aufgestellt. Der Präfekt beanstandete dieses Verzeichnis und versagte ihm die Genehmigung, da es sich im wesentlichen um Pfarrgüter handele.

„Comme une grande partie de ces articles ne consiste qu'en des biens désignés sous le nom de biens de cure dont la nationalité n'est rien moins que décidément reconnue, attendu qu'en vertu des arrêtés du gouvernement des 7. Thermidor an XI et 28. Frimaire dr. nombreux de ces biens sont journellement réclamés, soit comme propriété des fabriques, soit comme provenant de fondations pour messes, anniversaires et services religieux le directeur des domaines m'a proposé d'arrêter cet état sauf la clause conditionnelle de restitution d'aucune desdits biens, s'il y a lieu. Cette proposition m'a paru inadmissible . . .“<sup>2)</sup> . . . „Un autre motif, dont je parlerai ci-après, rend très problématique si à l'exception des biens provenant des cures des chefs-lieux de canton, aucun des biens des autres ci-devant cures de campagnes peut actuellement être considéré comme national, quoiqu'ils se trouvent depuis l'arrêté des consuls du 20. Prairial an X régis dans ce départe-

---

1) Schreiben des Präfekten an den Finanzminister vom 4. Prairial XII (24. Mai 1804).

2) Es folgt die Begründung, die für die vorliegende Frage ohne Belang ist.

ment par les préposés de l'administration des domaines. Pour ces raisons j'ai rayé de l'état tous les biens de cure de campagne et je n'arrêterai la prise de possession pour le compte de la légion d'honneur que des biens dont la nationalité à raison de leur origine n'est pas douteuse . . .“

Der Präfekt geht sodann nochmals ausführlich auf die Frage des Pfarrstellenvermögens ein. Neben den schon öfters vorgebrachten Argumenten, weist er darauf hin, dass der Präfekt des Rhein- und Mosel-Departements inzwischen (am 19. Ventôse) ein neues Zirkular erlassen habe, worin er die Entscheidung des Finanzministers vom 12. Ventôse den Bürgermeistern mitteilt:

„Les curés compris dans la nouvelle organisation du diocèse doivent cesser de jouir des biens et revenus de la paroisse à partir de l'époque où ils sont entrés en jouissance du traitement fixe alloué par la loi; quant à ceux auxquels la loi n'accorde pas de traitement ils doivent être maintenus dans la jouissance de leurs anciens revenus jusqu'à ce qu'en exécution de l'arrêté du 18 Germinal an XI le gouvernement ait pourvu à leur égard. D'après cette décision le préfet de Rhin et Moselle annonce à ses administrés qu'il a pris les mesures nécessaires pourqu'à l'exception des curés établis dans les chefs-lieux de canton ou arrondissement de justice de paix, qui sont actuellement salariés par le gouvernement tous les autres ministres de culte soient maintenus dans la jouissance des anciens biens et revenus de la paroisse. La disparité dans les mesures prises sur le même objet dans deux départements voisins . . . existe donc encore actuellement. Il n'y a dans le département du Mont-Tonnerre que 38 curés salariés par le gouvernement; tous les autres au nombre de 209 conservés sous la dénomination de desservants ont perdu depuis deux ans la jouissance de leurs anciens biens et revenus, sansque la loi leur ait accordé un traitement fixe en remplace-

ment. L'entretien de ces desservants a été laissé jusqu'ici à la charge exclusive des communes, lesquelles cependant en se plaignant généralement de ce que l'Etat s'empare des biens de cure, sans salarier les curés conservés sous une autre dénomination, refusent d'y pourvoir. Votre décision du 12 Ventôse dr. adressée au préfet du Rhin et Moselle me prouve que ces plaintes vous ont paru justes et que vous y avez déjà remédié dans ledit département. Cependant comme de mon côté je me trouve toujours sans vos ordres sur cet objet,<sup>1)</sup> je ne puis que vous réitérer mes instances de vouloir bien . . . me donner une instruction qui me mette en état d'agir et de bien connaître l'intention du gouvernement à l'égard des biens de cure de campagnes auxquels dans l'état d'incertitude actuel je ne puis donner un emploi définitif.“

Am 15. Messidor XII (4. Juli 1804) traf endlich die Entscheidung des Finanzministers ein. Er erklärte die für das Rhein- und Mosel-Departement gegebene Entscheidung auch für das Departement Donnersberg für anwendbar. Der Finanzminister schreibt:

„. . . Je lui (au préfet de Rhin et Moselle) ai répondu que les curés et desservants compris dans la nouvelle organisation ne doivent cesser de jouir des biens et revenus de leur cure qu'à compter du moment où ils entreront en jouissance du traitement qui leur aura été définitivement assigné, et qu'à l'égard des autres auxquels la loi n'assigne aucun traitement il est convenable, de les laisser jouir provisoirement de leurs revenus ordinaires jusqu'à ce que en exécution de l'arrêté du 18. Germinal dr. le gouvernement ait fixé leur sort. — Cette décision étant applicable aux curés et desservants de votre arrondissement, je vous invite à vous y conformer.“

---

1) Die erste Anfrage des Präfekten an den Finanzminister erging am 5. März 1803!

Sofort nach Eintreffen dieses Entscheids erliess der Präfekt folgendes Arrêté: 1)

„Art. 1. En attendant que les curés, desservant les églises succursales et annexes, comprises dans l'organisation actuelle du diocèse de Mayence soient entrés en jouissance d'un traitement fixe qui pourra leur être définitivement assigné par le gouvernement, ils continueront de jouir provisoirement des biens et revenus antérieurement affectés aux bénéfices des curés qu'ils représentent et dont ils desservent les églises.“

Art. 2 und 3 geben detaillierte Vorschriften zur Ausführung und Überleitung. Wichtig ist noch Art. 4:

„Les dispositions du présent arrêté ne sont pas applicables aux curés établis dans les chefs-lieux de canton qui sont en jouissance effective d'un traitement fixe ni à ceux des desservants qui jouissent de la pension ecclésiastique de l'art. 12 de l'arrêté du gouvernement du 20. Prairial an X.“

Dieser Beschluss blieb nicht lange in Kraft. Alsbald nach Erscheinen des Dekretes vom 11. Prairial XII, dessen Art. 4 die Staatsbesoldung für alle Desservanten einführt (mit Wirkung vom 1. Messidor XII ab), forderte der Domänendirektor den Präfekten zur Abänderung des Arrêté vom 23. Messidor auf.<sup>2)</sup> Der Präfekt hob daraufhin seinen Beschluss vom 23. Messidor wieder auf.<sup>3)</sup>

„Le préfet . . . Considérant que la disposition précitée du décret impérial (du 11. Prairial XII Art. 4) exige quelques modifications à l'arrêté du préfet du 23 Messidor dr., attendu qu'en vertu de cette disposition tous les desservants de succursales doivent jouir d'un traitement fixe à partir du

---

1) Arrêté v. 23. Messidor XII (12. Juli 1804). — Vergl. noch das Schreiben des Präfekten an den Domänendirektor v. 22. Messidor XII „ . . . Je vous invite a charger de suite les receveurs de ne plus faire aucune perception pour canon de biens provenant de cures à l'exception de ceux provenant des cures des chefs-lieux de canton dont les titulaires sont salariés par le gouvernement et jouissent déjà du traitement fixe depuis le 28. Prairial an XI.“

2) Schreiben v. 18. Thermidor XII.

3) Arrêté v. 24. Thermidor XII (12. August 1804).

1<sup>er</sup> Messidor an XII ils doivent cesser à la même époque de jouir des biens et revenus affectés à leurs bénéfices et lesquels leur tenaient lieu de traitement arrête:

Art. 1. Le terme de la jouissance provisoire attribuée aux desservants des églises succursales par l'art. 1<sup>er</sup> de l'arrêté du préfet du 23. Messidor dr. est fixé au 1<sup>er</sup> Messidor an XII à partir de laquelle époque les biens et revenus affectés aux bénéfices des-dits desservants font partie du domaine national.<sup>1)</sup>

Die Pariser Zentralregierung scheint sich von der tatsächlichen Durchführung des Art. 4 des Dekretes vom 11. Prairial XII, der den Grundsatz der Staatsbesoldung aller Sukkurralfarrer gesetzlich einführt, nicht viel versprochen zu haben. Denn sie wies den Domänendirektor alsbald an,<sup>2)</sup> den Pfarrern nicht eher den Genuss der Pfarrfründe zu entziehen, bis sie effektiv den Staatsgehalt bezögen. Ausserdem verbot sie jede Veräusserung der Pfarrgüter.<sup>3)</sup>

Ungefähr zur gleichen Zeit forderte der Finanzminister vom Präfekten dringend einen „Etat détaillé des curés et desservants du département du Mont-Tonnerre, qui jouissent en-

---

1) Die Ausführung dieses Beschlusses sowie des v. 23. Messidor scheint sehr langsam von statten gegangen zu sein. Der Präfekt schreibt am 17. Frimaire XIII (9. Dez. 1804) „Les curés des campagnes ou desservants des succursales réclament journellement l'exécution de mes arrêtés des 23. Messidor et 24. Thermidor dr. en vertu desquels ils doivent être remboursés des revenus des biens de cure perçus par les receveurs pour l'an XI et les 9 premiers mois de l'an XII. Ces ecclésiastiques se trouvent, comme il est connu dans les besoins, il importe de leur payer le plutôt possible les sommes dues. Je vous prie en conséquence, Mr., de vouloir bien accélérer la confection, . . .“

2) Schreiben vom 7. Frimaire XIII. (befindet sich auch im Kr. Speyer fasc. 122 S. 11.)

3) Vergl. auch das Schreiben des Domänendirektors an den Präfekten v. 7. Nivôse XIII (Kr. Speyer fasc. 122 S. 10) und das des Präfekten an den Domänendirektor v. 13. Nivôse XII (Kr. Speyer fasc. 122 S. 14). In letzterem heisst es: „ . . . Je m'occupe dans ce moment à délivrer les mandats de paiement pour le 1<sup>er</sup> trimestre de leur traitement qui est le dernier de l'an XII à tous les desservants des églises succursales qui ne sont pas pensionnaires ecclésiastiques. L'art. 4 du décret impérial du 11. Prairial dr. étant donc en pleine exécution, la lettre de votre administration du 7. Frimaire dr. n'exige aucune nouvelle mesure. . . .“

core des biens dépendants des anciennes cures“ und Auskunft über den gegenwärtigen Ertrag dieser Güter.<sup>1)</sup>

Da die Aufstellung dieses Verzeichnisses einige Schwierigkeiten verursachte, so teilte der Präfekt dem Finanzminister vorerst nur mit, dass die Pfarrgüter noch alle disponibel seien.<sup>2)</sup>

„Quoique les curés et desservants actuels n'aient plus la jouissance directe de ces biens depuis l'arrêté du gouvernement du 20. Prairial an X sur la suppression des corporations ecclésiastiques, les biens mêmes existent encore tous disponibles, en ce que pour les raisons dont j'ai déjà eu l'honneur de vous rendre compte à différentes reprises, je les ai exceptés tant de la vente que des réserves et affectations faites pour les établissements publics dotés en domaines nationaux.“

Wenige Tage später wandte sich der Finanzminister erneut an den Präfekten.<sup>3)</sup>

„ . . . Je vous prie de m'indiquer les biens ayant appartenus aux cures et succursales de votre département qui peuvent se trouver sous le séquestre national ou destinés à être vendus. L'état que vous m'adresserez à ce sujet, devra présenter la valeur des-dits biens ayant appartenus à chaque cure ou succursale.“

Am 30. Brumaire XIII (21. November 1804) konnte der Präfekt den „Etat des biens provenant des anciennes cures du département du Mont-Tonnerre, faisant ci-devant partie du salaire des curés et qui existent encore disponibles entre les mains de la nation“ dem Finanzminister einreichen. Mit diesem Verzeichnis war ein Bericht verbunden, in dem der Präfekt nochmals die ganze Frage des Pfarrstellenvermögens in ihrer Entwicklung darstellte. Über das Verzeichnis selbst bemerkte der Präfekt folgendes:

„L'état que j'ai l'honneur de transmettre actuellement contient donc tous les biens ci-devant possédés

---

1) Schreiben des Finanzministers an den Präfekten v. 18. Brumaire XIII.

2) Schreiben des Präfekten an den Finanzminister v. 22. Brumaire XIII; desgl. an den Domänendirektor.

3) Schreiben des Finanzministers an den Präfekten v. 24. Brumaire XIII.

à titre de salaires par les curés du département du Mont-Tonnerre à l'exception de ceux de la cure de Bingen qui seuls sont affectés à la légion d'honneur. Le revenu total de ces biens d'après les taux successivement passés par la régie des domaines depuis l'an X est de 30 334 fr. 36 c. ce qui présente une valeur capitale calculée au denier-vingt du revenu de 606 687 fr. On pourrait être étonné qu'un nombre de cures si considérable n'ait eu qu'un revenu aussi modique; mais la chose s'explique, si d'une part, comme il est dit dans l'observation mise sur l'état, on peut admettre, que les revenus actuels des biens des cures auraient été doublés, si les habitants des campagnes par attachement ou déférence pour leurs anciens curés actuellement leurs desservants, dont beaucoup se sont rendus eux-mêmes fermiers, ne s'étaient pas abstenus de faire des mises hors de l'adjudication à loyer des-dits biens qui en général sont loués pour des prix bien inférieurs à leur véritable valeur, et que de l'autre on considère qu'indépendamment de ces biens les curés avaient encore d'autres revenus, que le salaire de beaucoup d'entre eux ne consistait qu'en dixmes actuellement supprimées, que plusieurs autres qui n'avaient point de biens étaient salariés soit par les princes et seigneurs soit par les chapitres, enfin que plusieurs cures étaient autrefois desservies par les moines des couvents voisins.“

Nach diesen Vorarbeiten erging am 20. Floréal XIII (10. Mai 1805) das Restitutionsdekret für das Bistum Mainz, wonach der Klerus die Pfarrfründengüter wieder zurückerhielt.<sup>1)</sup> „Die Güter, welche vordem einen Teil der Dotation der Pfarreien in der Diözese Mainz, Departement Donnersberg, ausmachten, werden ihrer früheren Bestimmung zurückgegeben und sollen die Pfarrer und Hilfspfarrer dieselben besitzen und benutzen, wie in den früheren Zeiten.“

1) Das Dekret ist abgedruckt bei Muth II S. 153. Dasselbst auch reiches Quellenmaterial zum Restitutionsdekret für die Diözese Trier.



(Art. 1 des Dekretes.) Der Jahresertrag der Pfarrstellengüter sollte nach der Weisung des Dekretes ein für allemal abgeschätzt und der so ermittelte Wert vom Staatsgehalt der Geistlichen in Abzug gebracht werden. (Art. 2 und 3 des Dekretes.)<sup>1)</sup>

Ihren Abschluss fand die Rechtsentwicklung über die Pfarrstellengüter durch das Gesetz vom 6. November 1813, das den Charakter jener Güter als wirkliche Pfründengüter anerkannte.<sup>2)</sup>

## § 15.

### Die Pfarrhäuser.

Die Nationalversammlung hatte — wie schon erwähnt — durch Dekret vom 2.—4. November 1789<sup>3)</sup> alle geistlichen Güter dem Staate zur Verfügung gestellt, zuerst jedoch nur deren staatliche Verwaltung,<sup>4)</sup> dann aber die Veräußerung dekretiert.<sup>5)</sup> Sämtliche Güter der katholischen Kirche verfielen in Frankreich der Konfiskation, jedoch schon bald überliess der Staat den Pfarrern wieder die Benutzung der Pfarrhäuser nebst Garten.<sup>6)</sup>

1) Muth II S. 148, 149. — Vergl. ferner das vom Präfekten zur Durchführung des Dekretes am 11. Prairial XIII erlassene Arrêté. Vergl. seine Schreiben vom gleichen Tag an den Bischof und an den Domänenndirektor; ferner das Zirkular des Präfekten an die Mainzer Arrondissementsräte und die Unterpräfekten v. 1. Messidor XIII betreff. die Durchführung des Art. 3 des Gesetzes. — Die Rückgabe der Pfarrstellengüter an die Pfarrer, die nicht vom Staate besoldet wurden, erfolgte erst später. Es sei hier nur auf einige wichtige Schreiben hingewiesen. Schreiben des Domänenndirektors an den Präfekten v. 14. Juli 1807 mit einem (wichtigen) Schreiben des Kultusministers an den Finanzminister vom 13. April 1807; Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 27. Juli 1807. Schreiben des Kultusministers an den Präfekten v. 28. Juli 1807; Antwort des Präfekten an den Kultusminister v. 20. August 1807; Schreiben des Präfekten an den Bischof v. 22. November 1807; Schreiben des Kultusministers an den Präfekten v. 14. Dezember 1807. St.-A. Darmstadt.

2) Muth II S. 159, 150 u. S. 162 ff.; vergl. ferner de Syo, Das Dekret über die Erhaltung u. Verwaltung der Güter des Klerus.

3) Hermens I S. 91 — vergl. hierzu auch die beiden Broschüren „Über Eigenthum an Kirchen mit Dependenz“ und „Über das Eigenthum an katholischen Kirchen und deren Zubehörungen“; ferner Muth I S. 22.

4) Dekret v. 20./22. April 1790; Hermens I S. 156 ff.

5) Dekret v. 23. Oktober 1790 und Gesetz v. 19. August 1792.

6) Vergl. Geigel, Das französische und reichsländische Staatskirchenrecht S. 98.

Nach Art. 72 des Kultusorganisationsgesetzes sollten die nicht veräusserten Pfarrhäuser und die dazu gehörenden Gärten den Pfarrern und Desservanten zurückgegeben werden.<sup>1)</sup> In Ermangelung solcher Pfarrhäuser sollten die Generalräte der Gemeinden autorisiert sein, ihnen eine Wohnung und einen Garten zu verschaffen. Ferner bestimmte Art. 11 des Konsularbeschlusses vom 20. Prairial X, betreffend die Aufhebung der Stifter und Klöster, dass in Gemäßheit des Gesetzes vom 18. Germinal die Pfarrgebäude mit den dazu gehörigen Gärten zur Disposition der Bischöfe, Pfarrer und Sukkursalpriester gelassen werden sollten.

Mit grossem Eifer versuchte die Regierung diese gesetzlichen Bestimmungen in die Tat umzusetzen. Durch Konsularbeschluss vom 7. Ventöse XI (26. Februar 1803) wurde den Gemeinderäten befohlen, sich vor dem 1. Floréal zu versammeln, um über die Errichtung oder Reparatur der Pfarrhäuser und über den zur Aufbringung der Mittel geeignetsten Modus zu beraten.<sup>2)</sup> Durch Zirkular vom 10. Germinal XI (1. April 1803)<sup>3)</sup> teilt der Mainzer Präfekt den zuständigen Stellen den Inhalt des Konsularbeschlusses mit und forderte sie auf, die Ausführung möglichst zu beschleunigen, da bis zum 1. Thermidor die Beschlüsse beim Minister des Innern zwecks Genehmigung eingereicht sein müssten. Die Durchführung des Beschlusses liess sich jedoch vorerst nicht erreichen. Die Gemeinderäte lehnten es ab, vor der Neuorganisation der Mainzer Diözese bindende Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen, und die Unterpräfekten traten dieser Ansicht bei.<sup>4)</sup> Dass auch in der Folgezeit nur wenig zur Besserung geschah, geht aus dem Schreiben des Kultusministers vom 9. Ventöse XIII<sup>5)</sup> an den Präfekten hervor:

---

1) Durch Staatsratgutachten vom 2. Pluviöse XIII wurden die Kirchen und Pfarrhäuser für Gemeinde-Eigentum erklärt. Vergl. Kr. Speyer fasc. 103 S. 37 (191) u. 38 (92); Geigel a. a. O. S. 99. — Siehe auch Best, Das Gesetz an Kirchen, Pfarrhäusern etc. betreff. v. 6. Aug. 1902. Mainz 1902 S. 1 ff., und Drucksachen des XXXI. Landtags Nr. 923 S. 10.

2) Kr. Speyer fasc. 103 S. 87 u. 113.

3) St.-A. Darmstadt.

4) Die Gründe sind die gleichen wie die, mit denen die Besoldungszuschüsse für die Geistlichen abgelehnt wurden. Siehe oben S. 80.

5) Kr. Speyer fasc. 103 S. 112.

„Des réclamations nombreuses me donnent lieu de penser que l'art. 72 de la loi du 18. Germinal an X ne reçoit aucune exécution dans beaucoup de communes ou n'en reçoit qu'une incomplète. Les presbytères qui ont été rendus aux curés sont pour la plupart dégradés et l'on n'y fait aucune réparation. Là où les presbytères se sont trouvés aliénés, on n'a pas fourni de logement aux desservants ou on leur en a donné d'inconvenants ou d'insuffisants; et lorsque pour leur tenir lieu de logement on leur assigne une indemnité en argent ou elle est trop faible ou elle est mal payée. Vous voudrez bien vous faire rendre compte de ce que les conseils communaux ont fait à cet égard, afin que vous puissiez réformer ce qui serait inconvenant et ordonner l'exécution de ce qui serait négligé.“

Die Regierung scheint später eingesehen zu haben, dass die infolge der dauernden Kriegslasten finanziell sehr geschwächten Gemeinden in der Tat kaum imstande waren, allein die Mittel für die Pfarrhäuser, deren Unterhaltung, Reparatur u. s. w. aufzubringen. Das Budgetgesetz vom 15. September 1807<sup>1)</sup> sah infolgedessen einen Zuschlag von 10% auf die Erträge der Grundgüter der Gemeinden vor, der zur Bildung eines gemeinschaftlichen Hilfsfonds zum Bau, Ankauf und zur Reparatur der Kirchen und Pfarrhäuser in denjenigen Gemeinden bestimmt sein sollte, die entweder gar keine oder doch keine hinreichenden Mittel hatten, diese Ausgaben selbst zu bestreiten.<sup>2)</sup>

Auch nach Erlass des Gesetzes vom 15. September 1807 wandte die Pariser Regierung ihre dauernde Aufmerksamkeit diesem Gegenstande zu. Immer wieder verlangte sie die volle Durchführung des Art. 72 des Kultusorganisations-

---

1) Art. 22 Hermens II S. 380, 381.

2) Erst im Jahre 1810 wurde zu diesem Zweck von der Regierung eine Summe für die Diözese Mainz aus dieser Hilfskasse angewiesen. Vergl. das Rundschreiben Colmars an die Pfarrer v. 11. September 1810, das genau die Voraussetzungen für die Erlangung einer Unterstützung aus dem Hilfsfond regelte. St.-A. Darmstadt.

gesetzes.<sup>1)</sup> Alle Gemeinden, die ihrem Pfarrer bis dahin weder Wohnung noch Wohnungsgeldzuschuss bewilligt hatten, kamen auf erneute Mahnung des Präfekten ihrer Verpflichtung nun nach, sodass im März 1809 Jeanbon, St. André dem Kultusminister mitteilen konnte, dass die Durchführung des Art. 72 in der Diözese Mainz vollendet sei.<sup>2)</sup>

Ein Rundschreiben des Kultusministers vom 25. Mai 1809<sup>3)</sup> an die Bischöfe erklärte nochmals mit grosser Eindringlichkeit, einen wie grossen Wert die Regierung darauf lege, jedem Geistlichen eine Wohnung zu verschaffen. Bigot de Préameneu schreibt:

„Je considère comme une des parties les plus importantes de mon administration celle qui concerne le logement des curés et desservants. Ce service public ne sera complètement organisé que lorsque chaque paroisse sera parvenue à avoir un presbytère; c'est le voeu de la loi, c'est l'intention du gouvernement. — — Une paroisse sans presbytère n'est point un établissement complet.“<sup>4)</sup>

Art. 92 No. 2 des Kirchenfabrikdekretes vom 30. Dezember 1809 verpflichtete sodann die Zivilgemeinde, dem Pfarrer oder Hilfspfarrer ein Pfarrhaus, in dessen Ermangelung eine Wohnung und wenn beides nicht möglich, eine Geldentschädigung zu

---

1) Vergl. das Zirkular des Kultusministers v. 27. Mai 1808 über die „situation des curés et desservants relativement à leurs logements. Ces renseignements me sont nécessaires pour l'exécution de l'art. 72 de la loi du 18. Germinal.“ St.-A. Darmstadt.

2) Vergl. Schreiben des Kultusministers an den Präfekten v. 29. Dezember 1808; Zirkular des Präfekten an die Unterpräfekten u. Bürgermeister vom 4. Januar 1809; Schreiben des Präfekten an den Kultusminister v. 14. März 1809. „ . . . Toutes communes ont voté des indemnités aux desservants et quelques-unes se sont engagés même de faire construire par la suite des presbytères. Cet objet trouve donc entièrement terminé et complete ainsi le service relatif au logement des ministres du culte catholique.“ St.-A. Darmstadt.

3) Ein Exemplar des Zirkulars befindet sich im Staatsarchiv Darmstadt. Abgedruckt bei Hermens III S. 22 ff. — Vergl. auch Muth I S. 171, 172.

4) Vergl. das Schreiben des Kultusministers an den Präfekten v. 12. Mai 1810. Daraus geht u. a. hervor, dass in der Diözese Mainz 207 Pfarreien Pfarrhäuser besassen. Ferner Bericht des Präfekten an den Kultusminister v. 26. Mai 1810. „Il n'a été construit depuis 1809 aucun nouveau presbytère et il n'est venu à ma connaissance aucune réclamation pour défaut de logement.“ St.-A. Darmstadt.

gewähren.<sup>1)</sup> Ein Zirkular vom 21. Mai 1812<sup>2)</sup> schärfte die im letzten Rundschreiben vom 25. Mai 1809 enthaltenen Maßregeln nochmals ein:

„Je vous mets aussi sous les yeux de nouveau ma circulaire du 25. Mai 1809 concernant le logement des curés et desservants: je désire que M. M. les évêques et les préfets reprennent les errements qui y sont indiqués et au moyen desquels plusieurs milliers de presbytères ont été acquis depuis 1808 par les communes. La nécessité d'un logement pour les pasteurs est si universellement reconnu que le projet de compléter ce grand acte d'administration doit être suivi avec le même zèle jusqu'à ce qu'il soit terminé.“

Auch nach Beseitigung der französischen Herrschaft am Rhein wurde in dieser Richtung weiter gearbeitet.

---

1) Vergl. de Syo, Das die Kirchen-Fabriken betreffende Dekret. S. 225 ff.

2) Zirkular des Kultusministers v. 21. Mai 1812. St.-A. Darmstadt.

**Anhang.**



Beilage I.

**Antwortschreiben der Mainzer Munizipalverwaltung  
vom 25 Fruktidor VI auf das Zirkular der Mainzer  
Zentralverwaltung vom 5. Fruktidor VI.**

L'administration municipale de la commune de Mayence  
à l'administration centrale du département du Mont-  
Tonnerre.

**C**it. administrateurs! En réponse aux questions de votre lettre circulaire du 5 du mois de fructidor nous vous transmettons les observations suivantes sur le Vicariat ou le tribunal ecclésiastique qui existe dans notre commune et qui n'a cessé de tenir ses séances qu'au 29 du mois de thermidor. Il nous est inconnu, s'ils s'assemblent encore clandestinement, il est cependant plus que vraisemblable qu'ils tiennent des séances secrètes pour traiter les affaires des transrhenans qui faisant partie du diocèse de l'archiépiscopat de Mayence doivent porter leurs causes par-devant leur tribunal et pour satisfaire aux vues particulières de leur prince et archevêque, à la personne et au service duquel la plupart parmi eux sont attachés comme auparavant. — Ce que nous y avançons est sur, hors de la moindre doute, par la découverte de leur correspondance faite par le cit. Retzer, commissaire du Directoire exécutif, accompagné du cit. Lenhart votre chef du Bureau de Police. — Ils exerçaient toujours leur despotisme spirituel sur les consciences timides de leurs concitoyens et ils l'exercent encore en leur extorquant des sommes non inconsiderables pour des dispenses qui n'ont point de valeur sans que le St. Père ou eux-mêmes en soient bien payés et en les conduisant par la lisière de la foi qui démente la raison et le sens commun et de mystères de la ridicule desquels ils sont persuadés eux-mêmes. — Ces hypocrites! ces fameux caméléons! ils n'ont que trop d'influence sur l'esprit public. Le croiriez-

vous? L'an 1793 ils faisaient un crime impondérable de ce qu'ils n'ont pas honte d'approuver aujourd'hui, l'an 1793 ils déclarent les actes des prêtres assermentés comme invalides, et sacrilèges et poussent leur cruelle barbarie jusqu'à déclarer par une proclamation imprimée, affichée et publiée par la feuille d'avertissement, comme condamnés éternellement tous ceux qui d'après leur langage ont eu le malheur de mourir sans la cure de ces prêtres hérétiques ou schismatiques et aujourd'hui encore avant la rentrée des Français, ils permettent à ces mêmes prêtres d'exercer des fonctions spirituelles et même celles qu'ils donnent pour les plus saintes et les plus sublimes, savoir le mystère de la transsubstantiation ou de l'eucharistie. — L'an 1793 ils persécutent comme les criminels les plus atroces ceux qui ont prêté le serment et aujourd'hui ils déclarent ce serment comme licite et compatible avec les principes de leur secte. Et nonobstant de toutes ces contradictions paisibles ils n'ont pas perdu de leur estime, considération et respect aux yeux des croyants, le nombre desquels n'est pas inconsiderable vis-à-vis des peu d'éclairés qui détestent ces abominables imposteurs jouant de ce qui est le plus saint au monde, de la raison de leur contemporains qu'ils plient, tournent et étouffent à leur gré selon que les circonstances et leur vil intérêt le demandent. — Il y a parmi ces membres qui ont prêché publiquement contre les principes sacrés de la liberté et de l'égalité et qui ont provoqué la faveur aristocratique et une haine éternelle contre tous ceux qui se sont déclarés amis de la juste cause de l'humanité. C'est un certain Hobert, ci-devant prédicateur de la cour qui poussait sa imprudente hypocrisie et sa haine prononcée contre la République jusqu'à enjoindre dans ses sermons ecclésiastiques aux pères et mères de famille, de se bien garder à marier leurs filles avec des tygres d'hommes, avec des scélérats, comme il lui plaisait d'appeler les patriotes, qui même a eu l'audace d'injurier, outrager et insulter toute la nation française dans l'église des Augustins, où en 1793 le peuple s'assemblait pour entendre son sermon de grâces à l'Être suprême à cause de la libération du sol allemand d'une armée d'impies athées comme il caractérisait les Français. Ce curé et le prédicateur de la ci devant cathédrale et celui de St. Ignace, nommés Scheuer, Reichard et Turin et

le fameux Professeur Müller, ont à peu près prêché dans le même sens, mais ils n'ont pas eu l'affronterie comme Hobert de faire imprimer leurs discours irritant la populace contre tous ceux qui portaient le nom de Patriotes. Il s'entend que le tribunal ecclésiastique sous la tutelle duquel ces prédicateurs de haines éternelles et de persécutions inhumaines, déguisés sous la belle masque de la sainte doctrine de Jésus, vomissaient leur venin dans le public, y applaudissait et dirigeait leurs machinations. — Vous vous trompez si vous croyez peut-être que l'esprit de ces messieurs changera selon les circonstances, qu'ils se soumettront aux lois, quand ils n'auront plus d'espérance de réussir qu'ils ne cessent d'alimenter encore. Quant à l'apparence extérieure il se peut bien, parce qu'ils craignent les lois qui les menacent de peines sévères s'ils osent les éluder ouvertement, mais clandestinement ils ne cesseront d'employer tous leurs efforts, toute leur influence pour travailler l'esprit public de leurs sectateurs. Les maux qui en résulteront sont incalculables. Les membres composant le Vicariat quoique timides à présent et rampants ne reconnaissent pas encore la publication légitime des mariages faite par la municipalité, ils exigent encore de leurs croyants une publication particulière dans l'église de la paroisse où demeurent les conjoints ou neuf florins pour une dispense à cet égard. Vous aurez beau à surveiller, vous aurez beau à faire punir, vous n'attraperez qu'un seulement de toute la corporation et ne qu'une fois. Votre surveillance redoublée, ils redoubleront le noir voile sous lequel ils exerceront leur despotisme spirituel. Ils se déroberont aux yeux de la police, ils augmenteront l'angoisse des consciences craintives, ils les menaceront de peines éternelles s'ils oseront une découverte et ainsi ils seront surs et tranquils dans leurs repaires. — Vous demandez quel est en général l'esprit des ministres des cultes — lesquels d'entre eux prêchent l'obéissance aux lois et l'amour des principes républicains etc. Consultez l'histoire de la France pendant le cours de la révolution et vous aurez la réponse. Le prêtre chrétien doit être républicain, parceque ses principes coïncident avec ceux du pur républicanisme, parceque la morale républicaine est celle de Jésus; mais le prêtre catholique restera ennemi implacable de la République et de ses principes. S'il se taît sur la chaire

de crainte d'être frappé par le glaive de la loi, il redoublera son zèle au tribunal secret de confession, pour tendre des pièges aux crédules, pour leur rendre odieux les principes républicains, qu'ils détestent et ne pourront jamais gagner cher, parceque ceux-ci les ont fait perdre leurs biens, leur puissance, leur idole. — Il y a quinze jours qu'ils nous ont donné une nouvelle preuve de leurs sentiments et de leurs principes à l'occasion du faux bruit que débitaient les gazettes étrangères sur la grande victoire de Nelson sur Buonaparte. Dans toutes les rues on observait des groupes de prêtres qui se racontaient cette nouvelle avec une satisfaction, avec une joie qui éclatait de toutes leurs mines, avec une insolence qu'ils ne cherchaient plus à déguiser. Ils donnèrent des repas et des buvettes pour dignement célébrer cette prétendue victoire. La guerre, la guerre — c'est leur mot de ralliement, c'est leur unique espérance encore. Périssent encore deux cents mille — pourvu qu'ils soient réintégrés dans la possession de leurs biens. Quelle triste perspective pour l'ami de l'humanité! L'éducation de la jeunesse est confiée à leurs mains par une quantité de parents qui ne savent pénétrer dans leurs ministères. Hâtez-vous, citoyens administrateurs, unir toutes vos forces pour nous procurer des instituteurs moraux et libres de tous préjugés à qui nous pourrions confier notre jeunesse. Seulement par une bonne instruction publique nous rendrons nulle l'influence des prêtres sur le coeur et l'esprit de notre jeunesse. Des lumières! et elles fuiront ces crasses ténèbres qui dérobent leurs impostures aux yeux des crédules. — Tous les autres moyens ne seront que palliatifs. Le trône du despotisme sacerdotal et les autels sanglants du fanatisme ne s'écrouleront qu'à l'apparition d'une bonne et sage instruction. Tous les autres moyens, tous les autres mêmes qui portent l'extérieur de persécution ne feront qu'irriter encore davantage leurs sectateurs et agrandir encore leur nombre. Le christianisme dans son origine et l'époque des persécutions en France nous en donnent des preuves non équivoques. D'ailleurs l'on ne pourra nier que se trouve parmi la foule de ces ennemis de la République aussi des honnêtes gens qui ne méritent d'être traités de même comme les autres. Nous activerons de plus en plus notre surveillance et le premier qui sera attrapé commettant une

action illégale, nous le livrerons sans pitié aux tribunaux pour y être puni d'après toute la vigueur des lois. C'est le moyen que nous jugeons le plus convenable pour leur arracher leur influence sur le peuple et les livrer au mépris public. La loi du 7 vendémiaire de l'an IV sur le culte une fois mise en exécution dans toute sa vigueur, les fera moins redoutable et diminuer leur nombre de jour en jour, y jointe une bonne instruction de la jeunesse, il disparaîtront insensiblement de la surface de la terre et la postérité s'étonnera de leur ancienne existence et de leur régime tant puissant, si elle parcourt l'histoire des siècles.

Salut et considération!

Les administrateurs de canton de Mayence

Umphenbach, président.

---

Beilage II.

### Zur Frage der Zivilstandsgesetzgebung und Ehegerichtsbarkeit bei Beginn der französischen Herrschaft.

Am 6 Floréal VI hatte bereits die Zentralverwaltung an den Regierungskommissar Rudler eine Eingabe gerichtet mit folgenden 2 Anträgen:

1. „d'ordonner sous les peines les plus graves de ne plus se mêler dans les actes civils des citoyens“

2. „de vouloir bien publier la loi sur l'état-civil; elle seule étant capable de mettre un frein aux usurpations sacerdotales.“

Anlass hierzu gab folgender Vorfall: Das Vikariat („qui existe encore et qui s'arroe une prétendue indépendance des lois civiles“) hatte eine von dem Seminarregens Koehler ohne vorherige Proklamation und ohne Dimissoriale des zuständigen Pfarrers vorgenommene Eheschliessung für nichtig erklärt. Die Zentralverwaltung protestierte hiergegen: „Quoique la loi sur l'état-civil des citoyens ne soit pas encore publiée dans ce département, il est constant néanmoins que la liberté des cultes établie par le fait même de la présence

métropole sous les dates du 1<sup>er</sup> et du 3<sup>er</sup> courant et nous être de même assuré du consentement du vénérable père en J.-C. Joseph Louis évêque actuel de Mayence, ayant examiné selon l'intention de Sa Sainteté si la-dite séparation de la *nouvelle incorporation des dits lieux était utile devant Dieu*, et l'ayant jugé profitable au bien spirituel des habitants auxquels à raison de la proximité où sont les-dits lieux par rapport à la ville de Mayence en face de laquelle ils sont situés, le recours à l'évêque de cette ville sera plus facile et la sollicitude pastorale de cet évêque plus prompte à pourvoir à leurs besoins spirituels, pour toutes ces raisons et d'autres encore et en vertu des pouvoirs à nous spécialement accordés par Sa Sainteté, nous séparons, détachons et retranchons à perpétuité de l'archevêché de Ratisbonne la ville de Cassel et le village de Kosteim et leurs territoires respectifs et les ajoutons, unissons et incorporons également à perpétuité au diocèse actuel de Mayence, soustrayons pour jamais leurs habitants à tout droit métropolitain et ordinaire, à toute supériorité ecclésiastique de l'archevêque de Ratisbonne et les soumettons entièrement à la juridiction et à l'obéissance du vénérable évêque actuel de l'église de Mayence et déclarons les-dits lieux et leurs dépendances tellement joints et incorporés en vertu du présent décret au diocèse de Mayence et leurs habitants tellement soumis à l'évêque de Mayence pour tous les temps à venir que le-dit évêque de Mayence peut soit par lui-même, soit par toute autre personne ecclésiastique par lui spécialement déléguée prendre des-dits lieux possession ou quasi possession vraie, réelle et corporelle et après l'acte de possession ou quasi possession exercer l'entière et pleine juridiction spirituelle et ecclésiastique dont a joui jusqu'ici comme ordinaire S. A. E. l'archevêque de Ratisbonne et user et jouir licitement et validement du plein droit d'ordinaire à l'égard des habitants des-dits lieux. Voulons que ces soustractions et unions respectivement faites de spéciale autorité apostolique soient pour toujours et à perpétuité efficaces et valides et sortent pleinement et entièrement leurs effets, et ordonnons que chacune des choses réglées par notre présent décret, soit inviolablement observée par tous ceux qu'il appartient ou appartiendra nonobstant toutes choses à ce contraires qui demanderaient mention spéciale, individuelle et expresse.

Donné à Paris au Palais de notre résidence le 27 juillet 1807, signé: Le cardinal Caprara légat a latere.

Pour copie conforme:  
Le Ministre des cultes.  
Comte de l'Empire.  
Bigot de Préameneu.

---

Beilage IV.

### Allgemeine Richtlinien zur Durchführung der organischen Artikel.

Copie de la lettre du Ministre de la Police générale de la République aux Préfets des Départements de la République.

Paris le 18 Prairial an X.

Le gouvernement vient de détruire dans leur cause immédiate et première les troubles religieux dont la République était agitée et les maux qui s'y rattachaient. — Cependant, cit. Préfet, ces troubles et les maux qui en sont inséparables renaîtraient bientôt, si la loi sur les cultes pourrait être mal entendue ou mal exécutée. — C'est à vous de m'instruire des moindres faits qui tendraient à l'é luder ou à l'enfreinde.

Je vous recommande de veiller attentivement à ce qu'on n'exige des prêtres aucune déclaration contraire aux principes de liberté de l'église gallicane et au serment qui lie le citoyen à l'Etat. — Vous devez porter une égale attention à ce qu'aucun des partis qui ont divisé l'église n'exige aucune espèce de rétractation. Je vous ai déjà fait connaître la volonté du gouvernement à cet égard; on ne peut, sans la méconnaître, demander aux prêtres ni serment ni formule autres que la déclaration qu'ils adhèrent au Concordat et qu'ils sont dans la communion des évêques nommés par le premier Consul. Si on se croyait autorisé de part et d'autre à demander des rétractations réciproques où seraient les fruits d'une réconciliation religieuse dans laquelle doivent s'éteindre toutes les haines et tous les souvenirs du passé? — L'organisation du culte est dans l'église ce que le dix-huit

Brumaire a été dans l'Etat. — Ce n'est le triomphe d'aucun parti, mais la réunion de tous dans l'esprit de la République et de l'église. Ce que le gouvernement a si heureusement rapproché depuis le 18 Brumaire il faut que la religion achève de l'unir et de la confondre. Ce que la lassitude du mal a fait oublier, il faut que le sentiment vif et profond du bien achève de l'effacer sans retour. Si les divisions terminées dans l'Etat pouvaient se prolonger dans l'église, elles ne pourraient plus être excitées que par les écrits et correspondances de quelques évêques qui n'ont pas donné leur demission et qui parcequ'ils ne peuvent plus rallumer les feux de la guerre civile en France gémissent comme des victimes qu'on frappe. J'ai entre les mains plusieurs de ces écrits et correspondances, ils sembleraient appartenir aux fureurs de fanatisme, si leurs auteurs n'étaient pas connus pour n'avoir aucune opinion ni aucune vertu religieuse. — Il est important que vous ne laissiez à aucun prêtre la faculté d'exercer son culte dans une maison particulière à moins qu'il n'y soit autorisé par le gouvernement et ceux-là seuls peuvent l'exercer dans les églises qui en ont reçu la permission de leur évêque. — Enfin, cit. Préfet, vous ne devez jamais perdre de vue que c'est la liberté entière des consciences que vous protégez en concourant à l'exécution des lois organiques du Concordat. La majorité de la nation n'a pas le droit d'imposer son culte à la minorité. Le domaine des consciences n'est au pouvoir d'aucune puissance humaine.

Le ministre de la Police générale.

Signé: Fouché

---

Beilage V.

**Der Kardinallegat Caprara erteilt dem Bischof von Mainz, Joseph Ludwig Colmar die kanonische Institution.**

Nos, Joannes-Baptista, tituli Sancti-Onuphrii, S. R. E. presbyter cardinalis Caprara, archiepiscopus, episcopus Aesinus, sanctissimi domini nostri Pii P. VII et s. sedis apostolicae, ad primum Galliarum consulem, universamque Galliarum nationem a latere legatus.

Reverendissimo Domino Josepho Ludovico Colmar, electo Moguntino salutem et fraternam in Domino caritatem.

Vacante, a primaeva illius erectione nuper peracta in vim litterarum apostolicarum sanctissimi Domini nostri Pii divina providentia Papae VII sub plumbo expeditarum sub datum Romae apud Sanctam Mariam Majorem anno incarnationis Domini MDCCCI, tertio calendas decembris, pontificatus ejus anno secundo, quarum initium „Qui Christi Domini vices“ episcopali ecclesia Moguntina, ad quam nominatio personae idoneae Romano pontifici pro tempore existenti facienda ad primum Galliarum consulem vigore conventionis per alias similes litteras confirmatae spectat et pertinet, Nos, ne ipsa episcopalis ecclesia Moguntina longae vacationis exponatur incommodis, utentes peculiaribus facultatibus a Sanctitate Sua per alias apostolicas litteras in forma brevis incipientes „Quoniam favente Deo“ die 29 novembris ejusdem anni expeditas, Nobis informatis et constita Nobis de fidei, doctrinae ac morum integritate deque vera idoneitate Tui quem inclytus Napoleon Bonaparte, primus consul dictae Gallicanae reipublicae ad hanc nominavit Te a quibusvis excommunicationis, suspensionis et interdicti, aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis a jure vel ab homine quavis occasione vel causa latis, si quibus quomodolibet innodatus existis ad effectum praesentium tantum consequendum, harum serie absolventes et absolutum fore censentes, episcopalem ecclesiam Moguntinam de Tui persona, apostolica auctoritate Nobis specialiter delegata providemus Teque illi in episcopum praeficimus et pastorem, regimen et administrationem dictae episcopalis ecclesiae Moguntinae cum redditibus pro illius dote quam primum assignandis in spiritualibus et temporalibus Tibi plenarie committendo, in illo qui dat gratias et largitur praemia confidentes, quod dirigente Domino actus tuos, praefata episcopalis ecclesia Moguntina sub tuo felici gubernio regetur utiliter et prospere dirigatur ac grata in iisdem spiritualibus et temporalibus suscipiet incrementa. Jugum igitur Domini Tuis impositum humeris prompta devotione suscipiens, curam et administrationem praefatas sic exercere audeas sollicite, fideliter ac prudenter quod ipsa episcopalis ecclesia Moguntina gubernatori provido ac fructuoso administratori gaudeat se commissam, Tuque praeter aeternae retributionis praemium romani pontificis et sedis apostolicae benedictionem et gratiam exinde uberius consequi merearis.

Ipsius vero episcopalis ecclesiae Moguntinae capitulo ac clero et populo civitatis ac dioecesis Moguntinae pari apostolica delegata auctoritate mandamus, ut capitulum Tibi tamquam patri et pastori animarum suarum humiliter intendentes exhibeant, Tibi obedientiam et reverentiam congruentes ac clerus Te pro romani pontificis et dictae sedis reverentia benigne recipientes et honorifice pertractantes tua salubria monita et mandata suscipiant humiliter et efficaciter adimplere procurant. Populus vero Te tamquam patrem et pastorem animarum suarum devote recipientes et debita honorificentia prosequentes Tuis monitis et mandatis salubribus humiliter intendant ita quod Tu in eis devotionis filios et ipsi in Te per consequens patrem benevolum invenisse gaudeatis. Nomine quoque romani pontificis rogamus et hortamur praefatum inclytum Gallicanae rei publicae primum consulem ac reverendissimum archiepiscopum Mechliniensem quatenus Te et eandem ecclesiam Moguntinam ipsius archiepiscopi suffraganeam pro Sanctitatis Suae et apostolicae sedis reverentia propensius commendatas habentes in amplificandis et conservandis ejusdem ecclesiae Tuique ipsius antistitis juribus, sic Te eorum benigni favoris auxilio prosequantur, quod Tu eorum fultus praesidio in commisso Tibi curae pastoralis officio possis Deo propitio prosperari. Simili autem apostolica delegata auctoritate mandamus, quod Tu antequam regimini et administrationi praedictae episcopalis ecclesiae Moguntinae in aliquo Te immisceas, fidei catholicae professionem et fidelitatis sanctae romanae ecclesiae summoque pontifici debitae juramentum (si nondum in manibus nostris praestiteris) in manibus catholici antistitis communionem et gratiam sedis apostolicae habentis vel eo deficiente, in manibus personae in ecclesiastica dignitate constituta, cui ad hunc effectum specialem facultatem tribuimus omittere atque utriusque formulas in duplici exempto cum Tui et ipsius antistitis seu personae ut supra a Te eligendae subscriptione ad Nos transmittere tenearis. Volumus autem quod ea omnia, quae a Nobis circa erectionem capituli episcopalis ecclesiae Moguntinae statuta sunt, quam primum exequi audeas, nec non seminarii puerorum ecclesiastici erectioni pro viribus incumbas; reparationis fabricae cathedralis ecclesiae Moguntinae aediumque episcopalium, si ea indigeant, diligentem operam impendas; campanile cum

campanis, si minus haec habeantur, extrui cures, fontem baptismatem si desit in eadem ecclesia, quatenus parochialis quoque sit, constituas, sacris suppellectilibus ad sacra peragenda et ad pontificalia exercenda necessariis, si copia earum non sit, ecclesiam ipsam decenter instruas, montem denique pietatis si adhuc erectus non fuerit, ubi primum licebit, pro subsidio pauperum erigi audeas. Tibi demum injungimus, ut infra sex menses a data praesentium computandos has nostras Tuas ad episcopalem ecclesiam Moguntinam institutionis litteras romano pontifici per procuratorem tuum juxta usitatum morem presentari atque a Sanctitate Sua apostolicas confirmationes canonica forma sub plumbo expediendas litteras impetrare omnino audeas, conscientiam tuam graviter super his omnibus onerando.

Datum Parisiis, ex aedibus nostrae residentiae, die 7. Augusti 1802.

J.-B. cardinalis Caprara, legatus.

J.-A. Sala, legationis apostolicae secretarius.

---

Beilage VI.

**Vertraulicher Bericht des Präfekten Jeanbon St. André über die Vorgänge im Generalrat des Departements Donnersberg und über die Beziehungen von Staat und Kirche in diesem Departement.**

Mayence le 16 Prairial an XI.

Le Préfet du département du Mont-Tonnerre  
au Ministre de l'intérieur.

Cit. Ministre! Par votre lettre du 10 de ce mois vous m'ordonnez de vous donner confidentiellement mon avis sur les vrais motifs qui ont éloigné du conseil général du département les membres qui ne se sont pas rendus à l'invitation qui leur avait été faite d'y assister. J'obéis:

Ce n'est ni par opposition au gouvernement, ni par aucune autre cause qui soit autrement répréhensible que cette espèce de désertion a eu lieu. Le peuple de ce département est en général bon et docile, mais il est froid et il n'est pas encore français; il ne se soulevra jamais contre les lois et

l'autorité, mais il pourra dans quelques occasions opposer à ce qu'il devra faire et qui ne lui sera pas commandé impérativement, une sorte d'inertie propre au caractère allemand. Or c'est ce qui est arrivé en cette occasion. — La dotation du culte catholique en général et particulièrement celle des chanoines a paru à l'immense majorité du département une charge qu'il ne devait pas supporter; dans l'ancienne division politique de ces contrées les Etats du duc de Deux-Ponts, ceux du Prince de Nassau-Weilburg, le comte de Falkenstein lui-même quoique catholique ne s'embarrassaient pas du chapitre de Mayence dont d'ailleurs la principale dotation était sur la rive droite. Spire et Worms avaient leurs chapitres entretenues ou moins des fonds qui leur étaient affectés et qui n'opéraient pas une augmentation de dépenses pour les pays soumis à des princes protestants auxquels ils étaient entièrement étrangers.

La loi du 18 Germinal et les actes du gouvernement qui en ont été la suite ont changé cet état des choses. Tout ce qui a été fait pour les anciens départements de la République est devenue commun à celui-ci, et cependant le souvenir et l'habitude de l'ordre qui existait, il y a si peu de temps, n'étaient pas effacés et ne pouvaient pas l'être. Dès hors les membres du conseil général, réunis en un sentiment commun, se sont partout divisés en deux sections distinctes. La première de ceux qui ne voulant rien voter pour les dépenses du culte, ont cru que, la loi étant purement facultative, ils avaient le droit de refuser: ceux-là se sont réunis sans aucune difficulté. La seconde, composée de ceux qui ont pensé que, quoique le langage de la loi fût facultatif, l'intention du gouvernement était néanmoins qu'il fût fait un fonds pour ces dépenses et qu'il serait bien de déplaire que de refuser: ceux-là ne sont pas venus. La majeure partie de ces derniers a sans doute déguisé son vrai motif sous des prétextes de santé ou d'affaires; mais un conseiller de l'arrondt. de Deux-Ponts (quartier d'où il n'est venu personne) a parlé franchement; il a dit dans sa lettre qu'il ne pouvait consentir même tacitement aux dépenses faites pour des chanoines; je regrette, cit. Ministre, de ne pouvoir pas vous envoyer cette lettre, qui n'est plus en mon pouvoir l'ayant remise au conseil général; mais il serait facile de la revoir

si vous désirez, qu'elle fût mise sous vos yeux. — Les membres présents du conseil ont été si convaincus que tel était le vrai motif de l'absence de leurs collègues que dans les lettres très pressantes qu'ils leur ont écrit ils se sont attachés à combattre uniquement l'opinion où ils étaient qu'il fallût nécessairement voter pour les dépenses du culte. Vous avez d'ailleurs pu remarquer, cit. Ministre, dans le procès-verbal qui vous a été adressé, que ces membres présents n'ont voulu adopter aucune dépense de ce genre. Je les ai invités à décharger la commune de Mayence d'une partie des dépenses considérables qu'elle a faite pour le logement de l'évêque ; ils ont refusé ; j'ai tâché de les engager à supporter une partie, au moins, des frais qu'il faudra faire pour réparer le couvent des Augustins, donné par le gouvernement à l'évêque en remplacement du séminaire affecté à l'établissement du Lycée ; ils ont refusé encore. Sur mes vives représentations à cet égard ils ont offert de dédommager la commune sous tel autre nom et telle autre forme que je croirais pouvoir indiquer. Alors je leur ai proposé de se charger des dépenses de la réception du premier consul dont le voyage dans ce département m'était annoncé par le Grand-Juge. Sur ce point comme vous l'avez vu, votant par acclamation, ils n'ont mis d'autres bornes à leur générosité et à ces dépenses, que le jugement du Préfet. Peut-être, cit. Ministre, aurait-il été à désirer que le département du Mont-Tonnerre eût été attaché au diocèse de la Sarre, comme celui de Rhin et Moselle l'a été au diocèse de la Roer. Mais si les convenances ont paru exiger qu'il y eût un évêque à Mayence, la diversité d'usages, de coutumes, d'opinions des petits Etats réunis pour former ce département demandait qu'on nous donna de tous les évêques de France le plus instruit, le plus doux, le plus accomodant. Les mariages mi-partis qui sont ici très fréquent étaient autrefois bénis, n'importe par quel ministre du culte auquel il plaisait aux parties de s'adresser ; à présent on éprouve des refus et ces refus sont généralement vus de mauvais oeil. On ne voit pas avec moins de peine une certaine tendance au prosélytisme qui était la chose du monde la plus inconnue depuis que le traité de Münster avait fixé les droits religieux de tous les pays d'Allemagne. L'accueil qu'éprouvent les prêtres qui se

sont dévoués dès le principe à favoriser les Français et leur armée et dont je viens en dernier lieu de fournir une preuve au conseiller d'Etat Portalis, la préférence accordée à leurs ennemis et même à des prêtres de la rive droite, des petits livres distribués aux enfants qui fréquentent le catéchisme, où l'on déclame avec virulence contre les intrus dans un pays où il n'y a jamais eu d'intrus puisqu'il n'y a eu ni déportation de prêtres ni suspension du culte; toutes ces choses font naître des préventions et les préventions amènent les résistances. Vous m'avez commandé, cit. Ministre, de vous parler à coeur ouvert; je l'ai fait quelque délicate que fût pour moi la tâche que vous m'imposez, je l'ai rempli en honnête homme. Je vous ai dit la vérité telle que je la dois la dire à l'un des premiers fonctionnaires de l'Etat. Parmi les agents qui servent le gouvernement il y en a sans doute d'aussi attachés que je le suis à sa gloire il n'y en a pas un seul qui le soit davantage. Recevez, cit. Ministre, l'assurance de ces sentiments et celle de mon dévouement dans tous les cas où vous jugerez devoir m'honorer de votre confiance.

Signé : Jeanbon St. André.

---

## Beilage VII.

### **Gewährung von Besoldungszuschüssen an Geistliche der Stadt Mainz.**

Bei der in jüngster Zeit von der Mainzer Stadtverordnetenversammlung (Sitzung vom 23. Februar 1911) entschiedenen Frage, ob die von der Stadt seit über 100 Jahren geleisteten Gehaltszuschüsse an bestimmte Geistliche aus allgemeinen städtischen Mitteln weiterhin beizubehalten seien, war es nötig, auf die grundlegende napoleonische Gesetzgebung zurückzugehen. Es kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit diese Spezialfrage nicht näher untersucht werden und ihre Entwicklung

---

1) Über die „Gewährung von Besoldungszuschüssen an Geistliche“ vergl. die vom Beigeordneten der Stadt Mainz, E. Berndt ausgearbeitete Denkschrift v. 4. März 1910. Ferner das Gutachten des Bischöflichen Ordinariats zu Mainz an das Grossherzogliche Kreisamt zu Mainz v. 8. April 1907 über die gleiche Frage.

in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung im Laufe des 19. Jahrhunderts zur Darstellung gelangen. Folgende Skizzierung möge an dieser Stelle genügen.

Der erste Gemeinderatsbeschluss, der sich mit der Besoldung der Hilfspfarrer beschäftigt, ist vom 25 Floréal XIII. (10. Mai 1805 <sup>1)</sup>). Hiernach wurden auf Grund des kaiserlichen Dekretes v. 5. Nivôse XIII dem Desservanten von St. Peter 600 fr. und dem von St. Quintin 400 fr. zugebilligt. Bischof Colmar gab sich mit diesem Beschlusse nicht zufrieden und durch seine wiederholten Vorstellungen <sup>2)</sup> bei Maire und Präfekt gelang es ihm auch, den für die Mainzer Sukkursalpfarrer weit vorteilhafteren Gemeinderatsbeschluss v. 30. Mai 1806 <sup>3)</sup> herbeizuführen. Hiernach wurden 3000 fr. zu Lasten der Gemeindekasse für die 4 Mainzer Desservanten bewilligt. Und zwar sollten ab 1. Januar 1806 die Desservanten von St. Peter und St. Quintin, deren Besoldung der Gemeinde oblag, je 1000 fr. jährlich erhalten und den Desservanten von St. Stephan und St. Christoph, die einen Staatsgehalt von 500 fr. bezogen, je 500 fr. jährlich als Zuschuss zugebilligt werden. Dieser Beschluss wurde am 24. Juni 1806 vom Präfekten genehmigt. Auch im Jahre 1807 blieb er in Geltung.<sup>4)</sup> Durch das Gesetz vom 30. September 1807 wurde der Unterschied zwischen Staats- und Gemeindepfarreien beseitigt und allen Sukkursalpfarrern ein jährliches Staatsgehalt von 500 fr. garantiert.<sup>5)</sup> Die Zuschüsse von seiten der Gemeinden wurden beibehalten, im allgemeinen jedoch reduziert, <sup>6)</sup>

---

1) Séance du conseil municipal de la ville de Mayence du 25. Floréal XIII St.-A. Darmstadt.

2) Schreiben des Bischofs an den Maire von Mainz v. 17. Fruktidor XIII und v. 26. Fruktidor XIII. Mainzer Stadtbibliothek. — Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 28. April 1806. St.-A. Darmstadt.

3) St.-A. Darmstadt.

4) Vergl. das Schreiben des Bischofs an den Präfekten v. 11. Mai 1807. Kr. Speyer fasc. 125 S. 9 ff. und die Antwort hierauf. Kr. Speyer fasc. 125 S. 13. — Siehe ferner die auf Anordnung des Stadtrates (Schreiben des Präfekten an den Maire von Mainz v. 21. Oktober 1807. Mainzer Stadtbibliothek) aufgestellten Vermögensverzeichnisse der Dompfarrei, der Pfarrei St. Emmeran, St. Ignaz, St. Stephan, St. Peter, St. Christoph und der Zahlbacher Sukkursale. Mainzer Stadtbibliothek.

5) Siehe oben S. 88, 89.

6) Schreiben des Ministers des Innern an den Präfekten vom 17. Dez. 1807, siehe oben S. 90.

was auch in Mainz der Fall war; der städtische Zuschuss belief sich in späteren Jahren nur noch auf 1100 fr. Im Jahre 1812 wurde der Posten des städtischen Budgets, das den Besoldungszuschuss für die Desservanten auf 2200 fr. erhöhen wollte, von der Regierung beanstandet. Trotz lebhafter Verteidigung dieser Maßnahme durch den Maire von Mainz widersetzte sich der Präfekt, die Erhöhung des Besoldungszuschusses zu befürworten und berichtete in diesem Sinne nach Paris.<sup>1)</sup>

Über das bei der Bewilligung von kommunalen Besoldungszuschüssen zu beobachtende Verfahren wurden die Unterpräfekten durch ein detailliertes Rundschreiben des Präfekten vom 19. November 1811 instruiert.<sup>2)</sup>

---

1) Schreiben des Maire an den Präfekten v. 15. September 1812. Antwort hierauf v. 19. September 1812. Schreiben des Maire an den Präfekten vom 22. September 1812. Beschluss des Präfekten vom 19. November 1812. Sämtliche Schreiben im St.-A. Darmstadt.

2) Kr. Speyer fasc. 103 S. 99; vergl. ferner noch Hirschel, Das Staats- und Gemeinde-Einkommen der Geistlichen S. 66 und Kr. Speyer fasc. 103 S. 103.

---